

# ao aktuelle ostinformationen

*Endlich: Wir sind Rezertifiziert!*



GESW-Team fast vollständig

## Impressum

### Liebe Leserinnen und Leser,

wie die Titelseite signalisiert, ist das GESW nunmehr auch als Bildungsstätte mit Wirtschaftsbetrieb im Oktober 2009 durch den *Gütesiegelverbund Weiterbildung* für die nächsten drei Jahre rezertifiziert worden. An diesem mühsamen, schließlich erfolgreichen Prozess waren alle unsere Mitarbeitenden sehr engagiert beteiligt. Deshalb auch das für die „*aktuellen ostinformationen*“ etwas ungewöhnliche Titelbild mit fast allen Beteiligten auf der berühmten Treppe des GESW. So viel in eigener Sache, verbunden mit der Aufforderung unser Haus und unser Seminarangebot mit möglichst vielen und netten Gruppen ausgiebig zu testen. Sie sind herzlich eingeladen!

Ansonsten steht die Vision des künftigen Gesamteuropas in Theorie und Praxis sowie die komplexe Problematik der wirtschaftlichen Zukunft unserer Welt und unseres Kontinents im Mittelpunkt dieses Heftes.

Überdies beschäftigt sich eine ganz frisch gewonnene polnische Gastautorin mit dem aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen.

Neben einem ausführlichen Buchreport zu dem neuen, sehr empfehlenswerten *Länderbericht Polen* veröffentlichen wir wie gewöhnlich einige Rezensionen, die wichtigen zeithistorischen und politischen Fragestellungen gewidmet sind.

Besondere Beachtung verdient der Nachruf *Theo Mechtenbergs* auf den erst kürzlich in Warschau verstorbenen *Marek Edelmann*, eines aufrechten, unbeugsamen Kämpfers für Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, der sich in seinem zweiten Lebensabschnitt zu einem anerkannten und nicht nur in Polen gefeierten Kardiologen entwickelte, ohne auf riskanten Widerstand und das streitbare politische Engagement in seiner Heimat und anderswo zu verzichten.

Zbigniew Wilkiewicz

---

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)  
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:  
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.  
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

---

## Inhalt

### Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz*

Aufgaben gesamteuropäischer Bildungsarbeit ..... 2

*Theo Mechtenberg*

Europa - eine Vision ..... 7

*Gerhard Schüsselbauer*

Die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Zukunft der neuen EU (27) im  
Sog der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ..... 18

*Elżbieta Mączyńska*

Wirtschaftsordnung – bedarf an Ordo ..... 33

*Elżbieta Nowocień*

Die deutsch-polnischen Beziehungen und die EU. Perspektiven der  
deutsch-polnischen Beziehungen ..... 47

### Buchreport

*Zbigniew Wilkiewicz*

Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen.  
Bundeszentrale für politische Bildung ..... 57

### Nachruf

*Theo Mechtenberg*

In memoriam Marek Edelman (1922 – 2009) ..... 67

### Rezensionen

Klaus Kreiser: Atatürk. Eine Biographie..... 72

Darina Chovianková: „Ich war dort, also, ich weiß, dass dort alles  
geordnet ist...“ Deutschland und Deutsche in der Wahrnehmung von  
slowakischen Schülern..... 77

Sven Bernhard Gareis, Gunter Gauger (Hg.): Internationaler Schutz  
der Menschenrechte. Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert.. . 79

Maria Jarosz: Obyś żył w ciekawych czasach. Fakty, wydarzenia,  
anegdoty ..... 83

Deutsches Polen-Institut: Jahrbuch Polen 2009. Religion ..... 86

## Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz*

### **Aufgaben gesamteuropäischer Bildungsarbeit**

„Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“

#### **Die Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (OWIS)**

Mit dem Zerfall des Ostblocks und der Einigung Deutschlands sowie der zu Beginn der 1990er Jahre einsetzenden Integration Ostmittel- und Südosteuropas in die EU sah sich die politische Erwachsenen- und Jugendbildung vor neue Herausforderungen gestellt, auf die mit neuen inhaltlichen und methodischen Konzeptionen reagiert werden musste. In der politischen Jugendbildung hatten sich in der Bundesrepublik Deutschland bis dahin vor allem die sechs OWIS mit Fragen der deutschen und europäischen Teilung sowie ihrer Überwindung beschäftigt. Sie brachten somit gute Voraussetzungen mit, um sich diesen neuen Herausforderungen zu stellen.

Im Jahre 1993 Jahre entwickelten die sechs in der Bundesrepublik bestehenden OWIS die bundeszentrale Maßnahme „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“, in der die Ziele, Arbeitsbereiche und –formen gesamteuropäischer Jugendbildungsarbeit als verbindlicher Rahmen für alle sechs Bildungsstätten festgelegt wurden. Seit dieser Zeit bilden die mittlerweile auf vier Institute zusammenschmolzenen OWIS eine Arbeitsgemeinschaft, die auf mehreren Ebenen kooperiert: Gemeinsame Tagungen und Publikationen, gemeinsam organisierte Studienfahrten nach Ostmittel- und Südosteuropa, regelmäßig stattfindende Arbeitstagungen, bei denen die gemeinsame Arbeit, die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen und zukünftigen Schwerpunkte der Bildungsarbeit analysiert, diskutiert und neu entworfen werden.

In den Vergangenheit fanden entsprechende, international besetzte Fachkonferenzen in der Jägerei Hustedt bei Celle, im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho, im Fridtjof-Nansen-Haus in Ingelheim sowie im Studienhaus Wiesneck bei Freiburg statt. Die nächste Fachkonferenz ist für das Jahr 2009 in Hustedt geplant und trägt den Arbeitstitel: „Herausforderungen für ein soziales Gesamteuropa“.

#### **Leitbild und konzeptionelle Zielsetzung**

Die Schaffung Gesamteuropas war und ist in erster Linie eine Herausforderung für die jüngere Generation der Europäer; denn von ihnen wird es entscheidend abhängen, ob das mental noch immer (nicht nur) in Ost und West geteilte Europa im 21. Jahrhundert zu einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einheit zusammenfindet. Daraus ergibt sich – auch nach dem EU-Beitritt der ostmittel- und einiger südosteuropäischer Staaten - weiterhin eine wichtige Aufgabe für die politische Jugendarbeit: Für die Überwindung der immer noch tiefen Spaltung des Kontinents bleibt ein grundsätzlicher pro-europäischer Konsens die wichtigste mentale Voraussetzung. Dabei geht es in erster Linie um den Aufbau und Erhalt eines friedlichen, solidarischen und vereinten Europas, das den Gefahren einer Renationalisierung mit Nationalismus, Rechtsextremismus, kriegerischen Konflikten und Fundamentalismus widerstehen kann. Demokratie,

Freiheit und Frieden sollen geschützt und die Stellung des europäischen Kontinents in der Welt gestärkt werden.<sup>1</sup>

Trotz einer überwiegend positiven, zum Teil euphemistischen Berichterstattung über die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung der ostmittel- und südosteuropäischen Beitrittsländer, die immer noch einem marktwirtschaftlich orientierten neoliberalen mainstream geschuldet ist, stellt sich deren gesellschaftliche und sozialökonomische Lage als brisant dar.<sup>2</sup> Die Spaltung der an sich schon armen und nur über schwache soziale Netze verfügenden Gesellschaften in wenige Reiche und immer mehr Arme nimmt eher zu als dass sie sich verringert. Insofern stellt sich auch in diesem Kontext die dringliche Frage, wie die EU in Zukunft auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren wird. Angesichts einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise muss die Diskussion neu geführt werden, und zwar auch aus der Perspektive derjenigen Schichten und Gruppen in Gesamteuropa, die sich als Verlierer der Transformationsprozesse in der EU verstehen.<sup>3</sup>

Bei international organisierten Jugendbegegnungsseminaren im Rahmen der Konzeption „Jugend für Gesamteuropa“ wird angesichts der weiterhin bestehenden ökonomischen, politischen und kulturellen Asymmetrien zwischen den west- und ostmitteleuropäischen Ländern deshalb großer Wert auf partnerschaftliche Kooperation gelegt. Dadurch soll die Definitionsmacht des Westens gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten sowie den Beitrittskandidaten relativiert werden. Gesamteuropa wird nicht nur als mehr oder minder prosperierende Wirtschafts- sondern als Schicksals- Werte- und Verantwortungsgemeinschaft vorgestellt, die auf den Prinzipien von Freiheit, Frieden, Subsidiarität und Solidarität gründen sollte.<sup>4</sup>

### Neue Herausforderungen für das Arbeitsfeld

Waren es in den 1990er Jahren vor allem Fachtagungen und Seminare, die mit der Integration Ostmitteleuropas in die EU und seiner wirtschaftlichen und politischen Transformation verbunden waren, die auf der Tagesordnung der gesamteuropäischen Bildungsarbeit der OWIS standen, so rückte zu Beginn des 3. Jahrtausends die Frage der Vertiefung der EU - und nach ihrem Scheitern - der europäische Verfassungsentwurf sowie der Vertrag von Lissabon in den Mittelpunkt der Arbeit.

Mit dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten am 1. Mai 2004 änderte sich der Charakter der Angebote insofern, als sich nunmehr die Frage stellte, wie sich die neuen EU-Staaten in wirtschaftlicher, sicherheits- und sozialpolitischer Hinsicht entwickeln. Aufgrund stark divergierender Interessen innerhalb der EU (Arbeitnehmerfreizügigkeit,

<sup>1</sup> Dieter von Schrötter: Die bundeszentrale Maßnahme „Jugend für Gesamteuropa“. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.): Europa gemeinsam gestalten. Bildung für Gesamteuropa. Celle 2000, S. 8-10, S. 8

<sup>2</sup> Zbigniew Wilkiewicz: Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder? In: Außerschulische Bildung (2006), 1, S. 21-25. ders.: „Soziale Gerechtigkeit“ – Soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU. In: Ralph Bergold, Reinhard Hohmann (Hg.): Europa. Seine Werte. Seine Zukunft. Flankierender Kongress zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. 12-14. Februar 2007. Bad Honeff 2007, S. 34-39; Maurizio Bach, Anton Sterbling (Hg.): Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union. Hamburg 2008

<sup>3</sup> Vgl. z. B.: IG Metall Vorstand (Hg.): Elmar Altvater: Europa in der globalisierten Welt. November 2006.

<sup>4</sup> Zbigniew Wilkiewicz: Die Arbeit des Gesamteuropäischen Studienwerks Vlotho. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.), S. 16

Arbeitsmigration, Armutsflüchtlinge, transatlantische Beziehungen, Irak-Krieg, europäischer Verfassungsentwurf, Vertrag von Lissabon) sind die unterschiedlichen Standpunkte der involvierten Staaten und damit auch der Seminarteilnehmenden immer stärker zu berücksichtigen, zumal die EU bislang nur in Ansätzen in der Lage war, eine abgestimmte gemeinsame Sozial- Energie- Außen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen und es nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten EU-Staaten zu einer erheblichen Renationalisierung kommt.

In den international besetzten Jugendbegegnungsseminaren wird offen mit den Ängsten, Befürchtungen und Vorurteilen gegenüber der EU und anderen Mitgliedsstaaten umgegangen. Die Ambivalenzen und Widersprüche in der EU und in der EU-Politik werden nicht kaschiert oder verharmlost, sondern aus verschiedenen schichtspezifischen und nationalen Perspektiven dargestellt und diskutiert. Dies gilt auch für strittige Europabilder und Konzeptionen. Das Ziel bleibt dabei aber weiterhin, eine gesamteuropäische Identität zu entwickeln, ohne das Prinzip der Vielfalt in der Einheit in Frage zu stellen. In Zukunftswerkstätten wird die Finalität der EU intensiv analysiert und diskutiert.

### **Lernformen und Methoden**

In didaktischer Hinsicht erweist sich das Planspiel mit seinen landeskundlichen Einheiten und der Über- und Annahme fremder Rollenprofile als zentrales Instrument, um mit Jugendlichen zum Beispiel die Frage der Erweiterung(en) der EU adäquat und zielgruppengerecht zu behandeln. Zumal für die meisten westeuropäischen Teilnehmenden die ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten sowie die Länder des westlichen Balkans oder die Türkei und die Ukraine heute noch weitgehend unbekannt sind.

Im Unterschied zum schulischen Bereich wird kein nationaler, sondern ein (gesamt)europäischer interdisziplinärer Ansatz vertreten, bei dem die für die EU bestimmenden Wechselwirkungen von Politik, Wirtschaft und Kultur zur Geltung kommen. Dies führt zu einer themenintegrierenden und fachübergreifenden Didaktik.

Jugendlichen wird durch die Begegnung mit Jugendlichen und Betreuenden aus anderen Ländern überdies eine interkulturelle und internationale Lernperspektive eröffnet, sie werden dazu veranlasst, die Perspektive zu wechseln. Dabei kommt ein breites Spektrum pädagogischer Methoden zur Anwendung: neben den Klassikern Vortrag und Diskussion sind dies Plan- und Rollenspiele, produktorientierte Gruppenarbeiten mit zur Verfügung stehenden oder selbst erstellten Materialien und Texten einschließlich der Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops im Plenum und im Internet.<sup>5</sup>

Hinzu kommen Begegnungen mit Zeitzeugen, Interviews, Exkursionen nach Brüssel und Straßburg, wo Besichtigungen und Gespräche mit Repräsentanten der EU vorbereitet und durchgeführt werden. Wenn gesamteuropäische Jugendbildung einstellungs- und verhaltensändernde Intervention sein will, so muss sie interaktiv

<sup>5</sup> Gerhard Schüsselbauer, Michael Walter: Polen und Deutschland –Jugend für Gesamteuropa. Projektorientiertes deutsch-polnische Begegnungsseminar. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.), S. 17; Ernst-Ulrich Duderstadt: Europäische Jugendbildung an der Heimvolkshochschule Hustedt. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.), S. 18

erfolgen, handlungsorientiertes Lernen ermöglichen und Erfahrungsräume in Bildungsstätten, in Schulen und vor Ort schaffen.<sup>6</sup>

Denn schließlich sollen die Jugendlichen durch die Veranstaltungen dazu motiviert werden, selbst etwas für die Entwicklung der EU zu tun, sich selbst für die europäische Einheit einzusetzen.<sup>7</sup>

### Europäische Bildung und AdB

Im Rahm der Kommission für Europäische und internationale Bildungsarbeit (EIA) gab es anlässlich der zweimal im Jahr stattfindenden Kommissionssitzungen in den letzten Jahren hinsichtlich der (gesamt)europäischen Erwachsenen- und Jugendbildung zahlreiche Fachvorträge, Diskussionen und Foren, die nicht nur wichtige inhaltliche und methodische, sondern auch fördertechnische Hinweise lieferten.<sup>8</sup> Dabei wurde deutlich, dass die internationale Arbeit allgemein betrachtet eine immer wichtigere Rolle spielt, weil inhaltliche Anforderungen und finanzielle Förderungen zunehmend auf europäischer Ebene entschieden werden. Auch ist zu beachten, dass bildungspolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene direkte Auswirkungen auf nationalstaatliche Politiken haben und dass europäische Vorgaben als Aktionsprogramme regelmäßig in den Nationalstaaten umgesetzt werden.<sup>9</sup> In letzter Zeit war es vor allem die neue Programmgeneration 2007-2013 von GRUNDTVIG sowie das Programm „Jugend in Aktion“ das von Experten und Expertinnen aus der deutschen Nationalagentur in der Kommission für EIA vorgestellt und intensiv diskutiert wurde.

Diese Expertenanhörungen und -gespräche waren angesichts der bürokratischen, formalistischen und unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgesprochen problematischen Bewilligungspraxis der meisten EU-Programme besonders wichtig, weil deutlich wurde, welche Rahmenbedingungen von den Bildungsstätten zu erfüllen sind, um bei der EU Projektanträge zu stellen oder angesichts (zu) hoher Transaktionskosten darauf zu verzichten.

Kritisiert werden dabei regelmäßig die unübersichtlichen, wenig transparenten und meistens sehr kurzfristig angesetzten Ausschreibungstermine sowie die schwerfällige finanzielle Projektabwicklung durch die EU. Angesichts dieser schwierigen Ausgangs- und Umsetzungsbedingungen kommen nicht wenige kleinere Einrichtungen zum Ergebnis, dass es sich kaum lohnt, Zeit und Geld in innovative Projektideen und Anträge zu investieren, die nur selten bewilligt werden. Jedenfalls sehen sich die meisten kleineren Einrichtungen, die keinen größeren Verbänden oder Verbänden angehören, kaum in der Lage, entsprechende Projekte federführend umzusetzen. Ähnliche Erfahrungen wurden und werden auch bei einigen unserer ostmitteleuropäischen Partner gemacht, so dass der Eindruck entsteht, dass die auf große

<sup>6</sup> Stefan Rappenglück: Die gegenwärtige gesamteuropäische Jugendbildung – Herausforderung für die Zukunft. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.), S. 11-15, S. 14

<sup>7</sup> Dieter von Schrötter: Die bundeszentrale Maßnahme, S. 10

<sup>8</sup> Georg Pirker: Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit. Sitzung vom 27.-29. 09. 2007 in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein/Werftpfuhl, S. 2

<sup>9</sup> Strategiepapier der Kommission für Internationale Bildungsarbeit. Kommissionssitzung in Hadamar 18.-20. 09. 2006, S. 2

Verbände und Verbände ausgerichtete Antragsphilosophie der EU weiterhin Bestand hat, was faktisch zum Ausschluss kleinerer Bildungsstätten führen kann.<sup>10</sup>

### **Ausblick**

Unabhängig davon bietet das vom AdB mitentwickelte Netzwerk DARE für die einzelnen Mitgliedseinrichtungen durchaus Möglichkeiten, um sich inhaltlich an den Schlüsselthemen Menschenrechte und demokratische Bürgerschaft inhaltlich zu beteiligen.<sup>11</sup> Inwiefern DARE eine Plattform für einzelne Mitgliedseinrichtungen des AdB darstellt, um daraus eigene Projekte abzuleiten und durchzuführen, bleibt allerdings abzuwarten.

Es ist klar, dass angesichts der schwierigen nationalen Fördersituation beim Bund und bei den Ländern und allfälliger Kürzungen in den Förderprogrammen, europäische Programme für die eine oder andere Einrichtung der politischen Bildung eine zusätzliche Möglichkeit bilden, um attraktive diversifizierte Angebote zu machen; andererseits muss aber auch hier konstatiert werden, dass deren Beantragungs- und Bewilligungsverfahren weiterhin problematisch bleibt. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn es hinsichtlich der EU-Programme zu Vereinfachungen und zu mehr Transparenz käme. Dies sollte in Zukunft nicht nur vom AdB, sondern auch von den einzelnen Bildungsstätten, die Programme europäischer Bildung umsetzen oder dies zukünftig tun möchten, immer wieder angemahnt und eingefordert werden.

<sup>10</sup> Zbigniew Wilkiewicz: Arbeitsgruppenberichte. Erwartungen – Hindernisse – Ziele. In: Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.), S. 32; Diskussion: Fördermöglichkeiten für politische Bildung. In: Nóra Hoffmann, Monika Nikzentaitis-Stobbe (Hg.): Politische Bildung in Mittelosteuropa. Eine Annäherung an Polen, Tschechien und Ungarn. MitOst-Editionen 2008, Bd. 19, S. 28-43, S. 34;

<sup>11</sup> ibd., S. 2

Theo Mechtenberg

## Europa - eine Vision

Europa - eine Vision. Diese Kurzformel, die einer griffigen Losung gleichkommt, verlangt nach einer Einleitung, welche die verdeckte Ambivalenz des Themas beleuchtet und zugleich die Richtung des Gedankengangs vorgibt. Da liegt es nahe, auf jenen mit Ironie gewürzten Text zurückzugreifen, den - ausgehend vom Doppelsinn eines Wirtshausschildes - Immanuel Kant seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ vorangestellt hat:

„Ob diese satirische Überschrift auf dem Schilde jenes holländischen Gastwirts, worauf ein Kirchhof gemalt war, die *Menschen* überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahingestellt sein. Das bedingt sich aber der Verfasser des Gegenwärtigen aus, daß, da der praktische Politiker mit dem theoretischen auf dem Fuß steht, mit großer Selbstgefälligkeit auf ihn als einen Schulweisen herabzusehen, der dem Staat, welcher von Erfahrungsgrundsätzen ausgehen müsse, mit seinen sachleeren Ideen keine Gefahr bringe, und den man immer seine elf Kegel auf einmal werfen lassen kann, ohne daß sich der *weltkundige* Staatsmann daran kehren darf, dieser auch im Fall eines Streits mit jenem sofern konsequent verfahren müsse, hinter seinen auf gut Glück gewagten und öffentlich geäußerten Meinungen nicht Gefahr für den Staat zu wittern; - durch welche *Clausula salvatoria* der Verfasser dieses sich dann hiermit in der besten Form wider alle bössliche Auslegung ausdrücklich verwahrt wissen will.“<sup>1</sup>

### Zur Ambivalenz europäischer Visionen

Gute zweihundert Jahre nach Kant bleibt dieser Text weiterhin bedenkenswert. Er verweist auf den die Geschichte durchziehenden Konflikt zwischen dem Visionär und dem Politiker. Wer wie der Königsberger Philosoph die Vision eines ewigen Friedens in die Welt setzt, der muss, mit dem Maß realistischer Lebenserfahrung eines Gastwirts gemessen, als Träumer erscheinen und Spott befürchten, denn er hat die Realitäten gegen sich. Doch er bekommt nicht nur den Hohn des einfachen Mannes zu spüren, sondern hat es auch mit dem „weltkundigen Staatsmann“ zu tun, der sich nicht gerne ins Handwerk pfuschen lässt und leicht dazu neigt, seine Kritiker zum Verstummen zu bringen.

Kant verwendet in seiner Einleitung weiter keinen Gedanken auf „die Menschen überhaupt“ und auch nicht auf die kriegslüsternden Staatsoberhäupter, auf die die ambivalente Botschaft des seltsamen Wirtshausschildes wohl in erster Linie abzielen dürfte. Und wenn wir unsere, im zurückliegenden Jahrhundert gewonnenen Erfahrungen zugrunde legen, dann erinnern auch wir uns beim Anblick jenes Schildes in erster Linie an verheißungsvolle Visionen von einem „ewigen Frieden“, die geradewegs in Krieg und Vernichtung hineinführten und einen von Friedhöfen übersäten Kontinent hinterließen.

<sup>1</sup> I. Kant: Zum ewigen Frieden. Reclam 1984, S. 3.

Europa - eine Vision. Bei diesem Thema können wir nicht naiv davon ausgehen, dass Visionen mit ihren Verheißungen immer auch Gutes bewirken, dass sie ungeprüft und unreflektiert als Leitbilder einer gerechten und friedlichen Gestaltung unseres leidgeprüften Kontinents unsere volle Bejahung und Unterstützung finden. Es gibt, wie wir erleben mussten, Visionen, die anfangs eine Faszination ausüben und Massen zu gläubiger Hingabe bewegen können, um am Ende statt des ersehnten Glücks Unheil und Verderben über andere und über sie selbst zu bringen. Von den Verkündern solcher Visionen gilt das Wort des Propheten Jeremia: „Sie verführen mein Volk durch ihre Lügen“ (Jer 23,32) und „möchten meinen Namen in Vergessenheit bringen...“ (Jer 23,27)

### **Die unheilvolle Vision des Nationalsozialismus**

Eine derartige Vision, mit der das Volk durch Lügen verführt wurde und Gottes Name in Vergessenheit gebracht werden sollte, war die nationalsozialistische Verheißung eines „Tausendjährigen Reiches“. Sie kleidete sich zunächst in das für viele faszinierende Gewand einer Selbstinszenierung nationaler Macht und Größe, welche die, wie man sagte, Schande von Versailles, vergessen machen sollte. Die Reinheit germanischen Blutes wurde gleichsam in den Rang eines erlösenden Kults erhoben, und dies mit der Konsequenz einer Eliminierung alles Fremdrassigen. Unter der Losung „Die Juden sind unser Unglück“ setzten die braunen Machthaber und ihre willfährigen Helfer eine in der Geschichte bislang unbekannte Vernichtungsmaschinerie in Gang, beginnend mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, einem beschämenden Tag deutscher Feigheit, über den Brand der Synagogen am 9. November 1938 bis zu den Deportationen in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Und die nächsten in der Gruppe der rassistisch Verfemten waren neben den Romas und Sintis die Slawen, Polen wie Russen, die bestenfalls dem germanischen Herrenvolk auf ewig zu dienen hatten. Zu welchem mörderischen Größenwahn diese rassistisch bedingte Vision fähig war, illustriert der leider zu wenig bekannte „Generalplan Ost“ des Himmler unterstellten Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).<sup>2</sup> Danach sollte im Osten nach siegreichem Kriegsende ein germanisch besiedelter „Lebensraum“ von der doppelten Größe der jetzigen Bundesrepublik entstehen. Um die Reinrassigkeit dieses weit über Polen nach Russland hinreichenden Gebiets zu gewährleisten, war eine so genannte „Entmischung“ der Rassen geplant. So erklärte Himmler 1942: „Unsere Aufgabe ist es, den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt, den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen Blutes wohnen.“<sup>3</sup> Konkret bedeutete dies den geplanten Mord an rund vierzig Millionen Slawen, denen es - um in der Sprache der Nazis zu sprechen - an den zur „Eindeutschung“ notwendigen „rassistisch wertvollen Elementen“ mangelte. Nach den Berechnungen der Planer würden dann noch ca. vierzehn Millionen

<sup>2</sup> I. Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003; C. Madajczyk (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente. München 1994; M. Rössler, S. Schleiermacher (Hg.), Der „Generalplan Ost“. Berlin 1993.

<sup>3</sup> Ausspruch Himmlers in: Deutsche Arbeit. Die volkstumpolitische Monatsschrift, 42. Jahrgang, Heft 6/7 1942. Hier zitiert nach: Josef Ackermann: Heinrich Himmler als Ideologe. Göttingen 1970, S. 205.

Arbeitssklaven übrig bleiben. Welches ihr Schicksal sein sollte, fasste Himmler 1942 vor SS- und Polizeiführern wie folgt zusammen:

„Wir haben diesem Volk keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. Es genügt,

1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Autos laufen,
2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie soweit zählen können, und
3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig.“<sup>4</sup>

### **Die gescheiterte kommunistische Vision von einem „Paradies auf Erden“**

Die Vision eines Tausendjährigen Reiches währte zwölf Jahre und hinterließ einen materiell und seelisch verwüsteten Kontinent. Der zweiten unheilvollen Vision des 20. Jahrhunderts, nämlich der eines kommunistischen Paradieses, war eine längere Lebensdauer beschieden. Auch sie übte, wenngleich auf gänzlich andere Weise als der Nationalsozialismus, auf Massen und Eliten eine Faszination aus. Ihre Verkünder verhiessen eine endgültige Humanisierung des einzelnen Menschen wie der Gesellschaft im Ganzen. Ausgangspunkt der Marxschen Vision ist ein spezifischer Begriff der Arbeit im Sinne eines dialektischen Verhältnisses von Mensch und Natur, und dies auf der Folie des Frühkapitalismus mit seinen zugegebenermaßen empörenden Zügen einer Enthumanisierung. Marx bringt hier den Begriff der Entfremdung ins Spiel. Er gibt dem von Hegel entlehnten Begriff einen gänzlich neuen Sinn, indem er ihn auf die Situation der frühkapitalistischen Industriegesellschaft bezieht, in der sich der Arbeiter in seiner Arbeit und durch sie entfremdet; und dies in mehrfacher Weise: durch die Fremdheit der von ihm verrichteten Arbeit, in der er „außer sich“ ist, sich „unglücklich fühlt“ und sich bis zur „Selbstaufopferung“ entäußert; durch das Produkt seiner Arbeit, das ihm „als ein *fremdes Wesen*, als eine von dem Produzenten *unabhängige Macht*“ gegenüber tritt; dadurch, dass er weder Eigner des Produkts noch der Mittel zu seiner Herstellung ist, sondern diese einem anderen gehören, der letztendlich auch über ihn verfügt; schließlich dadurch, dass als Folge all dessen der Mensch seinem Mitmenschen fremd wird.<sup>5</sup>

Die Entfremdung steht bei Marx in einem unlöslichen Zusammenhang mit der Ausbeutung, die darin ihren Grund hat, dass der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft weder Eigentümer seiner Arbeitskraft noch der Produktionsmittel und auch nicht des Arbeitsprodukts ist. Nur durch ihre Aufhebung könne er von seiner Entfremdung befreit und er selbst samt seiner Arbeit humanisiert werden. Dieses Ziel einer letztlich paradiesischen Welt verlange aber den Kampf der ausgebeuteten mit der ausbeutenden Klasse. Der Marxismus untermauerte diese auf die Umwälzung der Verhältnisse abzielende Vision durch eine von der Urgemeinschaft über Sklavenhalterstaat, Feudalismus und Kapitalismus bis zu Sozialismus und Kommunismus reichende Geschichtsdialektik eines Klassenkampfes, der erst in der durch die Diktatur des Proletariats begründeten klassenlosen Gesellschaft ihr geschichtliches Endziel finden werde.

<sup>4</sup> Himmlers Niederschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, 20. Mai 1940, S. 15. Hier zitiert nach Josef Ackermann, a. a. O., S. 220.

<sup>5</sup> K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Leipzig 1970, S. 151-159.

Wir wissen, wiederum durch schmerzliche geschichtliche Erfahrung, was aus dieser mit ethischem Anspruch versehenen Vision geworden ist: Kein Ende, sondern lediglich neue Formen der Entfremdung: Anstelle einer der Selbstverwirklichung des Menschen in all seinen humanen Dimensionen dienenden Freiheit eine von der herrschenden Partei vorgegebene Einsicht in scheinbare Notwendigkeiten; statt eines paradiesischen Friedens in einer klassenlosen und gerechten Gesellschaft der ständige Kampf gegen wirkliche oder vermeintliche Feinde des Systems, ihre entwürdigende Vorführung in Schauprozessen, ihre Folterung und Ermordung in den Kellern der Geheimdienste, ihr Dahinvegetieren und Sterben in zahllosen sibirischen Arbeitslagern.

### **Absage an jede Form von Totalitarismus**

Es wäre eine Form von Geschichtsvergessenheit, würden wir bei der Frage nach der Vision Europas die Erinnerung an unsere leidvolle Erfahrung mit den totalitären Systemen des letzten Jahrhunderts aussparen. Wie unterschiedlich diese beiden in Erinnerung gerufenen verhängnisvollen Visionen samt ihrer rücksichtslosen Umsetzung auch sein mögen, in manchen Elementen stimmten sie überein. Beide beanspruchten den Europa nur im Ganzen zukommenden Universalismus in ideologischer Ausschließlichkeit für sich; beide reduzierten die Komplexität und Vielfalt Europas auf ein partikulares, dazu noch fragwürdiges Element - der Nationalsozialismus auf die Rasse, der Marxismus-Leninismus auf eine revolutionäre, alle Bereiche umfassende Sozialisierung der Gesellschaft. Bei beiden handelte es sich um totalitäre Systeme, die auf der Herrschaft einer einzigen Partei basierten und auf eine alles ihnen Fremde eliminierende Einheit des Volkes bzw. der Gesellschaft abzielten. Ein solches Einheitsverständnis ließ keinen Pluralismus zu und war mit einer totalen Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte verbunden. Beiden Visionen lag ein von der Hybris der Macht gezeichnetes totalitäres Einheitsmodell zugrunde, über das die Geschichte ihr Urteil gefällt hat. Doch es wurde nicht in allen Teilen Europas in gleicher Weise wahrgenommen. Ohne im einzelnen auf den komplizierten Auflösungsprozess der UdSSR und Jugoslawiens einzugehen, sei gesagt, dass man auf dem Balkan noch Jahre danach an totalitären Integrationsmodellen festhielt, wobei die Ideologie des Marxismus-Leninismus gegen einen Ethnonationalismus eingetauscht wurde. Die verführerische Macht des Nationalismus als Ersatz für die abgewirtschaftete Vision des Marxismus-Leninismus war nicht ohne eine gewisse Logik. In den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Systemen spielten bekanntlich im gesamten ehemaligen kommunistischen Machtbereich die unterdrückten nationalen Traditionen als subversive Kraft des Widerstandes eine bedeutende Rolle. Die Besinnung auf die eigene nationale Tradition besaß in den einzelnen Ländern - denken wir etwa an Polen und das Baltikum - einen hohen Anteil an der Überwindung des Kommunismus. Nationalismus ist somit nicht gleich Nationalismus. Im Freiheitskampf der Völker kann er eine emanzipatorische Funktion erfüllen, doch nach gewonnener Freiheit steht er in der Gefahr, seine repressive, gegen alles ethnisch Fremde gerichtete Kehrseite zu offenbaren. So kommt es leicht zu einer verhängnisvollen Ethnisierung der Politik, mit der zur angeblichen Wahrung der eigenen kulturellen und nationalen Identität „ethnische Säuberungen“ betrieben und territoriale Ansprüche erhoben werden.

So ist auch der Ethnonationalismus eine Vision repressiver Integration, bei der Merkmale wie Sprache und Religion politisch instrumentalisiert werden. Zu welchen kriegerischen Verwicklungen, Massenmorden, Vertreibungen und Flüchtlingsströmen dies geführt hat, mussten wir Ende des letzten Jahrhunderts auf dem Balkan erleben.

### **Europa - ein schwer definierbarer Kontinent**

Europa - eine Vision. Eine kühne, aber auch eine im wahrsten Sinne des Wortes fragwürdige These. Denn sie besagt ja nicht nur, dass die Geschichte unseres Kontinents an Visionen, Vorstellungen, Entwürfen und Utopien reich ist; gemeint ist auch, dass Europa selbst eine Vision ist und dass die Fülle an europäischen Visionen dafür die Bestätigung liefert.

Dass wir überhaupt von Europa im Sinne einer Vision sprechen, hängt offenbar damit zusammen, dass sich Europa jeder Definition zu entziehen scheint. Schon bei dem Versuch, Europa geographisch zu bestimmen, geraten wir in Schwierigkeiten. Mag unser Kontinent nach Westen und Süden noch relativ leicht durch Meere zu begrenzen sein, so lässt die Weite östlicher Ebenen kaum eine Begrenzung zu. Und erscheint nicht, von Asien aus gesehen, Europa lediglich wie ein geographischer Wurmfortsatz?

Die Frage kompliziert sich weiter bei dem Versuch, Europa historisch, kulturell und politisch auf den Begriff zu bringen. Der Versuch muss scheitern, führt er doch dazu, dass sich Europa gleichsam unter unseren Händen in eine Vielzahl widersprüchlicher Fragmente auflöst. Wenn wir „Europa“ sagen, meinen wir zwar damit eine Ganzheit, etwas Einheitliches, doch bei näherem Nachdenken erweist sich „Europa“ als ein Sammelbegriff höchst unterschiedlicher Inhalte.

In der Antike und im Römischen Imperium galt der die drei Erdteile Asien, Afrika und Europa verbindende Mittelmeerraum als das Zentrum des Kontinents. Jenseits der Grenzen lebten „Barbaren“. Auch das gehört zur Vision Europa, dass der mit Abgrenzung nach außen eng verbundene Europabegriff, ausgehend von den Griechen, über das Römische Imperium und das christliche Mittelalter bis in unsere Zeit hinein eine erstaunliche Kontinuität aufweist.

Durch den arabisch-islamischen Vorstoß im Frühmittelalter und die Bildung des Karolingerreiches verschob sich das Zentrum nach Westen. Erstmals taucht nun der Begriff „Europa“ auf, als Bezeichnung des Karolingerreiches. Das Paderborner Epos *Karolus Magnus et Leo Papa*, das über das Treffen Karls des Großen mit Leo III. in der Paderborner Königspfalz berichtet, nennt Karl „papa Europae“. Damit wird „Europa“ für die Zeit des Mittelalters zum Synonym für die westliche Christenheit.

Mit dem Schisma des Jahres 1054 kam es dann zur tiefgreifenden und nachhaltigen religiös-kulturellen Spaltung unseres Kontinents in den lateinischen Westen und den byzantinischen Osten. Diese Spaltung ist zwar für die in die EU aufgenommenen orthodoxen Völker teilweise politisch überwunden, doch das Spannungsverhältnis unterschiedlicher Kulturen bleibt bestehen, und es wird eines intensiv geführten Dialogs der Kulturen und Religionen bedürfen, damit sich dieses traditionelle Spannungsverhältnis als europäische Bereicherung und nicht als Sprengkraft erweist. Diese Problematik dürfte sich unter dem Aspekt des geplanten EU-Beitritts der islamisch geprägten Türkei noch um einiges verschärfen.

Von der ursprünglich christlichen Vision Europas zu den Visionen der Aufklärung  
 Bezeichnenderweise geht dem für Europa so bedeutsamen Einfluss des Christentums eine Vision voraus. So berichtet die Apostelgeschichte im 16. Kapitel, wie der Heilige Geist die Missionspläne des Paulus durchkreuzt, ihn daran hindert, das Wort Gottes weiterhin in der Provinz Asien zu verkünden und wie er nach einigem Hin und Her in der Hafenstadt Troas ankommt. „Dort hatte Paulus - so heißt es wörtlich - in der Nacht eine Vision. Ein Mazedonier stand da und bat ihn: Komm herüber nach Mazedonien, und hilf uns! Auf diese Vision hin wollten wir sofort nach Mazedonien abfahren; denn wir waren überzeugt, dass uns Gott dazu berufen hatte, dort das Evangelium zu verkünden.“ (Apg. 6, 9-10)

Mit der Überfahrt des Paulus nach Mazedonien gelangt die Botschaft des Evangeliums nach Europa. Entsprechend der Konzeption des Verfassers der Apostelgeschichte erreicht der Glaube, ausgehend von Jerusalem, seiner jüdischen Wurzel, das ferne heidnische Rom. Mit der Ankunft des Paulus im Zentrum des römischen Reiches endet denn auch konsequenterweise die Chronik der „Taten der Apostel“.

Die Bedeutung des Christentums für die Gestaltwerdung Europas ist unbestritten. Es blieb bis zur Neuzeit der zwar nicht einzige, aber doch wesentliche Gestaltungsfaktor unseres Kontinents. Mit den Glaubensspaltungen des 16. Jahrhunderts, den Religionskriegen, dem Prinzip *cuius regio, eius religio* als Grundlage für die Herausbildung von Nationalkirchen und deren politische Instrumentalisierung büßte das Christentum für die Einheit Europas an integrativer Kraft ein. Anstelle der bisherigen *christianitas* trat nunmehr unter dem Einfluss des Humanismus die Vision eines durch die *lingua franca* geeinten Europas, der sich von der Schicht der Ungebildeten abhebenden Gelehrtenrepublik. Mit ihr wurde zugleich der in der Aufklärung ausbrechende Konflikt zwischen Vernunft und Glaube vorbereitet.

Die westeuropäische Aufklärung, die auf dem Hintergrund der Glaubenskämpfe und Religionskriege als ein Protest der Vernunft gegen eine leidvoll erfahrene Geschichte verstanden werden kann, tendierte in ihren Visionen dahin, die Friedensordnung eines geeinten Europas nicht mehr auf das Christentum, sondern auf Vernunft und das aus ihr abgeleitete Naturrecht zu begründen. Aus Nordamerika meldete sich der englische Quäker William Penn, der Gründer Pennsylvaniens, mit seiner „Schrift für den gegenwärtigen und künftigen Frieden in Europa“ (1692) zu Wort. Der französische Abbé de Saint-Pierre (1658-1743), dessen Werk nicht weniger als 23 Bände umfasst, sah die Einheit Europas und mit ihr die Sicherung des Friedens nur in einer alle Staaten umfassenden Rechtsgemeinschaft, einer förmlichen Union also, garantiert. Kant, der sich ausdrücklich auf den Abbé beruft, geht in seinem eingangs erwähnten Traktat „Zum ewigen Frieden“ über die Staatstheorien seiner Zeit hinaus, indem er nicht nur für eine demokratische (Rousseau) und durch Gewaltenteilung (Montesquieu) bestimmte staatliche Ordnung eintritt, sondern sich dafür ausspricht, dass die Staaten untereinander ihre Beziehungen nach der Vernunft regeln und Ruhe und Sicherheit durch eine umfassende Rechtsordnung anstreben: „Für Staaten, im Verhältnis untereinander, kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustand, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie, ebenso wie einzelne Menschen, ihre wilde

(gesetzlose) Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen und so einen (freilich immer wachsenden) Völkerstaat, der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden.“<sup>6</sup> Mit seinem Postulat eines „Föderalismus freier Staaten“ nimmt Kant Vorstellungen vorweg, die nun zweihundert Jahre später mit der Schaffung der Europäischen Union ihre Verwirklichung finden. Zu seiner Zeit hatten sie indes - ganz im Sinne der zitierten Einleitung zu Kants „Zum ewigen Frieden“ - keine Chance politischer Umsetzung. Kant blieb, wie andere auch, ein „Rufer in der Wüste“.

### **Die Vision Europa aus der Erschütterung zweier Weltkriege**

Auch im 19. Jahrhundert fehlte es nicht an Visionen einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Doch umgesetzt wurde zu ihrer Zeit keine von ihnen. Die europäischen Staaten blieben auf ihre Souveränität bedacht und wachten eifersüchtig darüber, dass das Gleichgewicht der Kräfte gewahrt blieb und keine Macht über alle anderen eine Vormachtstellung erringen konnte. Dabei waren sie - wie das Beispiel der polnischen Teilungen zeigt - durchaus nicht zimperlich, der „Balance of Power“ die Souveränität eines schwächeren Staates zu opfern.

Erst das mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Millionen Toten offenbar gewordene Scheitern europäischer Gleichgewichtspolitik rief erneut Visionäre einer Einheit Europas auf den Plan: Der katholisch-konservative Kreis um die Zeitschrift „Abendland“ verfolgte Ordnungsvorstellungen einer sich am Mittelalter orientierenden rückwärts gewandten Utopie. Verschiedene, von Friedrich Naumanns Schrift „Mitteleuropa“ beeinflusste Konzeptionen bestimmten den intellektuellen Diskurs. Der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi rief mit seiner 1923 veröffentlichten Schrift „Paneuropa“ eine gleichnamigen Bewegung ins Leben. Ohne politisches Mandat, doch mit guten Beziehungen zu führenden europäischen Politikern, war Coudenhove-Kalergi bemüht, die Staatsmänner seiner Zeit für seine Vision einer Föderation europäischer Staaten zu gewinnen, allerdings unter Ausschluss der englischen Kolonialmacht und der ideologisch-politisch nicht integrierbaren Sowjetunion. Doch seine Paneuropa-Union mit einigen tausend idealistisch gesinnten Mitgliedern blieb mit der Bildung des Völkerbundes, statt einer europäischen Föderation politisch einflusslos. Coudenhove-Kalergi sah in ihm lediglich einen „zahnlosen Tiger“, eine Prognose, die sich auf unheilvolle Weise bestätigen sollte. Sein „Europäisches Manifest“ vom 1. Mai 1924 vermochte es nicht, die Volksmassen und Staatsmänner Europas aufzurütteln. Geradezu prophetisch heißt es darin: „Ein zersplittertes Europa führt zu Krieg, Unterdrückung, Elend, ein einiges Europa zum Frieden, zur Freiheit, zum Wohlstand. Ist einmal dieses Entweder-Oder in seiner ganzen Bedeutung den Europäern klar, dann mag jeder Europäer wählen, welchen dieser beiden Wege er gehen will: den Weg der europäischen Anarchie oder den der europäischen Organisation; den Weg des Todes - oder den des Lebens.“<sup>7</sup>

Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus war der Weg des Todes vorgezeichnet. Es bedurfte einer gegenüber dem Ersten Weltkrieg noch um vieles größeren Vernichtung und Selbstzerstörung, um die Vision eines friedlich geeinten Europa wieder

<sup>6</sup> Hier zitiert nach E. Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt 1974, Bd. 2, S. 1051f.

<sup>7</sup> Hier zitiert nach F. Niess: Die europäische Idee - aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt 2001, S. 20.

aufleben zu lassen. Interessanterweise waren es die Widerstandsbewegungen in den okkupierten Ländern, aber auch in Italien und Deutschland, die auf den reichen Schatz an föderativen Europavisionen zurückgriffen und ihre in den Grundlagen übereinstimmenden Nachkriegspläne eines geeinten und friedlichen Europa entwickelten und in Umlauf brachten.<sup>8</sup>

In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es zur Bildung starker Basisbewegungen, deren Europavorstellungen miteinander konkurrierten: Die konservativ-katholischen „Abendländer“ formierten sich neu und waren mit ihrer die mittelalterliche Ordnung neu belebenden Vorstellung eines christlich geprägten, strukturell autoritären Europa bis in die 1960er Jahre politisch einflussreich. Anders die 1949 gegründete Europa-Union, die sich nicht nur durch ihren weltanschaulichen Pluralismus und eine straffe Organisation von den „Abendländern“ unterschied, sondern auch durch die von Eugen Kogon, ihrem linkskatholischen ersten Präsidenten, vertretene Idee eines Europa der „dritten Kraft“. Diese wurde allerdings unter dem Druck des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts zugunsten einer deutlichen Verwestlichung aufgegeben, womit der Verband auf die von der Politik vorgegebene funktionalistische Linie europäischer Integration einschwenkte.<sup>9</sup> Die Aufbruchstimmung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die Hoffnung genährt, dass es diesmal nicht wieder zum Konflikt zwischen dem Visionär, den man „seine elf Kegel“ ruhig werfen lässt, und dem „weltkundigen Staatsmann“, der sich an dessen „sachleeren Ideen“ nicht weiter kehrt, kommen würde. Die durch den Krieg ausgelöste Erschütterung war so tiefgreifend, dass sich bereits knapp drei Jahre nach Kriegsende und noch vor Gründung der Bundesrepublik Politiker, Intellektuelle und Künstler, unter Beteiligung einer starken westdeutschen Delegation, vom 7. bis 10. Mai 1948 zum Haager Kongress trafen, um die Zukunft Europas zu beraten und erste Weichenstellungen zu beschließen. Die abschließende „Botschaft an die Europäer“ beinhaltet vier Absichtserklärungen und eine Verpflichtung politischer Strategie:

- „1. Wir wollen ein geeintes, in seiner ganzen Ausdehnung dem freien Verkehr von Menschen, Ideen und Gütern offenstehendes Europa.
2. Wir wollen eine Charta der Menschenrechte, die Gedankenfreiheit, Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie freie Ausübung einer Opposition garantiert.
3. Wir wollen einen Gerichtshof, der in der Lage ist, notwendige Sanktionen zu verhängen, damit diese Charta respektiert wird.
4. Wir wollen eine Europäische Versammlung, in der die Kräfte all unserer Nationen vertreten sind.
5. Und wir gehen offen und ehrlich die Verpflichtung ein, mit all unseren Kräften [...] die Menschen und Regierungen zu unterstützen, die an diesem Werk zum Wohle aller arbeiten. Das ist die größte Friedenschance und Unterpfand einer großen Zukunft für unsere und die folgenden Generationen.“<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Vgl. die umfangreiche, von W. Lipgens herausgegebene Sammlung von Dokumenten: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. München 1968.

<sup>9</sup> Vgl. zur Problematik unterschiedlicher Europavorstellungen die Arbeit von Vanessa Conze: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970), München 2005.

<sup>10</sup> F. Niess, a. a. O., S. 217f.

Diese von einer breiten Zustimmung getragene Absichtserklärung ist Ausdruck eines aus den leidvollen Erfahrungen des Krieges resultierenden Aufbruchs zu einem neuen, geeinten Europa. Aber sie bleibt doch hinter dem zurück, was sich die Kongressmitglieder europäischer Basisbewegungen erhofft hatten. Sie konnten sich mit ihrer Initiative eines großen Schritts nicht durchsetzen. Ihr Wunsch nach Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, welche die Grundlagen für ein das freie, westliche Europa umfassende Föderation legen sollte, blieb unerfüllt. Zu dem dazu erforderlichen Souveränitätsverzicht waren die ihre Nationalstaaten vertretenden Politiker nicht bereit. So erscheint der Haager Kongress im Rückblick als Weichenstellung zu einem funktionalistisch voranschreitenden europäischen Integrationsprozess. Seine erste institutionalisierte Form ist der ein Jahr nach dem Haager Kongress am 5. Mai 1949 gegründete Europarat. Mit seiner Bildung wurde die Absichtserklärung der „Botschaft an die Europäer“ politisch umgesetzt und ein Forum enger europäischer Konsultation und Zusammenarbeit geschaffen.

### **Die endliche Realisierung einer Vision Europa**

Über ein halbes Jahrhundert nach dem Haager Kongress können wir mit Befriedigung feststellen, dass Westeuropa den vorgezeichneten Weg beschritten hat. Es waren die christlichen Politiker Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer, die die Grundlagen für die Architektur eines geeinten Europa mit der Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl legten. Mit der Unterzeichnung des Pariser Vertrages (1951) durch die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten wurde der erste Schritt zu einer europäischen Föderation getan. Damit wurden die für die damalige Zeit kriegswichtigsten Güter einer gemeinsamen Kontrolle unterstellt und die Bundesrepublik in ein übergreifendes System eingebunden, um Europa für alle Zukunft vor den verhängnisvollen Gefahren eines deutschen Sonderweges zu bewahren. Gewiss wirkte auch der sich verschärfende Ost-West-Konflikt integrierend, doch sollte die zunächst auf Westeuropa beschränkte Europäische Gemeinschaft für die Völker unter der Herrschaft der Sowjetunion offen bleiben: „Wir müssen - wie Robert Schuman 1963 erklärte - das geeinte Europa nicht nur im Interesse der freien Völker errichten, sondern auch, um die Völker Osteuropas in diese Gemeinschaft aufnehmen zu können, wenn sie - von den Zwängen, unter denen sie leiden, befreit - um ihren Beitritt und unsere moralische Unterstützung nachsuchen werden. Wir schulden ihnen das Vorbild des einigen, brüderlichen Europa. Jeder Schritt, den wir auf diesem Wege zurücklegen, wird für sie eine neue Chance darstellen. [...] Unsere Pflicht ist es, bereit zu sein.“<sup>11</sup>

Vier Jahrzehnte später wurde diese Verpflichtung mit der Aufnahme der baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten in die Europäische Union eingelöst. Am 1. Januar 2007 folgten ihnen Bulgarien und Rumänien in die europäische Gemeinschaft.

<sup>11</sup> Hier zitiert nach J. Homeyer: Europa eine Seele geben. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven, 1/2001, S. 18.

### **Das Erbe der Europavision ostmitteleuropäischer Staaten**

Visionen lassen sich nicht herbeizaubern. Die Überlegungen haben eines deutlich gemacht - dass sich Visionen von der Einheit Europas am Widerspruch gegen einen als belastend empfundenen gesellschaftlichen *status quo* entzünden und tiefgreifende Erschütterungen zur Voraussetzung haben. Auch wenn in unseren Tagen nicht alles zum Besten steht - Erschütterungen, die neue Visionen hervorbringen könnten, sehe ich nicht.

Wenn wir somit, wie ich meine, nicht in einer Zeit leben, in der wir weder auf neue Visionen hoffen können, noch sie - in einem negativen Sinn - durch populistische Volksverführer allzu sehr befürchten müssen, so gibt es doch Visionen, deren Botschaft noch nicht in allem und bei allen angekommen zu sein scheint und deren Ertrag in die um die östlichen Länder erweiterte EU eingehen muss, um ihr Dauer zu verleihen. Gemeint sind jene Visionen, die den europäischen Umbruch des Jahres 1989 bewirkten, die Osterweiterung der EU erst möglich gemacht haben und die heute in Gefahr stehen, vergessen zu werden.

Die Visionen, von denen hier die Rede ist, fanden bereits in den 1980er Jahren in einer durch polnische, tschechische und ungarische Oppositionsgruppen verbreiteten Formel ihren Ausdruck: „Rückkehr nach Europa!“ Es handelte sich zunächst um einen gegen die Hegemonie der UdSSR gerichteten Protestbegriff, um eine Auflehnung gegen die nach Kriegsende in Jalta von den drei Siegermächten vereinbarte europäische Nachkriegsordnung. „Rückkehr nach Europa“ - das meinte die Rückgewinnung verloren gegangener staatlicher Souveränität, ein Ende der Spaltung Europas, den Anspruch auf Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis, von dem man gewaltsam und wider Willen getrennt worden war. „Rückkehr nach Europa“ schloss aber auch die Verpflichtung ein, um die in den sozialistischen Staaten unterdrückten Menschen- und Bürgerrechte zu kämpfen, sie von den Mächtigen einzufordern und unter den gegebenen Bedingungen selbst zu verwirklichen. Der Funke zündete. Immer mehr Menschen entschlossen sich, in einer Welt der Lüge in Wahrheit zu leben, gemäß der Botschaft „Habt keine Angst“, die Johannes Paul II. während des Kriegsrechts den Gläubigen in seiner Heimat verkündete, den *homo sovieticus* abzulegen. So kam es nicht nur in Polen, sondern auch in der DDR, in Ungarn und der Tschechoslowakei, in den baltischen Staaten, selbst in der UdSSR zu Bürgerbewegungen eines gewaltfreien Widerstandes, der das Ende kommunistischer Herrschaft und die Überwindung der Teilung Europas herbeiführte.

### **Europa braucht die Erfahrungen der neuen Beitrittsländer**

Die der Europäischen Union beigetretenen postsozialistischen Länder sind durch diese Erfahrung erfüllter Vision geprägt und haben sie in die EU mit eingebracht. Damit verbunden ist ein bestimmtes Europaverständnis, das nicht in erster Linie die europäischen Institutionen, den Binnenmarkt und die komplizierten Entscheidungsabläufe meint, sondern das tragende Fundament einer auf ethischen Werten basierenden kulturellen Einheit unterschiedlicher nationaler Traditionen. Als erster unter den ostmitteleuropäischen Staatsmännern hat dies Tadeusz Mazowiecki, der als ehemaliger Dissident im August 1989 in Polen die Regierung übernahm, am 30. Januar 1990 vor dem Europarat formuliert, indem er erklärte:

„Europa durchlebt eine ungewöhnliche Zeit. Die eine, vor nahezu fünf Jahrzehnten von ihrem Hauptstamm abgetrennte Hälfte des Kontinents strebt ihre Rückkehr an. Eine Rückkehr nach Europa! [...] Vielleicht ist 'Rückkehr nach Europa' eine zu schwache Kennzeichnung des Prozesses, den wir durchleben. Man muss wohl eher von einer Wiedergeburt Europas sprechen, das im Grunde seit den Beschlüssen von Jalta aufgehört hatte zu existieren.“<sup>1</sup>

Mazowiecki scheut sich somit nicht, von einer „Wiedergeburt Europas“ zu sprechen, die - wie er im weiteren Verlauf seiner Ansprache ausführt - ihre Grundlage in einer gemeinsamen Wertegemeinschaft hat. Und er betont für sein Land: „Immer war Europa der Bezugspunkt für die Antwort auf die Frage nach unserer Identität.“

Mazowiecki fragt, was denn Polen „Europa zu bringen“ habe. Dabei verschweigt er nicht die eigene Schwäche - die wirtschaftliche Krise, die erst im Aufbau befindlichen demokratischen Strukturen. Doch es ist eine Schwäche, die aus der „schrecklichen Pression totalitären Drucks“ resultiert. Diese Schwäche ist zugleich Polens Stärke, denn - so Mazowiecki - „wir haben ihn ausgehalten“. Wodurch? Durch „Werte“, die zur europäischen Norm zählen. Und in einem weitgehend säkularisierten Europa nicht unbedingt nachvollziehbar nennt er in diesem Zusammenhang als erstes „Religion und Kirche“, um dann einzelne Grundwerte aufzuzählen: „Verbundenheit mit Demokratie und Pluralismus, mit den Menschenrechten und den bürgerlichen Freiheiten, mit der Idee der Solidarität.“ Für diese Werte habe man einen „hohen Preis“ gezahlt, der den „Bewohnern des Westens“ erspart geblieben sei und den Mazowiecki ihnen ganz bewusst in Erinnerung ruft. Was Polen in Europa einbringe, sei sein „Glaube an Europa“.

Ich weiß sehr wohl, dass vieles, was Mazowiecki damals vor dem Europarat ausführte, in seinem Heimatland inzwischen an Kraft und Bedeutung verloren hat. Das noch unter kommunistischer Unterdrückung in den ostmitteleuropäischen Ländern gewonnene europäische Bewusstsein ist gegenüber den für den EU-Beitritt erforderlichen, mit vielen sozialen Belastungen und Verwerfungen verbundenen wirtschaftlichen Transformationsprozessen, aber auch durch eine Häufung hausgemachter innenpolitischer Querelen in den Hintergrund getreten. Und doch braucht Europa den aus der damaligen Vision resultierenden geistigen Impuls, damit die wie auch immer verankerten Grundwerte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sich als tragende Kraft und dauerhafte Grundlage der Union erweisen.

Die Geschichte unseres Kontinents hat uns mehrfach das Unvermögen vor Augen geführt, die Vision eines friedlich geeinten Europa in die Tat umzusetzen. Auch wenn wir das Glück haben, in einer Zeit zu leben, die uns angesichts der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzenden Erfolgsgeschichte europäischer Integration zuversichtlich stimmt, dass das mehrfach misslungene Experiment nunmehr gelingt - ein von jeder Gefahr des Scheiterns befreiter Selbstlauf ist die Europäische Union nicht. Sie kann sich immer noch - um den Titel der Untersuchung von Tony Judt zu zitieren - als „Große Illusion“<sup>2</sup> herausstellen.

<sup>1</sup> T. Mazowiecki: Rückkehr nach Europa. Ansprache vor dem Europarat in Straßburg. In: aktuelle ostinformationen 1990, Nr. 3/4, S. 1-7 (Übersetzung aus „Znak“ 1/1990)

<sup>2</sup> T. Judt: Die Große Illusion. Herausforderungen und Gefahren einer Idee. München/Wien 1996.

Gewiss, wir haben die Chance auf ein Europa, das - in Frieden geeint - die Pluralität der nationalen, kulturellen und religiösen Identitäten wahrt, Vormachtstellungen einzelner Staaten ausschließt, Interessengegensätze durch Kompromisse regelt und seine Integrationskraft nicht aus äußerer Bedrohung und durch Kultivierung von Feindbildern bezieht, selbst wenn wir die Gefahren durch den internationalen Terrorismus keineswegs gering schätzen wollen. Doch sicher wissen wir nicht, ob dies alles ausreicht, um neuen Herausforderungen standzuhalten. Hier stehen wir nach dem EU-Beitritt der östlichen Mitglieder in einer entscheidenden Phase. Wie wird die Union die in ihrer Geschichte bislang größte Erweiterung auf Dauer verkraften? Erweist sich die Solidarität, dieses Grundprinzip der Gemeinschaft, als genügend tragfähig, um den neuen Mitgliedern die nötigen Hilfen zur Selbsthilfe zukommen zu lassen, ohne die Nettozahler zu überfordern? Ist das europäische Bewusstsein unter den Bürgern der EU-Osterweiterung, aber auch in den Kernstaaten der Union, so gefestigt, dass auch bei wachsenden Schwierigkeiten ein Rückfall in nationalistisches Denken ausgeschlossen bleibt, dessen tendenzieller Zuwachs wir bereits heute besorgt beobachten?

Aber vielleicht droht Gefahr von einer ganz anderen Seite. Erweist sich möglicherweise die Europäische Union institutionell stark genug, um allen desintegrativen Tendenzen wirksam entgegen zu wirken, aber zu schwach, um als Wertegemeinschaft Bestand zu haben? Ist nicht die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die wir gegenwärtig in den Ländern Europas beobachten, ein Warnsignal? Verleitet nicht die Knappheit der Mittel für Gesundheit und Alterssicherung, verbunden mit einer Rationalisierung medizinischer Ressourcen, zu einer Nutzen-Kosten-Rechnung, die - ohne ethische Rückbindung - zu Bewertungskriterien führt, die einer Unterscheidung von lebenswertem und lebensunwertem Leben gefährlich nahe kommt? Was nützt uns am Ende ein Europa, in dem die Grundwerte auf diese oder andere Weise ausgehöhlt werden?

An mögliche Gefahren erinnern, heißt, sich zu rüsten, um sie abzuwehren.

*Gerhard Schüsselbauer*

## **Die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Zukunft der neuen EU (27) im Sog der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise**

*Die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Zukunft der neuen EU (27) im Sog der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise*

Die Weltwirtschaftskrise hält seit spätestens Mitte 2008 auch die neuen Mitgliedsländer der EU fest im Griff. Dramatische Einbrüche bei den Auftragseingängen, in der Industrieproduktion und besonders im Handelsvolumen zeigen, dass die Fieberschübe der Finanzmarkturbulenzen die realwirtschaftliche Ebene längst erreicht haben und so die strukturellen Defizite offen zu Tage treten. Zwanzig Jahre nach dem eigentlichen Beginn der wirtschaftlichen Systemtransformation<sup>1</sup> sehen sich die neuen mittel- und

<sup>1</sup> Vgl. dazu ausführlicher G. SCHÜSSELBAUER: *Privatisierungsmethoden*, Bern 1998, S. 13-60.

südosteuropäischen EU-Volkswirtschaften mit einer doppelten Krise konfrontiert: Durch die Finanzkrise ausgelöst beobachtet man einerseits einen massiven Abfluss ausländischen Kapitals und zugleich einen drastischen Anstieg der Auslandsverschuldung sowie Währungsabwertungen bei einem System flexibler Wechselkurse. Andererseits verdeutlichen die Entwicklungen der realwirtschaftlichen Indikatoren eine tiefe Konjunkturkrise, die ähnlich wie in Deutschland eine heftige Diskussion über die Zukunft der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus ausgelöst hat. Der Einbruch der realen Wirtschaftsleistung zwingt viele der neuen EU-Länder zu Experimenten in der Wirtschaftspolitik, deren Ausgang ungewiss ist. Generell muss die Notwendigkeit eines neuen Regelwerks für einen regulierten Kapitalismus erkannt werden, um weitere Wirtschaftskrisen dieses Ausmaßes zu vermeiden. Für eine Rückkehr zur ideologisch orientierten Machbarkeit sozialistischen Typs findet sich in den breiten Gesellschaftsschichten der Länder hingegen keine Mehrheit<sup>2</sup>. Vergleichbar der Situation in Deutschland, wo vorschnell und unkritisch der „freie Markt“ und der „böse neoliberale Geist“ als Schuldige gezeißelt werden, zeigen sich jedoch deutlich gesellschaftliche Strömungen, die Staatsinterventionismus und Paternalismus (oftmals politisch gepaart mit national-konservativen Richtungen) unterstützen. In Wirklichkeit bedarf es einer gründlichen Analyse der Krise, um die beteiligten Akteure zu identifizieren: die Rolle der nationalen Notenbanken und Regierungen, die Struktur des Finanz- und Bankenwesens und nicht zuletzt die Fehlanreize für die Entwickler neuer Finanzprodukte. Im Sog der Weltrezession wurden auch aus den meisten der einstigen „Musterschüler“ und „Tigerstaaten“, bspw. die baltischen Staaten, Ungarn oder Rumänien, jetzt „Sorgenkinder“ bedroht vom „Pleitegeier“ und einem nahenden Staatsbankrott.

In diesem Beitrag sollen einige Herausforderungen in der neuen EU (27), die insbesondere die neuen Mitgliedstaaten betreffen, diskutiert werden. Neben der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen im Rahmen des Lissaboner Reformvertrags werden mögliche Szenarien für die Zukunft der EU entwickelt. Es kann dabei nicht auf alle wichtigen Fragen der Gegenwart und der Zukunft der EU eingegangen werden. Aspekte der Klima- und Energiepolitik, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der institutionellen Reform sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres müssen ausgespart bleiben.

### **Fünf Jahre EU-Vollmitgliedschaft**

Das historische Datum 1. Mai 2004 brachte die EU zwar nicht ans Tor zu einer vielzitierten epochalen Zeitenwende<sup>3</sup>. Vielmehr wurde zunächst eine nicht unproblematische, wenn auch bedeutsame Frischzellenkur, ein belebendes, jedoch nicht konfliktfreies Facelifting der „alten“ EU wahrgenommen. Ein flüchtiger Blick in die Geschichte genügt, um zu sehen, dass Europa immer eine dynamische Idee, nie ein statisches Konzept, ja nicht einmal ein fest umrissener Kontinent, sondern sehr oft

<sup>2</sup> Dies war zeitlich schon weit vor den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise während der eigentlichen Systemtransformation zu beobachten; vgl. dazu J. DELHEY: *Osteuropa zwischen Marx und Markt*, Hamburg 2001.

<sup>3</sup> Vgl. dazu ausführlicher den Sammelband OSTEUROPA: *Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt*, 54. Jg., Heft 5-6, Mai-Juni 2004.

allerdings auf tragische Art und Weise von sich selbst entfremdet war. Schon Herodot warf die Frage nach dem Kontinent Europa auf. Im Westen sei Europa vom Wasser umspült, im Osten grenze es an Persien, ansonsten kennen wir seine genaue Gestalt nicht. Europa muss begreifen, dass die Einheit in der Vielfalt liegt und nicht Vielfalt durch eine krampfhafteste Einheit gepredigt wird. Im Kleinen und im Individuellen erweist sich die Zivilisiertheit und Einfachheit. Einfachheit ist nicht gleichzusetzen mit Primitivität oder Rückständigkeit<sup>4</sup>. Dies gilt sowohl für das institutionelle Rahmenwerk, für das der EU-Reformvertrag mit der Aufwertung der Rolle des Europaparlaments zweifellos einen bahnbrechenden Beitrag leisten kann, aber auch für konkrete Politikbereiche wie die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die neu zu definierende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder die Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Konzepte zur Überwindung der massiven Wirtschafts- und Finanzkrise. Die endgültige Annahme des Reformvertrags der EU, die finanzielle Gestaltung für die laufende Haushaltsperiode 2007 bis 2013, die Integration weiterer Beitrittskandidaten wie Kroatien, Mazedonien oder der Türkei werden die Zukunft der EU ebenso dominieren wie die grundsätzliche Fragestellung nach dem Spagat bzw. dem Ausgleich zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU. Immer wieder taucht dabei das Problem der optimalen Größe des supranationalen Staatenverbundes EU und, nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Frage der exakten Abgrenzung von EU-Kompetenzen und nationalstaatlicher bzw. bundesstaatlicher Zuständigkeit auf. Im Prinzip kann dieser Aspekt sogar bis zu Aristoteles zurückverfolgt werden, der in seiner *Politik* die Frage nach der optimalen Größe des Gemeinwesens aufgeworfen hatte.

### Hauptproblembereiche und zukünftige Herausforderungen für die neuen EU-Staaten

- **Finanz- und Wirtschaftskrise:** Seit dem Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise in der zweiten Jahreshälfte 2008 gehen regelrechte Schockwellen durch die EU<sup>5</sup>. Das Ausmaß der Übertragung der Fehlentwicklungen in der monetären Sphäre der Wirtschaft (Finanz- und Bankenwesen) auf die realwirtschaftliche Ebene (Produktion von Gütern und Dienstleistungen) wurde sowohl von Fachleuten als auch Politikern völlig unterschätzt. Massives Marktversagen im „kasino-kapitalistischen“<sup>6</sup> Finanzsektor paarte sich mit Politikversagen aufgrund der exorbitant expansiven Geld- und Fiskalpolitik der USA und dem damit einhergehenden Leistungsbilanzdefizit der USA, das von China, Japan und den EU-Ländern finanziert wurde. Die folgenschweren Fehlanreize eines nicht regulierten internationalen Finanzmarktes führten zu Vermögensvernichtung und Einbrüchen in der Kreditvergabe. Durch die weltweite Kreditklemme („credit crunch“) wurden auch die reale Investitions- und Konsumneigung beeinträchtigt sowie die Produktionssphäre nachhaltig erschüttert, sodass besonders die exportorientierten Volkswirtschaften unter der Wirtschaftskrise

<sup>4</sup> Vgl. dazu im historischen Kontext der Entwicklung Europas, vor allem im Altertum sowie im Mittelalter F. SEIBT: *Die Begründung Europas*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2002.

<sup>5</sup> Vgl. PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE: *Im Sog der Weltrezession*, München 2009, S. 25-35.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die gewohnt streitbare, jedoch sehr lesbare Analyse von H.-W. SINN: *Kasino-Kapitalismus*, Econ Verlag, Berlin 2009.

leiden<sup>7</sup>. Doch nicht alle EU-Länder sind gleichermaßen hart von der Weltrezession betroffen. Während Spanien mit dem Platzen des Immobilienbooms, harten realwirtschaftlichen Anpassungen und einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, bleiben Länder wie Dänemark, Österreich oder die Niederlande von der Krise zwar nicht verschont, erleiden aber weniger Produktionseinbrüche und einen geringeren Anstieg der Arbeitslosenquoten. Hier machen sich offenbar die positiven Entwicklungen bemerkbar, die auf das Modell der „Flexicurity“ zurückzuführen sind. „Flexicurity“ stellt eine Kompromissformel zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat dar und besteht aus der Förderung, verbunden mit der Forderung nach Flexibilität des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungssicherheit bei sozialer Absicherung und individueller Risikominimierung. Besonders ausgeprägt zeigt sich hingegen die Wirtschaftskrise in einigen neuen EU-Ländern. Insbesondere in Lettland, Ungarn und Rumänien, aber auch im „Alt-EU-Land“ Irland nimmt das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise dramatische Züge an. Besonders in den baltischen Staaten machen sich nun schlagartig die Fehlentwicklungen makroökonomischer Ungleichgewichte und eines defekten Finanz- und Bankensystems bei gleichzeitigem Ausbleiben von ausländischen Direktinvestitionen bemerkbar. Die Folge davon sind rasant anwachsende Arbeitslosenquoten, die in Estland und Lettland vor allem die ethnisch russische Minderheit betreffen. In Ungarn ließen sich hingegen schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise gravierende Mängel wegen des schwachen Wachstums seit 2002, des hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits („twin deficit“), in der niedrigen Beschäftigungsquote, den abnehmenden ausländischen Direktinvestitionen, der exorbitant steigenden öffentlichen und privaten Verschuldung sowie der rückläufigen Innovationstätigkeit ausmachen. Polen hingegen leidet weniger unter rückläufiger Kreditvergabe, allerdings stärker unter den vergleichsweise hohen Lohnstückkosten bei niedriger Arbeitsproduktivität, dem Abbau der Industriebeschäftigung sowie der abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage<sup>8</sup>. Auch Rumänien leidet unter dem Sog der Weltrezession und musste im Gefolge der Finanzkrise die Hilfe des IWF in Anspruch nehmen, da das Zahlungsbilanzdefizit und die Bedienung der Fremdwährungsschulden aus dem Ruder zu laufen drohten.

#### Standardisierte Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen EU-Ländern von 2008 bis 2010

	Reales Wachstum BIP			Inflationsrate			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
<b>Estland</b>	-3,6	-13,0	-4,0	10,6	0,7	0,1	5,6	15,0	16,7
<b>Lettland</b>	-4,1	-18,0	-5,0	15,3	4,2	1,1	7,3	16,3	19,0

<sup>7</sup> Vgl. M. KNOGLER: „Die osteuropäischen EU-Mitglieder im Griff der Wirtschafts- und Finanzkrise“, *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 120, 2/2009, S. 27-33.

<sup>8</sup> Vgl. MTA Világgazdasági Kutatóintézet – Ungarisches Institut für Weltwirtschaft: *Monitoring Jelentés (Monitoring Report) 2008*, Budapest 2008.

<b>Litauen</b>	3,0	-15,5	-4,4	11,1	4,3	1,2	5,9	15,0	17,2
<b>Polen</b>	4,9	+1,2	2,0	4,2	4,1	3,8	7,1	8,3	8,6
<b>Tschechien</b>	3,0	-4,0	1,2	6,3	0,8	0,5	4,4	6,2	7,2
<b>Slowakei</b>	6,4	-5,2	1,8	4,1	1,3	1,5	9,5	11,5	12,7
<b>Ungarn</b>	0,6	-6,4	-0,6	6,0	4,0	3,8	7,8	10,2	11,3
<b>Slowenien</b>	-0,9	-4,0	1,0	3,9	-0,3	0,8	4,8	6,2	7,0
<b>Rumänien</b>	7,1	-7,0	0,7	7,9	5,6	5,0	5,8	7,5	8,5
<b>Bulgarien</b>	6,0	-5,0	0,2	12,0	3,0	2,7	5,6	6,6	8,1

*Quellen:* Eurostat Database 2009; PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE: *Zögerliche Belebung – steigende Staatsschulden*, Essen, Oktober 2009, S. 30.

*Anmerkung:* Die Werte für 2009 basieren auf revidierten Prognoseschätzungen; die Zahlen für 2010 sind im Herbst 2009 korrigierte Vorhersagewerte, die mit einer hohen Unsicherheit verbunden sind.

- Arbeitsmarkt:** Die wichtigsten Herausforderungen für viele, insbesondere große EU-Länder stellen langfristig die Reform des Arbeitsmarktes und die Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit, die zu einem größeren Teil strukturell und nun auch vermehrt konjunkturell bedingt ist, dar. Besonders in Deutschland zeigten sich schon seit Mitte der 1990er Jahre gravierende Investitionsschwächen und damit Defizite auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Die hohen Arbeitslosenquoten in Spanien (Ende 2009: 19,6 Prozent) sowie in einigen neuen EU-Ländern, vor allem in Lettland, Litauen, Ungarn und der Slowakei, legen den Handlungsbedarf offen und zwingen zu mutigen Reformen für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen, um so durch Multiplikatorwirkungen auch reale Einkommenseffekte erzielen zu können. Dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, hervorgerufen durch Steigerungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, eine maßgebliche Rolle. Sozialpartner müssen noch stärker als bislang die Lenkungsfunktion des Reallohnes wahrnehmen, um Produktivitätsgewinne nicht verpuffen zu lassen. Die Versäumnisse bei den Reformen großer europäischer Volkswirtschaften wie Deutschlands oder Frankreichs belegen aufgrund der Mobilität des Faktors Arbeit und vor allem des Faktors Kapital die Notwendigkeit EU-weiter Lösungen, zumal gerade in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle zukommt.
- Demokratische Stabilität und Pluralismus:** Auch wenn alle neuen EU-Mitgliedstaaten dem politischen Kriterium entsprechen, spielen mitunter Defizite in der Konsolidierung der Parteienlandschaft und der demokratischen Institutionen, im Medienpluralismus, der Stellung der politischen Eliten in der Gesellschaft sowie der demokratischen Legitimation von links- oder rechtsextremen Parteien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies ist jedoch kein spezifisches Problem der neuen EU-Staaten, sondern lässt sich auch in vermeintlich „entwickelten“ EU-Ländern beobachten. Dennoch lässt sich in beinahe allen neuen, postkommunistischen EU-Ländern eine hohe Unsicherheit verbunden mit starken Schwankungen in der Stabilisierung der Parteienstrukturen, der politischen Institutionen und des Akteursverhalten beobachten. Ungarn kann als schillerndes Negativbeispiel dienen, wo eine abgewirtschaftete post-sozialistische Partei (MSZP) das Land an den Rand des Staatsbankrotts steuerte.

Zugleich zeigt das Aufkommen der Rechtsextremen (Jobbik) die völlig unzureichende Entwicklung einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft. In Tschechien führte der beispiellose Sturz des Ministerpräsidenten Mirek Topolanek zu einer Reihe von chaotischen Entwicklungen gerade während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009. Die politische Instabilität erschwert hier Suche nach Lösungswegen für die Überwindung der tiefen ökonomischen Krise.

- **„Soziales“ Europa:** Die Frage nach einer „sozialen“ Ausgestaltung der dynamischen Umgestaltungsprozesse spielt gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise eine bedeutsame Rolle, wobei höchst strittig ist, was „sozial“ bedeuten soll und wie „soziale Gerechtigkeit“ definiert und erreicht werden kann<sup>9</sup>. Deutlich zu beobachten sind in praktisch allen ehemaligen sozialistischen Volkswirtschaften und Gesellschaften angestiegene Ungleichverteilungen des Einkommens und des Vermögens. Die maroden Verteilungsmechanismen, tradiert aus dem Erbe der postsozialistischen Transformation und sogar zurückreichend bis in die Vorwendezeit, und ein völlig ineffizientes Gesundheitswesen erschweren Fortschritte beim Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft, die über effiziente Marktmechanismen hinaus einen sozialen Ausgleich herbeizuführen vermag (gemäß der Leitideen von Ludwig Erhard). Auch wenn die „Soziale Marktwirtschaft“ in Ländern wie Polen oder Ungarn gar Verfassungsrang genießt, spiegelt die ordnungspolitische Realität dies nicht wider. Vielmehr ist eine Reihe von Defiziten in der Wettbewerbs-, Beschäftigungs- sowie vor allem der Bildungspolitik auszumachen, sodass eine „gerechte“ Teilhabe aller als Startvoraussetzung im marktwirtschaftlichen Prozess nicht gewährleistet werden kann.

- **Sozialversicherungssysteme:** Der komplexe Bereich der Sozialpolitik und der Reform der Sozialversicherungssysteme zeigt die Problematik der Prioritäten und zeitlichen Abfolge der Systemtransformation sowie der dadurch bedingten (zwangsläufigen) Vernachlässigung dieses Bereichs. Allerdings lassen sich in manchen Ländern, wie in Polen und Ungarn, bahnbrechende Reformen in Richtung kapitalgedecktes Rentensystem ausmachen, die den Paradigmenwechsel aufgrund der demographischen Entwicklungen verdeutlichen. Hier könnten sogar Lerneffekte auf „alte“ EU-Länder übertragen werden, die ihrerseits von den Transformationserfolgen der mitteleuropäischen Nachbarländer profitieren könnten. Grundsätzlich stellt die Reform der Gesundheitssysteme in allen neuen EU-Staaten eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre dar. Völlig verzerrte Anreizmechanismen führen zu einer desolaten Versorgung der Bevölkerung mit dem öffentlichen Gut Gesundheit. Während in gleichsam allen entwickelten Staaten der Welt die durchschnittliche Lebenserwartung aufgrund der besseren Versorgung und Ernährung steigt, stagniert oder fällt dieser wichtige sozioökonomische Indikator für einige Länder. Insbesondere in Ungarn, das in den letzten zwei Jahrzehnten stets einen Entwicklungsvorsprung für sich in Anspruch nahm, beobachtet die Weltgesundheitsorganisation WHO mit knapp 69 Jahren durchschnittlicher Lebenserwartung einen enorm niedrigen Wert für die männliche Bevölkerung.

<sup>9</sup> Vgl. Z. WILKIEWICZ: „Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU“, *aktuelle ostinformationen*, Heft 3/4 2007, S. 4-10.

- **Landwirtschaft:** Auch nach der Verabschiedung der reformierten Agrarleitlinien und des Modulationsprogramms zur Entkopplung der Flächen- und Tierprämien von der Produktionsleistung bleibt die Agrarpolitik ein „Hauptminenfeld“ im Rahmen der Verhandlungen um knappe Haushaltsressourcen. Zudem geht es bei der „Phasing-In-Strategie“ der EU, nach der Landwirte der neuen Mitgliedstaaten erst sukzessive über einen Zeitraum von acht Jahren in den Genuss der vollen Direktbeihilfen aus dem Agrarhaushalt der EU gelangen können, um Zeitgewinn für eine marktnahe, generelle Reform des Agrarsektors, zumal dieser Bereich traditionell seit Jahren am stärksten den marktwirtschaftlichen Kräften einer effizienten Allokation von Ressourcen und Produktionsfaktoren entzogen ist und in Wirklichkeit ein Musterbeispiel für staatsinterventionistischen Dirigismus darstellt.

Über die ökonomischen und sozialen Aspekte hinaus haben die Entwicklungen der weltweiten Wirtschaftskrise auch Rückwirkungen auf andere gesellschaftspolitische und institutionelle Bereiche. Die Finanznot erschwert dabei die Anpassung der neunten Mitgliedsländer an EU-Standards massiv, da die nationale Kofinanzierung von Projekten besonders dann gefährdet ist, wenn sich die Situation des Staatshaushalts weiterhin verschlechtert. Neben den baltischen Staaten sind hiervon vor allem Ungarn und Rumänien betroffen:

- **Integration der Minderheiten bzw. ethnischer Gruppen (bspw. Sinti und Roma):** Auf Druck der EU wurden zwar eine Reihe von Regierungsinitiativen beschlossen und auf den Weg gebracht, um die (soziale) Diskriminierung vor allem der Roma-Gruppen zu beseitigen. Die konkrete Umsetzung insbesondere in den Ländern des östlichen Mitteleuropa (Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie Südosteuropas (Rumänien und Bulgarien) bereitet massive Schwierigkeiten. Die beiden baltischen Staaten Estland und Lettland sehen sich nach wie vor dem gravierenden staatsbürgerschaftsrechtlichen Problem gegenüber, die zahlenmäßig großen russischsprachigen Minderheiten zu integrieren.
- **Übernahme der EU-Umweltstandards:** Kein Bereich des EU-Rechts weist so viele Übergangsfristen auf wie die Behandlung der Umweltstandards. Aufgrund des immensen Nachrüst- und Investitionsbedarfs sind hier lange Zeiträume bis weit ins nächste Jahrzehnt eingeplant, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Da sowohl während des Sozialismus als auch weitgehend während der Transformationsphase die Umweltgesetzgebung vernachlässigt wurde, kann im Hinblick auf einen effektiven Umweltschutz eine Internalisierung externer Umwelteffekte über gesetzliche Rahmenbedingungen erst sukzessive initiiert werden.
- **Gerichtswesen (Justiz) und staatliche Administration (Inneres):** Aufgrund der Umgestaltung und mitunter völligen Neuordnung mangelt es sowohl im Justizwesen als auch in der öffentlichen Verwaltung an Kapazitäten. Eine der größten Herausforderungen besteht nach wie vor nicht in der eigentlichen Übernahme, sondern der gezielten und konkreten Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU (acquis communautaire) in den jeweiligen ausführenden Verwaltungsorganen sowie im Gerichtswesen, wo die Kapazitäten besonders begrenzt sind. Vor allem Rumänien und Bulgarien, deren Beitritt sich 2007 unter strengen Auflagen vollzog, sehen sich noch

gewaltigen Aufgaben gegenüber bezüglich des Aufbaus eines effizient arbeitenden administrativen Apparates, der die Interessen der BürgerInnen berücksichtigt und nicht Einzelinteressen und Lobbyisten Tür und Tor öffnet. Das Aussetzen der EU-Fördermittel für Bulgarien wegen des katastrophalen Verwaltungsapparats und der weitverbreiteten Korruption bei hohen Politikern und Staatsbeamten ebnete den Weg für den erdrutschartigen Sieg des ehemaligen Leibwächters von Ex-Ministerpräsident Simeon Sakschoburggotski (der frühere Zar Simeon II.) und späteren Bürgermeister von Sofia Bojko Borissov, der mit seiner rechts-konservativen Partei GERB (Wappen) im Frühsommer 2009 die Sozialisten von der Macht verdrängen konnte. Mit einer Mischung aus „Law-and-Order“-Politik und national-konservativen Elementen will Borissov nicht nur die krassen Missstände aufgrund der Korruption und Günstlingswirtschaft beseitigen und die gesellschaftliche Kohäsion stärken, sondern auch die „europäische Entwicklung“ (so der Parteiname) fördern.

- **Korruption im öffentlichen Leben sowie in der Geschäftswelt:** Ein zentrales Phänomen stellt die nach wie vor weit verbreitete Korruption in vielen ehemals post-kommunistischen Ländern dar. Alle Versuche der Eindämmung von illegalen Praktiken sind bislang von sehr mäßigem Erfolg gekrönt. Im öffentlichen Bewusstsein der Bürger spielt die wahrgenommene Korruption eine zentrale Rolle. Der lähmende Effekt bezieht sich dabei nicht nur auf das öffentliche Verwaltungswesen, sondern auch auf die Wirtschaftstätigkeit der Akteure, da Korruption eine suboptimale Kostenrechnung für Investoren und Nachfrager nach öffentlichen Leistungen nach sich zieht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die gravierenden Unterschiede im Wohlstandgefälle innerhalb der EU (27), aber auch unter den neuen Mitgliedstaaten sowie den EU-Bewerberländern. Allerdings berücksichtigt diese statische Momentaufnahme der Indikatoren nicht die dynamische Entwicklung im Rahmen der Systemtransformation. Praktisch alle neuen EU-Staaten haben aufgrund der hohen Wachstumsraten der letzten weit mehr als zehn Jahre den Abstand zum EU-Durchschnitt verringert. Betrachtet man die sozioökonomischen Aspekte im Rahmen des Rankings beim Human Development Index, so fallen die starken Unterschiede nicht so deutlich ins Gewicht. Die Tschechische Republik rangiert hier nur zehn Plätze hinter Deutschland. Bemerkenswert ist allerdings das schlechte Ranking Rumäniens oder des Beitrittskandidaten Türkei, das hier lediglich zu Ländern mit mittlerem Entwicklungsstand gehört.

**Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) im Jahr 2008, EU (27) = 100**

**Ranking im Human Development Index der Vereinten Nationen (177 untersuchte Länder)**

Land	BIP/Kopf	HDI-Ranking	Land	BIP/Kopf	HDI-Ranking
Luxemburg	253	18	Portugal	75	29
Irland	140	5	Slowakei	72	42
Niederlande	135	9	Estland	67	44

<b>Österreich</b>	123	15	<b>Ungarn</b>	63	36
<b>Schweden</b>	121	6	<b>Litauen</b>	61	43
<b>Dänemark</b>	119	14	<b>Polen</b>	57	37
<b>Großbritannien</b>	117	16	<b>Lettland</b>	56	45
<b>Finnland</b>	116	11	<b>Rumänien</b>	46	60
<b>Deutschland</b>	116	22	<b>Bulgarien</b>	40	53
<b>Belgien</b>	115	17	<b>Kroatien</b>	63	47
<b>Frankreich</b>	107	10	<b>Türkei</b>	45	84
<b>Spanien</b>	104	13	<b>FYROM*</b>	32	69
<b>Italien</b>	100	20	<b>Norwegen</b>	190	2
<b>EU (27)</b>	<b>100</b>	--	<b>Schweiz</b>	141	7
<b>Griechenland</b>	95	24	<b>Island</b>	119	1
<b>Zypern</b>	95	28	<b>Montenegro</b>	46	64
<b>Slowenien</b>	90	27	<b>Serbien</b>	37	65
<b>Tschechien</b>	80	32	<b>Bosnien und Herzegowina</b>	30	66
<b>Malta</b>	76	34	<b>Albanien</b>	25	68

*Quellen:* Eurostat Press Release 94/2009; UNDP Human Development Index HDI 2008.

*Anmerkungen:* \* FYROM – Former Yugoslav Republic of Macedonia (offizielle Abkürzung der UNO)

Die Schätzungen für das **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf** basieren auf den letzten BIP-Daten für 2008 und den neusten verfügbaren Kaufkraftparitäten KKP. Der KKS (Kaufkraftstandard) ist eine Kunstwährung, die die Unterschiede zwischen den nationalen Preisniveaus ausgleicht. Daher kann man mit 1 KKS in allen Ländern dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen. Diese Einheit ermöglicht aussagekräftige Volumenvergleiche der Wirtschaftsindikatoren verschiedener Länder.

Der **Human Development Index HDI** ist ein Index der menschlichen Entwicklung in den Ländern der Welt. In diesem Index werden folgende sozioökonomische Indikatoren verarbeitet: Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetenquote der Erwachsenen, Brutto-Schuleinschreibungsrate sowie reale Kaufkraft je Einwohner.

### **EU-Reformvertrag und europäische Wirtschaftspolitik**

Neben den wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten, die im direkten Gefolge der Weltrezession zu betrachten sind, lohnt sich ein Blick auf das umstrittene Reformvertragswerk sowie auf Zukunftsszenarien für die neue EU (27). Tschechiens Staatspräsident Václav Klaus, der sich selbst gern als „Europa-Realisten“ betrachtet und den Lissaboner Reformvertrag als grundlegende Fehlkonstruktion ansieht, sowie Polens national-konservativer Staatspräsident Lech Kaczyński gelten als die prominentesten Vertreter der ablehnenden Front nach dem negativen Ausgang des irischen Referendums, das nun im Herbst 2009 wiederholt wird. Im Folgenden soll ein näherer Blick auf den Reformvertrag die Herausforderungen herausarbeiten, vor denen alle Länder der EU und speziell auch die Neumitglieder stehen. Fragen der generellen wirtschaftspolitischen Ausrichtung, des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie der Lissabon-Strategie betreffen im Besonderen die zukünftigen wirtschaftlichen

Entwicklungsmöglichkeiten neuer EU-Mitgliedsländer, um deren Integrationspotenzial stärker ausschöpfen zu können<sup>10</sup>.

Der Lissaboner Reformvertrag bildet das Grundlagenwerk der EU, das alle relevanten Bereiche des Primärrechts auf eine vereinfachte, transparente Grundlage stellt. Darüber hinaus stellt er durch die Charta der Grundrechte für jeden EU-Bürger einklagbares Recht dar. Nachdem während der Entwicklung des Verfassungstextes und des späteren Reformvertragswerks der Streit über die Präambel und die Aufnahme eines direkten Gottesbezuges die Feuilletonisten eingehend beschäftigt hatte, erwachte zusehends eine heftige Debatte über die konkrete institutionelle Ausgestaltung der Kernorgane der EU – Rat der Europäischen Union, Europäisches Parlament und Europäische Kommission. Dieser Streit konnte erst nach zähem Ringen im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs beigelegt werden. In wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht lohnt es sich, einen Blick zu werfen auf die Ziele und Instrumente der Vertragsgrundlagen, die die europäische Wirtschaftspolitik betreffen.

Im ersten Abschnitt des Reformvertrags überwiegen neben institutionellen und politischen Aspekten auch Fragen der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik. Insbesondere Art. 3 des EU-Reformvertrags beschreibt in beinahe klassisch keynesianischer, „globalsteuernder“ Tradition die Ziele der EU-Wirtschaftspolitik:

- Ausgewogenes *Wirtschaftswachstum* bei gleichzeitiger Einhaltung der *Preisniveaustabilität!*
- *Vollbeschäftigung* in den einzelnen EU-Volkswirtschaften!
- *Konsolidierung der öffentlichen Finanzen!*

Die Handschrift lässt vermuten, dass die weitreichenden Erfahrungen mit den Zielkonflikten des magischen Vierecks keine Berücksichtigung fanden. Zu groß war offenbar die Versuchung, einer sozialtechnischen Machbarkeit zu folgen und weniger dem freien Wettbewerb und den Möglichkeiten der effizienten Faktorallokation mehr Freiraum zu gewähren. Allerdings lässt sich in der Realität Friedrich A. von Hayeks bekannte Einschätzung beobachten, nach der die wirtschaftliche Entwicklung viel eher das Ergebnis des konkreten wirtschaftlichen Handelns als des menschlichen Entwurfs darstellt.

Die maßgeblichen Instrumente für die Realisierung der oben festgelegten Ziele sind: (1) die Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes, (2) die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion EWWU, sowie (3) die enge Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Seit der Umsetzung der letzten Phase der EWWU im Jahre 1999 stieg der Koordinationsbedarf vor allem in der Haushalts-/Fiskalpolitik. Ein Erfolg der wirtschaftspolitischen Strategien kann nur bei einem gemeinsamen Ordnungsrahmen für die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik („Wettbewerbsverfassung der EU“) gewährleistet werden, zumal die Europäische Union als Wirtschaftsunion grundsätzlich auf einer dezentralen Grundstruktur basiert. Dem

<sup>10</sup> Vgl. G. SCHÜSSELBAUER. *Die neue EU (27) – „One Day in Europe“*, in: M. Proniewski, P. Pysz. *The European Integration and the European East*, Białystok 2008, S. 43-60.

Subsidiaritätsprinzip (EU-Reformvertrag Art. 4/5) folgend liegt die Wirtschaftspolitik primär in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Außer in der Außenhandels-, der Wettbewerbs-, der Agrar- und schließlich der Regional- und Strukturpolitik hat die EU keine vertraglichen Kompetenzen für eine zentrale Wirtschaftspolitik. Tatsächlich zeigt hingegen die Praxis, dass eine Fülle von EU-Richtlinien, die in nationale Gesetze umgesetzt werden müssen, eine Einengung von nationaler oder regionaler wirtschaftspolitischer Verantwortung bedeutet. Regelungen zum Umgang mit externen Effekten in der Umwelt, in der Abfallwirtschaft sowie Standards in der Sozialpolitik zählen dazu ebenfalls wie die Regelung industriepolitischer Konzepte und Interventionen.

Die unterschiedlichen Ansätze der Wirtschaftspolitik in den EU-Mitgliedstaaten spiegeln die divergierenden Traditionen der einzelnen Wirtschaften wider. Frankreichs lange Tradition der zentralistischen Wirtschaftslenkung, die allerdings seit Anfang der 1980er Jahre einem starken Reformdruck ausgesetzt war, ließ sich ebenso wenig aufrecht erhalten wie Deutschlands Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Eucken, Erhard, Müller-Armack), das eine ordoliberalen, normative Leitlinie für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung bildete. Dieses Modell in seiner Reinform ging in Deutschland im Labyrinth des politischen Machbarkeitswillens verschiedener parteipolitischer Richtungen unter. Den kontinentaleuropäischen Ansätzen stand Großbritanniens wirtschaftsliberaler Kurs (Thatcher) und in den letzten Jahren der „Dritte Weg“ (zurückgehend auf Tony Blair und Anthony Giddens) gegenüber: eine Art Amalgam aus neoliberalen Mainstream und sozialdemokratisch orientierten Ansätzen des sozialen Ausgleichs. Seit Maastricht bekannte sich die EU formell zur offenen Marktwirtschaft bei freiem Wettbewerb als Basis der Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft. In dem zu verabschiedenden Reformvertrag lautet die Kompromisslinie das Erreichen eines hohen Grades an Wettbewerbsfähigkeit einer sozialen (geschrieben mit kleinem „s“) Marktwirtschaft, eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie die Betonung des Umweltschutzes.

Die nächsten Jahre werden in Brüssel maßgeblich von folgenden wirtschaftspolitischen Fragen dominiert:

- **Kampf gegen die Rezession:** Milliarden schwere Rettungspakete und Bürgschaften für das europäische Bankenwesen sowie die verstärkte Koordination der Finanzmärkte sollen zur Stabilisierung der Wirtschaftskrise beitragen. Das zusätzliche Ausgabenvolumen von über 600 Mrd. Euro entspricht dabei über fünf Prozent der Wirtschaftsleistung der EU (27). Es ist nach wie vor höchst strittig, inwieweit sich erhoffte Multiplikatorwirkungen durch die expansive Fiskalpolitik tatsächlich einstellen oder aber der Negativtrend, bestehend aus sinkender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, sinkenden Bruttoanlageinvestitionen und vor allem einer dramatischen Verringerung des Welthandelsvolumens, weiterhin anhält<sup>11</sup>. Die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit mit EU-weit über vier Millionen neuen Arbeitslosen bis Mitte 2009 macht zwar ein

<sup>11</sup> Vgl. H. BECK, H. WIENERT: „Anatomie der Weltwirtschaftskrise: Ursachen und Schuldige“, *APuZ* 20/2009, S. 7-12.

konjunkturpolitisches Gegensteuern notwendig, der Blick für eine langfristige Konsolidierung der Haushalte darf jedoch nicht verloren gehen. Im Gefolge der Rezession könnten nicht nur die Realeinkommen sinken, obwohl die Inflationsraten historische Tiefststände erreichen. Die verminderte gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung, die zusätzlichen Belastungen durch die Finanzierung der Arbeitslosigkeit sowie erhebliche Ausfälle bei der direkten und indirekten Besteuerung werden die europäischen Volkswirtschaften noch vor große Belastungsproben stellen und harte strukturelle Anpassungsmaßnahmen erzwingen.

- **Haushaltsperiode 2007 bis 2013:** Die Diskussion um das momentane Haushaltsrahmenwerk wird auf der Ausgabenseite bestimmt von der Verteilung der knappen Strukturfonds zwischen den „neuen“ und den „alten“ beihilfeberechtigten Ländern und Regionen sowie von der Reform des Agrarhaushaltes. Auf der Einnahmenseite dominieren die Debatten um die Höhe der BSP-Eigenmittelanteile der Einzelstaaten sowie die Nettozahlerposition einzelner Länder. Aufgrund der fiskalpolitischen Verwerfungen einiger Mitgliedstaaten dürfte die Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der EU bei zugleich gestiegenem Aufgabenaufwand nur äußerst schwer durchzusetzen sein. Es gleicht dabei einer Quadratur des Kreises, immer mehr Aufgaben an die EU abgeben, die dazugehörigen Finanzmittel jedoch nicht bereitstellen zu wollen.

- **Stabilitäts- und Wachstumspakt:** Entstanden war der Pakt durch die Initiative Deutschlands bereits in den 1990er Jahren, um übermäßige fiskalische Defizite in anderen EU-Ländern einzudämmen. De facto befindet sich der Pakt, aufgrund des EU-Ministerratsbeschlusses schon seit Ende 2003 im „Vakuum“. Deutlich wurde, dass der Pakt, der geltendes und einklagbares EU-Recht darstellt, kein Problem der rechtlichen Ausgestaltung, sondern der konkreten Umsetzung in den Mitgliedstaaten aufweist. Die Aussetzung des Strafautomatismus bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung machte eine Neuregelung des Stabilitätspaktes notwendig. Danach ist eine flexiblere Interpretation der Regelungen möglich, sodass faktisch einzelstaatliche fiskalpolitische Entscheidungen fallweise wegen möglicher Koalitionen großer „Sünderländer“ im Ecofin-Rat im Gegensatz zur Einhaltung des Gemeinschaftsrechts überwiegen könnten und so Sanktionen unmöglich gemacht werden. Für eine Reihe von Ländern sieht die EU-Kommission auf der Basis der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Prognosedaten erhebliche Risiken, welche die angestrebte Konsolidierung in den nächsten Jahren unmöglich machen. Aufgrund der Wachstumsprognosen für 2009 und 2010 für den Euroraum und der expansiven Fiskalpolitik sowie der damit verbundenen drastisch ansteigenden Nettoneuverschuldung ist eine Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in den nächsten Jahren ausgeschlossen. Die Belastungen durch die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik (bspw. des Kurzarbeitergeldes und der Arbeitslosenunterstützungsleistungen), durch das Renten- und Gesundheitssystem werden weiterhin steigen, sodass eine Konsolidierung des entscheidenden Stabilitätskriteriums, des Nettohaushaltsdefizits der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen), aus heutiger Sicht unrealistisch ist. Mitte 2009 wurden formell bereits Defizitverfahren gegen sechs EU-Länder eingeleitet.

Das Resümee nach mehr als acht Jahren „Lissabon-Strategie“, nach der die EU spätestens 2010 zum stärksten Wirtschaftsraum, basierend auf Technologie, Wissen und Humankapitalinvestitionen, avancieren sollte, fällt ernüchternd aus. Zum einen wirken sich wirtschaftliche Unsicherheitsfaktoren (Weltrezession, Preisentwicklung der Rohstoffe, Aufwertung des Euro) und globale politische Risiken sehr stark auf kurzfristige Perspektiven aus und verzögern die langfristige wirtschaftliche Erholung. Zum anderen weisen die initiierten Reformen in den wichtigsten EU-Staaten zwar in die richtige Richtung, können aber kurzfristig nicht die erhofften makroökonomischen Erfolge nach sich ziehen. Obgleich wichtige Zwischenziele wie die Öffnung der Energiemärkte, die Schaffung eines einheitlichen Luftraums sowie eines integrierten Finanzmarktes erreicht werden konnten, zeichnet sich ab, dass die „Lissabon-Strategie“ als Königsweg für den Abbau des enormen Ungleichgewichts auf den Arbeitsmärkten wenig geeignet erscheint. Dem ehrgeizigen Ziel, fünf Mio. neue Arbeitsplätze steht die Bilanz dramatisch gestiegener Arbeitslosenquoten in Ländern wie Spanien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Deutschland, Frankreich, Italien sowie Belgien gegenüber. Zwar erhöhten die EU-Erweiterungen der letzten Jahre das langfristige Potenzial für Wachstum durch ökonomische Integrationseffekte, zugleich aber auch den Anpassungsdruck für „alte“ EU-Länder. Zudem verpflichtete sich die EU zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und sozialpolitischer Integration gleichmäßig in allen EU-Ländern.

### Zukunftsszenarien<sup>12</sup>

Die Diskussion um die Ursachen und Hintergründe der Rezession und Perspektiven der zukünftigen Entwicklungstrends darf nicht in der Vergangenheit und Gegenwart stehen bleiben. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die die letzten zwei Jahrzehnte der ehemaligen postkommunistischen Transformationsökonomien betraf, wird zwangsläufig auch davon abhängen, welches Integrationsmodell für die Zukunft der EU bzw. Europas im Allgemeinen verfolgt werden soll. Entwürfe für die politische und ökonomische Zukunft der EU spiegeln immer auch den Erkenntnisstand des Theoriefortschritts wider und müssen den dynamischen Realitäten angepasst werden. Zukunftsszenarien gehören mittlerweile zum Standardrepertoire der Einschätzung der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und finden in der Wissenschaft zusehends Beachtung. Die Szenarientechnik unterscheidet sich von Prognosen dahingehend, dass sie weit mehr als einen kurzen Zeithorizont betrachtet und nicht auf den bloßen Erwartungswert einer Eintrittswahrscheinlichkeit abzielt. Von Utopien unterscheidet sie der Aspekt der Machbarkeit und Beeinflussbarkeit. Szenarien sind mithin Hilfestellungen zur Bewusstmachung von möglichen Entwicklungslinien, die in erster Linie vom politischen Willen der beteiligten Akteure abhängen, demnach vor allem von endogenen Prozessen innerhalb der EU. Die folgenden fünf Szenarien stellen

<sup>12</sup> Federführend in der Szenarientechnik ist das Münchner Centrum für angewandte Politikforschung CAP, vgl. F. ALGIERI, J. A. EMMANOULIDIS, R. MARUHN: „Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien“, CAP – Centrum für angewandte Politikforschung Working Paper, München 2003.

lediglich einen kurzen Aufriss möglicher „Zukünfte“ der EU dar und sind keineswegs erschöpfend.

**Szenario 1** „*Freihandelszone / Binnenmarkt de luxe*“

War in den vergangenen Jahrzehnten der ökonomische Hebel die Haupttriebfeder der EU-Integration, so soll mit der Verabschiedung des Reformvertrags die politische und institutionelle Einigung vorangebracht werden. Allerdings ist keineswegs gewährleistet, dass in einer Union der 27 Mitgliedsländer aufgrund der stark gestiegenen Verhandlungs- und Transaktionskosten in allen wichtigen Politikfeldern Einigung erzielt wird. Die Mitgliedstaaten könnten versucht sein, heikle politische Fragen auszuklammern, dafür Lösungen auf der Ebene der Einzelstaaten suchen und auf EU-Ebene lediglich das Binnenmarktmotiv der Integration in den Vordergrund rücken. Fortschritte in der Politischen Union wären dann bei bis zu 30 Mitgliedstaaten nur noch im Millimetertempo zu erzielen. Gerade die Ziele in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wären davon besonders betroffen. Bei der Dominanz dieses Szenarios würde die politische Zuständigkeit der europäischen Einzelstaaten auf Kosten des solidarischen Grundgedankens vorrangig betont werden. Auch von konservativen deutschen, französischen oder polnischen Politikern wird immer wieder die Bedeutung der nationalstaatlichen Ebene und Souveränität betont.

**Szenario 2** „*Europa à la carte*“

Kennzeichen eines Europa à la carte ist die variable Geometrie, die fallweise Interessenallianzen zulässt. Je nach Priorität entscheiden die Einzelstaaten über die Abgabe von Souveränitätsrechten und die Schaffung von gemeinsamen Regelungen auf supranationaler Ebene. Die Suche und die Bildung von Koalitionen statt solidarische Einstimmigkeit bestimmen den Alltag in den Entscheidungsgremien der EU. Statt Solidarität und finanziellem Ausgleich über Strukturfonds herrschen einzelstaatlicher Gestaltungswille und Verteilungskämpfe zwischen Ländern bzw. Ländergruppen. Dem identitätsstiftenden EU-Parlament kommt bei diesem Szenario lediglich die Rolle eines Schattenparlaments zu bei gleichzeitigem Überwiegen fallweiser Abstimmungscoalitionen im zweiten legislativen Organ, dem Rat der EU. Die Rolle der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge und der Einhaltung des Reformvertrags würde entscheidend erschwert, zumal ein System der variablen Geometrie ein Mehrfaches an Einigungsaufwand mit sich brächte.

**Szenario 3** „*Kerneuropa*“

Bei diesem Szenario dominiert die normative Kraft der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration. Um einen festen Kern von besonders integrationswilligen Ländern können konzentrische Kreise von mehr oder weniger stark mit dem Kern verbundenen Ländern identifiziert werden. Die letztgenannten Länder entscheiden fallweise über die Teilhabe an einstimmig gefassten Integrationsbeschlüssen. Der EU-Reformvertrag regelt in Art. 43-45 einerseits die Stärkung einer Pioniergruppe, die bei übereinstimmendem Willen weitere Integrationschritte im Alleingang vollziehen kann. Andererseits regelt das

Vertragswerk in Art 49a die konkreten Bestimmungen eines austrittswilligen Mitgliedslandes. Damit trägt die Verfassung einer Entwicklung Rechnung, die faktisch schon längst eingetreten ist. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) mit der Einführung des Euro in mittlerweile 16 EU-Staaten sowie die Regelungen im Rahmen des Schengener Abkommens sind prominente Beispiele für ein Abrücken von der bislang dominierenden solidarischen Gemeinschaftsmethode nach Jean Monnet. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist keine programmatische Idee, sondern Realität der unterschiedlichen Interessenslagen. Einzelstaaten entscheiden selbstständig, inwieweit sie sich dem „Kerneuropa“ anschließen oder ihm fernbleiben wollen.

#### **Szenario 4** „Reformvertragsgemeinschaft“

Eine erfolgreiche Ratifikation und endgültige Annahme des Reformvertrages könnte den Weg ebnen für das „Europa der Zukunft“, in dem die Erweiterung der jetzigen EU (27) sowie eine gleichmäßige Integrationsvertiefung hin zu einer Politischen Union vorangebracht werden könnten. Auch der Beitritt des schwierigen Kandidaten Türkei, mit der die EU schon seit einigen Jahren konkrete Verhandlungen führt und damit zweifellos Neuland betreten hat, könnte sich in diesem, nun institutionell reformierten Rahmen vollziehen. Mit dem Inkrafttreten des Reformvertrags käme die EU der Verpflichtung im Hinblick auf die eigene Erweiterungsfähigkeit nach. Dieser Konflikt hätte im Grunde genommen schon vor dem Beitritt der zwölf jetzigen neuen Mitglieder gelöst werden müssen. Im Kern steht die weitere Ausdehnung des zentralen Abstimmungsprinzips der doppelten qualifizierten Mehrheit im Rat der EU („55-65-Regel“) und die Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie verbunden mit einem echten Souveränitätsverzicht in vielen Politikbereichen. Der Gestaltungswille manifestiert sich im „Reformvertragspatriotismus“ der Mitgliedstaaten, mithin dem Willen, stets Kompromisslösungen auf EU-Ebene nationalstaatlichen Alleingängen vorzuziehen. Vielfach wird daraus die überaus ambitionierte Idee einer „Supermacht Europa“ abgeleitet. Diese Idee entspringt jedoch vielmehr dem Konkurrenzdenken der Supermacht USA gegenüber. In Wirklichkeit kann die EU auch bei fortschreitendem Aufbau einer politischen Union keine bloße Kopie der Vereinigten Staaten von Amerika werden, sondern muss ein eigenständiges Identitätsprofil entwickeln.

#### **Szenario 5** „Titanic“

Ein endgültiges Scheitern des Reformvertragsprojektes und eine Zuspitzung der einzelstaatlichen Interessen könnte im „worst case“ Tür und Tor öffnen für eine Renationalisierung vieler Politikbereiche. Zu beobachten wäre dann eine substanzielle Schwächung der EU-Institutionen durch die permanente Aushöhlung des Gemeinschaftsprinzips und der Rechtsgrundlagen. Diese Entwicklung könnte auf der politischen Ebene einhergehen mit einer Dominanz des politischen Populismus in Europa, zumal die EU auch heute schon für „alles Negative“ in europäischen Ländern instrumentalisiert werden kann. Die Folgen wären der Zerfall der EU-Institutionen und ein radikaler Abbau der erreichten Integrationsschritte. In diesem Titanic-Modell käme es zu einer Destabilisierung und Rückkehr zu längst überwunden geglaubten

nationalstaatlichen Verhaltensmustern. Selbst ökonomische Fortschritte würden hier vernichtet werden, wenn die ordnungspolitische Rahmensetzung einer offenen und sozialen Marktwirtschaft verletzt würde.

*Elżbieta Mańczyńska*

## **Wirtschaftsordnung – bedarf an Ordo**

### **Einführung**

Eine jede Wirtschaftsordnung bestimmt Rahmen und Prinzipien der wirtschaftlichen Tätigkeit, die für alle Teilnehmer am wirtschaftlichen Leben eines Landes bzw. einer wirtschaftlich integrierten Ländergruppe verbindlich sind. Daher ist auch eine Wirtschaftsordnungspolitik und die sich daraus ergebende Form der Wirtschaftsordnung der Grundfaktor jeglicher sozialökonomischen Entwicklung eines Landes sowie der Erfolgsfaktor seiner Bürger, Unternehmen, Städte und Gemeinden.<sup>1</sup> Die Wirtschaftsgeschichte liefert uns leider sehr viele Beweise (aus unterschiedlichen Regionen und aus verschiedenen Epochen) dafür, wie kostspielig Fehler in der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung sein können und auch sind. Vorwiegend treten die auf diesem Gebiet vorkommenden Unregelmäßigkeiten als negative, gefährliche Folgen in Erscheinung, die für „die da oben gemachten Fehler“ (d.h. bei der Staatsführung) typisch sind, wobei sie zweifellos die wichtigste Quelle dieser Fehler ist. Derartige Fehler sind durch einen sehr großen Wirkungsumfang gekennzeichnet und durchdringen alle Wirtschaftsbereiche und -ebenen (nach dem Motto: „Der Fisch fängt vom Kopf an zu stinken“). Fehler in der Wirtschaftsordnung können alle Anstrengungen sowie das materielle und intellektuelle Potenzial ganzer Generationen zunichte machen, indem sie sich nicht nur auf ihre Gegenwart, sondern auch auf ihre wirtschaftlichen, ökologischen, geografischen und kulturellen Entwicklungsperspektiven auswirken. In der Wirtschaftsordnungspolitik kann auch, wenn man Jared Diamonds Forschungsgedanken verfolgt, wenigstens eine Teilantwort auf die durch diesen Geographen gestellte Frage gefunden werden, warum manche Gesellschaften untergehen, andere aber überleben<sup>2</sup>. Auf seine so formulierte Frage sucht Diamond eine Antwort durch die Analyse des Verhältnisses von Gesellschaften und ganzen Zivilisationen zu ihrer Umwelt, und kommt dabei zum Ergebnis, dass neben militärischen bzw. ökonomischen Gründen gerade eine unvernünftige Erschließung natürlicher Ressourcen zu den Hauptursachen des Untergangs zahlreicher gut entwickelter Gesellschaften gehört, wobei sich das Verhältnis zur Umwelt doch zweifellos aus der Wirtschaftsordnung ableitet. Die Form dieser Ordnung gehört zugleich zu den Grundfaktoren, die die Verwaltungs- und Regierungsqualität auf allen Ebenen bestimmen: von der nationalen über die übernationale bis hin zur lokalen Ebene.

<sup>1</sup> „Lucky the city with a decent government. Not all happy cities resemble one another, but each unhappy city is at least partly unhappy for a single reason: misgovernment. The quality of government, local and national, is the most important factor, apart from the economy, in the success (of a city)“ - vide: Failures at the top, The Economist, May 3rd 2007

<sup>2</sup> J. Diamond: Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed. New York 2005

Die mit der Wirtschaftsordnung zusammenhängenden Auseinandersetzungen und Dilemmata nahmen in der Regel aufgrund zivilisatorischen und technologischen Umbrüche an Wichtigkeit zu. Jedoch nie hatte eine der Wirtschaftsordnung gewidmete Debatte eine so globale Bedeutung wie heute. Dies ergibt sich nicht nur aus der sich aktuell vollziehenden zivilisatorischen Wende, die in der Verdrängung der Industriegesellschaft durch eine näher noch nicht definierte, virtualisierte postindustrielle Zivilisation ihren Ausdruck findet, sondern vor allen Dingen aus außerordentlich schwierigen, „gordischen“ Herausforderungen, die vor der Weltwirtschaft stehen.<sup>3</sup> Zu diesen schwierigen Problemen, deren Lösung die Anwendung der „alexandrischen Methode“ erfordert, gehören hauptsächlich die dramatische Erschöpfung natürlicher Ressourcen, darunter auch traditioneller Energiequellen, und die sich dadurch ergebende Grenze des wirtschaftlichen Wachstums, die schnelle Alterung der Weltbevölkerung, die zunehmende Expansion des Finanzsektors, der sich in hohem Grade von seinen fundamentalen Aufgaben gelöst hat, und ein unverhältnismäßig starker, krisenstiftender Einfluss der Hochfinanz auf die Weltwirtschaft, immer extremere Missverhältnisse in der Verteilung und im Zugang zum Weltvermögen sowie daraus resultierende soziale Pathologien, darunter auch Missstände in der Demokratie. In Polen, das sich immer stärker in die Weltwirtschaft integriert, werden diese Probleme von den mit der Transformation der Gesellschaftsordnung und der EU-Integration verbundenen Herausforderungen überlagert.

Gerade daher kommt der Frage, welche Wirtschaftsordnung am besten an die genannten Herausforderungen angepasst ist, eine besondere Bedeutung zu. Dabei bezieht sie sich nicht nur auf Länder, die eine Transformation der Gesellschaftsordnung durchlaufen, sondern auch auf Staaten mit einer langen marktwirtschaftlichen Tradition. Die Wirtschaftsordnung ist nämlich einer der wichtigsten Faktoren, der darüber entscheidet, ob eine Gesellschaft arm oder reich wird. Die Wirtschaftsgeschichte, aber auch die Gegenwart weisen darauf hin, dass manche Wirtschaftsordnungstypen Entwicklung und Wachstum anregen, andere dagegen zur Abschwächung der Wirtschaft beitragen.

Obwohl in diesem Text Fragen der Wirtschaftsordnungspolitik in Polen den Ausgangspunkt bilden, kann die Mehrheit der darin enthaltenen Aussagen auch auf andere Länder bezogen werden.

#### **Das verfassungsmäßige Wirtschaftsordnungsmodell und seine Dilemmata<sup>4</sup>**

Dass Wirtschaftsordnungsfragen weder leicht zu regulieren noch einfach zu definieren sind, beweist die Lage in vielen Ländern. Die Komplexität dieses Problems besteht vor allem darin, dass die fortschreitende, beispiellose Dynamisierung der technologischen Veränderungen dabei mit der Notwendigkeit verbunden wird, die aus diesen Veränderungen resultierenden Herausforderungen mit Regelungen innerhalb der

<sup>3</sup> K. Rybiński, P. Opala, M. Holda: Węzły gordyjskie XXI wieku [Gordische Knoten des 21. Jahrhunderts]. Hg.: Ministerstwo Rozwoju Regionalnego, Juni 2008)

<sup>4</sup> E. Mączyńska: Ład gospodarczy. Pochwała „Ordo” [Wirtschaftsordnung. Lob für „Ordo”]; W. Jarmolowicz, M. Ratajczak (Hg.): Liberalizm we współczesnej gospodarce [Liberalismus in der modernen Wirtschaft]. Poznań 2008, S. 151-168

Wirtschaftsordnung in Einklang zu bringen. Dieser notwendige Anpassungsprozess erzeugt zahlreiche Dilemmata und Fragen, die auf eine Antwort warten. Diese Dilemmata beziehen sich auf die ganze Welt, auf die gesamte Europäische Union und natürlich auch auf Polen. Polen ist ein klares Beispiel dafür, dass befriedigende Lösungen hinsichtlich der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung nicht leicht zu finden sind.

Die Transformation der Wirtschaftsordnung in Polen, obwohl bereits 1989 begonnen, hat nämlich die damit verbundenen Probleme bis zum heutigen Tag nicht ganz befriedigend lösen können. Dies wird von vielen Ökonomen, vor allem aber von W. Wilczyński bestätigt, der auf zahlreiche Versäumnisse und Unregelmäßigkeiten im Gestaltungsprozess der wirtschaftlichen Ordnung in Polen sowie auf ihre negativen Folgen hinweist. Wilczyński betont, dass *„der Streit um eine endgültige Form der Wirtschaftsordnung in Polen, auf die die Transformationspolitik hinsteuert, noch nicht beendet ist. Formal wird zwar anerkannt, dass dies eine Marktwirtschaft sein sollte, aber darüber, wie ihr Wesen zu begreifen ist, gehen die Ansichten weit auseinander. Dies beeinflusst die Wirtschaftsordnungspolitik bzw. ihren Mangel negativ“*.<sup>5</sup>

Dieser Mangel ist deutlich sichtbar, auch wenn in der Verfassung der Republik Polen festgeschrieben ist (Art. 20), dass *„die Soziale Marktwirtschaft, gestützt auf die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, Privateigentum und Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit der sozialen Partner, die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen [bildet]“*.<sup>6</sup> Leider hat diese Festschreibung nicht zur Klärung der Frage der Wirtschaftsordnung beigetragen, außerdem ist der Begriff *Soziale Marktwirtschaft*, trotz seines verfassungsmäßigen Rangs, in Polen (und nicht nur hier) immer noch wenig bekannt. Schlimmer noch: Nicht selten werden ihm Inhalte und Bedeutungen zugeschrieben, die mit dem ordoliberalen Konzept, das die theoretische Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft bildet, durchaus im Widerspruch stehen. Obwohl die Soziale Marktwirtschaft ein von Grund aus liberales Konzept ist, wird ihr ein interventionistischer, nicht-liberaler und nicht-marktwirtschaftlicher Charakter unterstellt. Sehr oft wird dieser Begriff verkehrt, nach dem Vorbild der sozialistischen, redistributiven Sozialpolitik ausgelegt und falsch als Synonym des staatlichen Interventionismus definiert.<sup>7</sup> Dabei wird er mit ausgebauten sozialen Funktionen eines Wohlfahrtsstaates sowie mit einer damit verbundenen, weitreichenden Einkommensverteilung und einem hohen Niveau für soziale Ausgaben identifiziert. Wohl als erster hat L. Balcerowicz auf diese Missverständnisse hinsichtlich der *Sozialen Marktwirtschaft* aufmerksam gemacht, indem er unterstrich, dass es am Verständnis mangle, woher dieser Begriff stamme und was er ursprünglich bedeutet hätte: *„Das Wort ›sozial‹ bewirkt /.../ eine emotionale Überzeugung, dass es sich dabei um einen grundverschiedenen Wirtschaftstyp handelt, der somit besser als der wirtschaftsliberale Kapitalismus ist. Die Quelle dieser Überlegenheit sehen viele Menschen in einer stärker*

<sup>5</sup> Wacław Wilczyński: *Polski przełom ustrojowy 1989-2005. Ekonomia epoki transformacji*. Poznań 2005 S.11

<sup>6</sup> Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997, GBl. 1997, Nr. 78, Pos. 483

<sup>7</sup> E. Mączyńska: *Spoleczna gospodarka rynkowa a anglo-amerykański model gospodarczy. Kontrowersje i nieporozumienia*. In: Bieńkowski Wojciech, Radło Mariusz-Jan (Hg.): *Amerykański model rozwoju gospodarczego. Istota, efektywność i możliwość zastosowania*. Warszawa 2006, S. 378

ausgeprägten Vormundsrolle des Staates, die hauptsächlich in Form hoher Sozialausgaben zum Ausdruck kommt.“<sup>8</sup> Auch unter manchen Politikern und Parlamentariern ist diesbezüglich eine Reihe von Missverständnissen festzustellen, wovon ihre populistischen Aussagen oder Wahlprogramme zeugen.

Die Frage nach der optimalen Form der sozialökonomischen Ordnung bleibt daher immer noch aktuell. In Polen erfordert sie einen Bezug auf die verfassungsmäßige Festschreibung der Sozialen Marktwirtschaft als akzeptierter Wirtschaftsordnung. Für die Zweckmäßigkeit einer Analyse des Wesens der Sozialen Marktwirtschaft spricht darüber hinaus, dass der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ gerade die *Soziale Marktwirtschaft* als Voraussetzung für eine dauernde Entwicklung der Europäischen Union bezeichnet.<sup>9</sup>

Die Idee, die Soziale Marktwirtschaft zum Wirtschaftsordnungsmodell für die Europäische Union zu erklären, wurde auch im Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft aufrechterhalten<sup>10</sup>. Laut Vertrag „[errichtet] die Union einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt“.

Das im EU-Vertrag verfassungsmäßig festgeschriebene Wirtschaftsordnungsmodell, d.h. die Soziale Marktwirtschaft, stützt sich auf die ordoliberalen Theorie, die wiederum an die Ordo-Idee anknüpft.

### Ordo-Idee – Wirtschaftsordnungsmodelle

Der Ordoliberalismus knüpft an die aus der Zeit des antiken *Imperium Romanum* stammende Ordo-Idee an, deren Wesen die Gestaltung einer der menschlichen Natur entsprechenden und das wirtschaftliche Gleichgewicht sichernden Ordnung bildet.<sup>11</sup> Der lateinische Begriff *Ordo* wurde von der altrömischen Philosophie als ein für eine zivilisierte Gesellschaft charakteristischer Zustand ausgelegt, in dem freie Individuen, im Rahmen des allgemein geltenden Gesetzes, ungestört Transaktionen durchführen können.<sup>12</sup> Im Mittelalter wurde *Ordo* wiederum als eine Verbindung verschiedener Elemente, Dinge und Strukturen definiert, die ein sinnvolles Ganzes bilden.<sup>13</sup> Im Rahmen der europäischen, aber auch ostasiatischen Soziallehre wird *Ordo* traditionell

<sup>8</sup> L. Balcerowicz: *Wolność i rozwój: ekonomia wolnego rynku*. Kraków 1995, S. 294-306

<sup>9</sup> Traktat ustanawiający Konstytucję dla Europy. EU-Amtsblatt C 310, Jg. 47, 16. Dezember 2004

<sup>10</sup> Traktat z Lizbony zmieniający Traktat o Unii Europejskiej i Traktat ustanawiający Wspólnotę Europejską podpisany w Lizbonie dnia 13 grudnia 2007 r. ZMIANY WPROWADZONE DO TRAKTATU O UNII EUROPEJSKIEJ I TRAKTATU USTANAWIAJĄCEGO WSPÓLNOTĘ EUROPEJSKĄ. EU-Amtsblatt C 306, Jg. 50, 17. Dezember 2007, Art. 2, Pkt.3

<sup>11</sup> P. Pysz: Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej Waltera Euckena. In: *Ekonomista* Nr. 3/2007.

<sup>12</sup> Streit Manfred E., Kasper Wolfgang, *Das institutionelle Fundament von Freiheit und Wohlstand – Lektionen der „Freiburger Schule“*. In: Streit, Manfred (Hg.): *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*. Tübingen, 1995, S. 113

<sup>13</sup> Eucken Walter: *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 9. Auflage, Berlin, Heidelberg, New York 1989, S. 239

als eine Gegenüberstellung von Anarchie und Chaos interpretiert und hat einen grundlegend normativen Charakter, der auf einen erwünschten Zustand abzielt. Die Wirklichkeit weicht jedoch von diesem Zustand ab. Obwohl die Ordo-Idee vor allen Dingen als Grundlage der ordoliberalen Richtung in der Ökonomie dient, ist sie auch, zwar nicht *expressis verbis*, aber doch *sensu largo*, bei der Formung und Analyse anderer Strömungen und Konzepte, darunter auch eines Wirtschaftsordnungskonzeptes, nutzbar.

Dies findet sowohl in der Weltwirtschaftsgeschichte als auch in der wirtschaftlichen Praxis sowie in modernen Wirtschaftssystemen Bestätigung. Eine Analyse dieser Bereiche beweist, dass eine gestörte Wirtschaftsordnung die Grundlagen der Wirtschaft und des Staates bedrohen kann. Das gilt auch in Gänze für Polen, was von W. Wilczyński in seinen zahlreichen Veröffentlichungen unterstrichen wird. Er weist u. a. darauf hin, dass *„eine Wende in Richtung einer derartigen Wirtschaftsordnungspolitik unumgänglich ist, die eine Wirtschaft bevorzugt, die ein günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Leistung und keinen weiteren Verschuldungszuwachs aufweist“*.<sup>14</sup> Nach Wilczyński *„sind die Regierenden überhaupt nicht an der Bildung des Vermögens, sondern ausschließlich an seiner Verteilung interessiert“*.<sup>15</sup> *Nihil novi* also, weil es schon die alten Römer waren, die vor dem Mangel an Grundsätzen warnten. Probleme mit dem falschen Funktionieren der Wirtschaftsordnung sind so alt wie die Welt, was u. a. in Sinnsprüchen von Cicero, dem altrömischen Staatsmann und Philosophen, seine Widerspiegelung findet. Bereits im Jahre 55 v. Chr. hat er vor Erscheinungen gewarnt, die im schlimmsten Fall zum Staatsbankrott führen können. Um dies zu verhindern, empfahl er die Anwendung eines Fünf-Punkte-Rezeptes<sup>16</sup>:

- *Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein,*
- *Die Staatsverschuldung muss reduziert werden,*
- *Die Arroganz der Macht muss eliminiert und die Macht kontrolliert werden,*
- *Die Menschen müssen wieder arbeiten lernen, statt auf Kosten der Öffentlichkeit zu leben,*
- *Das Zahlungsdefizit muss herabgesetzt werden.*

Es ist offenkundig, dass diese Empfehlungen heutzutage nicht nur in Polen, sondern auch in vielen anderen Ländern nicht immer befolgt werden, was auf die Lage der Wirtschaft und die Bevölkerung in diesen Ländern und in der ganzen Welt nicht ohne Einwirkung bleibt. Nicht zufällig haben wir es also weltweit mit einem Zustand zu tun, der von der bereits im Altertum geforderten und heute so begehrten Gleichgewichtslage stark abweicht. Als Beispiel sollen nur solche Erscheinungen genannt werden, wie regionale Entwicklungsdisproportionen, Armutgebiete, Arbeitslosigkeit, gestörtes Umweltgleichgewicht u. a. m.

Ich gehe davon aus, dass ein jedes Wirtschaftssystem einen Rahmen erfordert, der durch eine genau definierte und hinreichend komplex formulierte Wirtschaftsordnung

<sup>14</sup> W. Wilczyński: Polski wzrost na niewłaściwej ścieżce. BIP, 29.09.2004

<sup>15</sup> W. Wilczyński, 2 x 2 = 4 - Ekonomia na służbie. In: Wprost, 11, 2007

<sup>16</sup> [http://www.lasius.de/sprueche/spruchp\\_u.html](http://www.lasius.de/sprueche/spruchp_u.html)

festgelegt ist. Dieser Rahmen spielt bei der Gestaltung des Wirtschaftssystems die Rolle eines Wegweisers, der zugleich ein Wegweiser in der Wirtschaftspolitik ist. Ein gutes Beispiel für präzise Definitionen sind u. a. die konstituierenden und regulierenden Prinzipien, die in W. Euckens ordoliberales Konzept der Wirtschaftsordnung aufgenommen wurden.<sup>17</sup>

W. Eucken schlägt eine strikte Unterscheidung zwischen Prinzipien vor, die die Wirtschaftsordnung gestalten, und dem *historischen Moment*, in dem sie zur Anwendung kommen. Dabei warnt er vor einer einseitigen Heraushebung eines dieser Elemente: „So, wie die Nichtbeachtung des historischen Moments mit seinen besonderen Imponderabilien und Konstellationen von Machtverhältnissen völlig falsch wäre, sei auch der Verzicht auf grundsätzliche Erwägungen über die Wirtschaft sowie der Verfall in verderbliche Fehler der Vergangenheit mit ihrer prinzipienlosen, willkürlichen Wirtschaftspolitik genauso gefährlich. Wer nur meint, dass man eine Politik einzelner Wirtschaftsabschnitte, d.h. Handels-, Patent- bzw. Landwirtschaftspolitik betreiben und dabei nur auf momentane Erfordernisse reagieren kann, ist – wie wir wissen – im Irrtum“.<sup>18</sup> Vom Standpunkt der Implementierung von Regeln einer auf Wettbewerb gestützten Wirtschaftsordnung ist das Verhältnis zwischen dem generellen Preisprinzip, das in einer solchen Wirtschaft als Indikator für die Zugänglichkeit von Gütern und Beständen fungiert, und ihren konstituierenden und regulierenden Prinzipien von entscheidender Bedeutung.<sup>19</sup>

Zu den Pfeilern der Wirtschaftsordnung, d.h. zu ihren konstitutiven Prinzipien, zählt W. Eucken stabiles Geld, offene Märkte, Privateigentum an Produktionsmitteln, Freiheit der Vertragsgestaltung, materielle Verantwortung für die Ergebnisse eigener Wirtschaftstätigkeit sowie Stabilität der Wirtschaftspolitik. Es lässt sich nicht übersehen, dass auch in Ländern, die so stark an der neoliberalen Doktrin festhalten wie die USA oder Großbritannien, manche dieser Prinzipien verletzt werden. Die neuesten Entscheidungen, die durch Subprime-Kredite in eine Krise geratenen Hypothekenbanken aus dem Staatshaushalt zu subventionieren, sind ein gutes Beispiel dafür. „In den letzten Jahren hat man sehr viel zugunsten der öffentlich-privaten Partnerschaft getan. Die amerikanische Regierung wird uns schon bald ein neues Beispiel dieser Partnerschaft vorführen, in deren Rahmen der Privatsektor profitiert, der öffentliche Bereich dagegen das Risiko trägt.“<sup>20</sup>

Die Euckenschen regulierenden Prinzipien und Instrumente der Wirtschaftspolitik unterstützen die konstituierenden Prinzipien und sollen mit der Marktlogik im Einklang stehen. Ein Beispiel und auch Grund für den – nach Eucken – notwendigen Einsatz dieser Instrumente im laufenden Prozess des Wirtschaftens ist u. a. die Nichteinbeziehung externer Produktionseffekte in die ökonomische Rechnung der Unternehmen. In der Praxis wird diese Regel jedoch nicht immer befolgt. Wenn z. B. in der Produktionskostenrechnung einer übernationalen Körperschaft ökologische, medizinische u. a. Folgen und Risiken berücksichtigt würden, hätte sich diese Rechnung

<sup>17</sup> Eucken Walter: Polityka porządku konkurencji. Zasady konstytuujące. In: E. Mączyńska, P. Pysz (Hg.): Społeczna, op. cit. S.73-104

<sup>18</sup> Eucken Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik 7. Aufl., Tübingen, S. 251

<sup>19</sup> P. Pysz, op. cit. S. 63

<sup>20</sup> Joseph Stiglitz: Fannie's and Freddie's free lunch, Financial Times, 25.07.2008

und damit auch der Gewinn und die Marktposition dieser Körperschaft anders gestaltet, als wenn die externen Kosten ignoriert würden.<sup>21</sup>

Deshalb sind, trotz umfangreicher Diskussionen und Desiderate zum Thema Wirtschaftsordnung/Wirtschaftssysteme, die in der Praxis angewandten Lösungsmethoden immer noch mehr oder weniger weit von der idealen Ordnung entfernt, die ein schnelles und dauerndes Wirtschaftswachstum und zugleich eine Erhöhung des sozialen Wohlstands garantieren würde.

### Triade von Wirtschaftsordnungen

Kontroversen um praktische Lösungen im Bereich der Wirtschaftsordnung beweisen, dass analytische Bezugnahmen auf bereits existierende Ordnungsmuster durchaus begründet sind. Diese Muster stellen eine in der ökonomischen Literatur eingehend charakterisierte *Triade* dar, die die drei Haupttypen des Kapitalismus umfasst: den anglo-amerikanischen Kapitalismus der freien Konkurrenz sowie den europäischen und den asiatischen Kapitalismus.<sup>22</sup> Jeder von ihnen hat starke und schwache Seiten. Für eine wesentliche Schwäche der asiatischen Modelle wird der relativ niedrige Stand der Demokratie gehalten, dem europäischen Modell wirft man einen zu starken Interventionismus, dem anglo-amerikanischen dagegen eine übermäßige Konfrontationsbereitschaft vor. Für den grundlegenden und wichtigsten Vorzug des anglo-amerikanischen Modells wird der individuelle Erfolg gehalten, gemessen nach Konsumniveau und -struktur. Das europäische Modell stützt sich auf die „soziale Solidarität“, den Hauptvorzug des asiatischen Modells stellt dagegen die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung dar.<sup>23</sup> Diese Typologie stellt eine starke Vereinfachung dar und ihre Kriterien sind nicht besonders scharf gefasst. In jedem dieser Modelle sind auch Merkmale eines anderen Modells festzustellen. Z.B. lassen sich wesentliche Elemente des *welfare state* auch im amerikanischen Modell erkennen und Elemente sowohl des stark fortgeschrittenen Liberalismus als auch des asiatischen Interventionismus entdeckt man im europäischen Modell. Dies zeigt, dass infolge der Globalisierung die allmähliche Angleichung der Methoden der Wirtschaftssteuerung in einzelnen Bereichen der Triade Fortschritte macht.<sup>24</sup> Im Rahmen der drei bereits genannten Grundmodelle lassen sich differente Varianten unterscheiden. T. Kowalik bemerkt u. a., dass das letzte halbe Jahrhundert eine ziemlich starke Systemdifferenzierung mit sich brachte: *„Eigentlich begann sich schon früher das schwedische oder – allgemein – skandinavische System zu entstehen. Nach dem Kriege entstanden dagegen, gerade in den besiegten Ländern Japan, Deutschland und Österreich, spezifische Systeme, die sich vom ›klassischen‹ angelsächsischen Kapitalismus sehr deutlich unterscheiden. Auch jetzt, im Rahmen der Europäischen*

<sup>21</sup> E. Mączyńska: Korpożercy i korpuludy, Nowe Życie Gospodarcze, 13.10.2006

<sup>22</sup> M. Albert: Kapitalizm kontra kapitalizm. Kraków 1994; A. Koźmiński, Jaki kapitalizm? Modelowe trendy i kierunki polityki. In: Polski ustrój społeczno-gospodarczy. Jaki kapitalizm? In: J. Mujżel, B. Fiedor, E. Mączyńska (Hg.): Report Nr. 22, RSWS, Warszawa 2003; W. Kieżun, Pięć lat seminarium Krytycznej Teorii Organizacji. Analiza dorobku i perspektywy rozwoju. In: Master of Business Administration, Zeitschrift der Hochschule für Verwaltung und Management „L. Koźmiński“ und der Internationalen Schule für Management, Nr. 1, 2002

<sup>23</sup> Vgl. W. Kieżun, op. cit.

<sup>24</sup> Vgl. A. Koźmiński, op. cit.

Union, ist eine starke Differenzierung nicht zu übersehen“.<sup>25</sup> Dazu beruft er sich auch auf die Meinung von M. Albert, des Autors des bekannten Werkes *Kapitalismus contra Kapitalismus*: „In Europa gibt es kein einheitliches Wirtschaftsmodell. Das britische Modell erinnert mehr an die Vereinigten Staaten als an Deutschland. Das italienische Modell, beeinflusst vom ‚familiären‘ Kapitalismus, der Staatsschwäche, dem riesengroßen Defizit der Staatsfinanzen sowie einer erstaunlichen Durchhaltekraft kleiner und mittlerer Firmen, ist mit nichts zu vergleichen, außer vielleicht mit dem von den Auslandschinesen geschaffenen Modell“.<sup>26</sup> Nach T. Kowalik ist jedoch die Feststellung von M. Albert am wichtigsten, dass das Ringen des neoliberalen des rheinischen Kapitalismus um die Vorherrschaft noch gar nicht beendet und sein Ausgang kaum vorausschaubar ist.<sup>27</sup>

Die Diskussion über Kapitalismustypen dauert an. Im Rahmen der Triade von Modellen erfolgt eine weitere Klassifikation nach unterschiedlichen Kriterien. B. Amble unterteilt den europäischen Kapitalismus in den kontinentalen (Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Holland), sozialdemokratischen (Dänemark, Finnland, Schweden), mediterranen (Spanien, Griechenland, Portugal, Italien) sowie Marktkapitalismus (Großbritannien).<sup>28</sup>

Die neueste Klassifikationsidee der sozioökonomischen Modelle in den Ländern des alten Europa entwickelt A. Sapir. Er stützt sich dabei auf zwei Grundkriterien: die Gerechtigkeit der Einkommensverteilung (equity) und die Effizienz (efficiency). Die Gerechtigkeit bedeutet dabei ein niedriges Armutsrisiko, die Effizienz dagegen eine hohe Arbeitsmotivation und damit eine hohe Beschäftigungsrate. Auf dieser Basis werden vier sozioökonomische Grundmodelle unterschieden: das kontinentale, das skandinavische, das mediterrane und das angelsächsische Modell.

**Vier europäische sozialökonomische Grundmodelle (Klassifikation nach A. Sapir)**

		<i>Effizienzniveau (efficiency)</i>	
		<b>Niedrig</b>	<b>hoch</b>
<b>Gerechtigkeitsniveau</b>	<b>Hoch</b>	kontinentales M.	skandinavisches M.
<b>Einkommensgerechtigkeit (equity)</b>	niedrig	mediterranes M.	angelsächsisches M.

Quelle: A. Sapir: Globalisation and the reform of European social models. Bruegel Policy Brief ISSUE 2005/01, November 2005  
[www.bruegel.org/.../Files/media/PDF/Publications/Policy%20Briefs/PB200501\\_SocialModels.pdf](http://www.bruegel.org/.../Files/media/PDF/Publications/Policy%20Briefs/PB200501_SocialModels.pdf)

Den Bezugspunkt bei der Einordnung einzelner europäischer Länder zu den oben genannten Modellen stellen EU-durchschnittliche Indikatoren für Beschäftigung und Armutsrisiko dar. A. Sapir analysiert diese Kriterien und weist auf die Notwendigkeit von Wirtschaftsordnungsreformen in Europa hin, indem er eine gefährliche Vertiefung der Einkommensunterschiede sowie eine ungenügende Wirtschaftseffektivität

<sup>25</sup> T. Kowalik, op. cit.

<sup>26</sup> M. Albert, op. cit. S. 2

<sup>27</sup> T. Kowalik, op. cit.

<sup>28</sup> B. Amble: The diversity of modern capitalism. Oxford 2003

hervorhebt. Nach seinen Kriterien kann lediglich das skandinavische Modell – mit hohem Beschäftigungsniveau und niedrigem Armutsrisiko – als befriedigend eingeschätzt werden. *Sapir* unterstreicht aber zugleich, dass seine Einordnung alles andere als homogen ist; z.B. scheint Österreich mehr *skandinavisch* als *kontinental* und Portugal mehr *angelsächsisch* als *mediterran* zu sein.

Gestützt auf *Sapirs* Konzept hat *J. Hauser* einen Versuch unternommen, auch die neuen EU-Mitglieder entsprechend zu klassifizieren. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Analysen haben gezeigt, dass im Hinblick auf das Beschäftigungsniveau und das Armutsrisiko Polen als einziges Land ins mediterrane Modell eingeordnet werden kann. Ins kontinentale Modell passen Ungarn und die Slowakei, ins skandinavische Tschechien und Slowenien.<sup>29</sup>

A. *Sapirs* Konzept stellt einen Ansatz dar, eine Gleichgewichtsordnung zu finden, die eine Übereinstimmung ökonomischer und sozialer Ziele gewährleisten könnte. Auf ein derartiges Gleichgewicht zielt auch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (SMW) ab, das eine Art Synthese aus freiem Markt und zu verwirklichenden sozialen Zielen bildet.<sup>30</sup>

### Soziale Marktwirtschaft – Fragen und Kontroversen

Das Konzept der SMW wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich von L. Erhard in Westdeutschland eingeführt. Jahrelang bewährte es sich und trug zu hervorragenden Leistungen der deutschen Wirtschaft bei, was sich u. a. in solchen Schlagworten wie *Wirtschaftswunder* bzw. *Wohlstand für alle* widerspiegelte. Die für die SMW charakteristische Symbiose von Markt und sozialen Zielen kam bei der Lösung sozialer Probleme durch die Einbindung von Marktmechanismen zum Ausdruck. Das hier geltende Subsidiaritätsprinzip gewährleistet im Unterschied zu sozialen Direktsubventionen einen langfristigen Effekt. Menschen, die Sozialhilfe benötigen, werden dadurch befähigt, ihre Probleme selbstständig zu lösen.

Es ist nicht auszuschließen, dass gerade diese Eigenschaften darüber entschieden haben, dass die SMW in den Entwurf der EU-Verfassung und in die Verfassung der Republik Polen als Referenzmodell eingegangen ist. Trotz formaler Beteuerungen lässt sich dieses Modell aber nicht umsetzen.

Eine Diskrepanz zwischen Modell und Wirklichkeit ist z. Z. auch in Deutschland, dem Wegbereiter der SMW, feststellbar. Kenner der Materie weisen darauf hin, dass das Abgehen vom ordoliberalen Modell der SMW die Ursache von Störungen in der Wirtschaft ist. Diese Auffassung vertritt u. a. *H. Wünsche*, langjähriger, enger Mitarbeiter *L. Erhards*, des Mitbegründers des Modells. Er meint, dass *„nach dem ›Keynesschen Umbruch‹ im Jahre 1967 die Wirtschaftspolitik in Deutschland in eine Denkfalle geraten ist. Man versuchte erfolglos, oder eher unter Hervorrufung mehrerer durchaus negativer Nebeneffekte, den wirtschaftlichen Umlauf in die Bahnen der sog. ›Nachfrageökonomie‹ umzulenken. 1982 kam es zu einem nächsten Umbruch. Es wurde*

<sup>29</sup> J. Hausner, D. Kwiecińska, A. Pacut: Modele polityki społecznej – doświadczenia europejskie. Präsentation auf einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema: Europejski Model Społeczny – doświadczenia i kierunki zmian. KOLEGIUM GOSPODARKI SWIATOWEJ SZKOŁY GŁÓWNEJ, Warszawa, 11 Juni 2007

<sup>30</sup> E. Mączyńska, P. Pysz (Hg.): Społeczna gospodarka rynkowa. Warszawa 2003

*mit der Umlenkung der Wirtschaft in die Bahnen der ›Angebotsökonomie‹ begonnen. Auch das hat nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Inzwischen warf man die Frage auf, ob eine auf Nachfrage orientierte Politik nicht etwa eine bessere Lösung darstellt, als die gegenwärtig realisierte, auf Angebot ausgerichtete Politik. Alle Diskussionen, die die Wirtschaftspolitik betreffen, bleiben bis heute bei diesem Denkschema. Kritische, vertiefte Überlegungen in diesem Bereich hätten zweifellos zur Rückkehr zu Erhards Gedankengut führen müssen. Erhard lehnte die beiden Konzepte ab und hat ihre negativen Folgen richtig vorausgesehen. Er hat gezeigt, dass auf eine andere Art und Weise, ohne erzwungene Umverteilung von Einkommen und Vermögen, verwirklicht werden kann, was man erreichen will, und zwar Wohlstand für alle und eine zufriedene Gesellschaft“.<sup>31</sup>*

Vor diesem Hintergrund stellt sich sowohl für Polen als auch auf andere Länder die Frage, ob zahlreiche Fehler und Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaftspolitik tatsächlich vermieden hätten werden können, wenn man die Prinzipien der SMW respektiert hätte. Sind diese Prinzipien heute noch aktuell? Und kann man sie als Heilmittel betrachten?

Bei der Beantwortung einer so formulierten Frage empfiehlt es sich, die liberalen Wurzeln des Konzepts der SMW nochmals in den Vordergrund zu stellen. Unter zahlreichen Ökonomen rief und ruft der Begriff SMW immer noch starke Kontroversen hervor. Es gibt Wissenschaftler, u.a. auch L. Balcerowicz, die ihn als einen für die damalige Wirtschaftspolitik Westdeutschlands bequemen Pleonasmus betrachten. Andere wiederum, z.B. Friedman, erblickten darin nur ein Missverständnis.<sup>32</sup>

H. Wünsche betont, dass die SMW „weder mit der Marktwirtschaft noch mit dem Laissez-faire-Prinzip identisch ist. Sie bedeutet aber auch keinen Dualismus der wirtschaftlichen und sozialen Politik. Es geht nicht darum, die marktwirtschaftliche Effektivität zu regulieren und Marktmechanismen vom Standpunkt sozialpolitischer Interessen zu korrigieren.“<sup>33</sup> SMW bedeutet, dass die marktwirtschaftliche Ordnung nach Marktprinzipien gestaltet wird, unter Berücksichtigung der gesamten Kostenrechnung, somit auch außerökonomischer, d.h. sozialer, ethischer, sowie ökologischer Konsequenzen.

Die konstituierenden Prinzipien der SMW sind der Wettbewerb und die wirtschaftliche Freiheit. Dies bedeutet, dass in diesem Wirtschaftstyp Preise ihre Funktion als Indikator für die Zugänglichkeit zu Gütern und Beständen korrekt ausüben. Die wirtschaftliche Freiheit ist dagegen unzertrennlich mit der Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte verbunden und wird über das Gerechtigkeits- und Gleichheitsprinzip verwirklicht, die durch die gleichen Wettbewerbschancen gegeben sind.

Angesichts der gegenwärtigen lokalen und globalen Bedingungen ist ein starker Staat notwendig, der vor allem als „Wächter“ der rechtlichen, institutionellen und die Informationsvermittlung betreffenden Aspekte der sozioökonomischen Infrastruktur

<sup>31</sup> Czym jest a czym nie jest „społeczna gospodarka rynkowa”. Meandry interpretacyjne. E. Mączyńska u. P. Pysz im Gespräch mit Dr. HORST FRIEDRICH WÜNSCHE – dem Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung. In: Nowe Życie Gospodarcze, Nr. 5, 11.03.2007

<sup>32</sup> ibd.

<sup>33</sup> ibd.

sowie als „Wächter“ der Wettbewerbs- und Sozialordnung fungieren soll. Anomalien der Entwicklung, die heute für viele hoch entwickelte europäische Länder charakteristisch sind, werden in hohem Maße durch die Fehler einer nur inkonsequent auf die Durchsetzung der Wettbewerbsordnung orientierten Wirtschaftspolitik verursacht.<sup>34</sup> Unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips ist auch die Feststellung begründet, dass die Verwirklichung dieser Ordnung die praktischen Möglichkeiten der im Rahmen einzelner Volkswirtschaften betriebenen Wirtschaftspolitik in einem immer höheren Grade überschreitet.<sup>35</sup> Infolge des zivilisatorischen Umbruchs treten qualitativ neue Herausforderungen und Probleme in Erscheinung, die den Erfindern des ordoliberalen Konzepts und der SMW zwangsläufig nicht bekannt waren. Unter den neuen zivilisatorischen Bedingungen *globalisieren sich* auch wirtschaftliche Systeme. Sehr suggestiv beschreibt U. Beck die Ambivalenz der gegenwärtiger Veränderungen:

*„In der Europäischen Union heben wir die inneren Grenzen auf, gleichzeitig festigen wir aber verzweifelt die äußeren. Wir versuchen uns von der Welt zu trennen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten und unseren Markt zu schützen – insbesondere den Arbeitsmarkt. Sowohl das eine, als auch das andere ist lächerlich. Die wahren Gefahren durchdringen problemlos die Grenzen. Und wenn ein Inder, ein Russe oder ein Chinese unseren Arbeitsmarkt erreichen will, kann er das doch über das Internet machen.“<sup>36</sup>*

### **Wirtschaftsordnung – Gleichgewichtsordnung**

Die in der modernen Welt anwachsenden Missverhältnisse und sozialen Spannungen sowie die zunehmende Anzahl von Regionen mit herrschendem Ungleichgewicht verdeutlichen, dass Lösungen notwendig sind, die eine langfristige, ausgeglichene Entwicklung ermöglichen und gleichzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt fördern. Zugleich stellt sich die Frage, wer zum Subjekt der Gestaltung der Wirtschaftsordnungspolitik wird und wie groß die Reichweite dieser Politik sein soll. Missverhältnisse in der Weltwirtschaft und soziale Spannungen zeigen, dass ein Wirtschaftsordnungsmodell, das sich nur auf das ökonomische Bein stützt, nicht mehr ausreicht. Die Notwendigkeit, neben ökonomischen Fragen auch soziale und ökologische Probleme zu berücksichtigen, wird immer selbstverständlicher.

Vor diesem Hintergrund werden die Vorzüge der SMW besonders deutlich erkennbar. Dieses Modell ist das verfassungsmäßig anerkannte Wirtschaftsordnungsmodell in Polen. Auch angesichts divergierender Meinungen ergibt eine Analyse des Modells, dass es - trotz stürmischer sozioökonomischer Veränderungen - die Voraussetzungen für die Bildung fester Grundlagen einer kohärenten sozioökonomischen Entwicklung liefert. Die Bedingung für eine effektive Umsetzung des ordoliberalen Konzepts der SMW ist allerdings dessen Anpassung an die außerordentlich dynamischen Veränderungen in der Wirtschaft.

<sup>34</sup> N. Klotten: Makroökonomische Stabilisierungspolitik – Erhards Positionen und Vorbehalte. In: *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung*. Bonn 1997, S. 106

<sup>35</sup> Vgl. P. Pysz: *Państwo i ład gospodarczy w ordoliberalnej koncepcji polityki gospodarczej*. In: *Ład gospodarczy jako efekt działalności państwa w społecznej gospodarce rynkowej PTE*, 2005; T. Kaczmarek, P. Pysz, *Ludwig Erhard i społeczna gospodarka rynkowa*. Warszawa 2004, S. 101–154

<sup>36</sup> *W szponach ryzyka*. Interview mit U. Beck. In: *Polityka*, Nr. 25/2005, S. 7

Wenn sich die Ordoliberalen zur Rolle des Staates in der Wirtschaft äußerten, warnten sie sowohl vor den Fehlern einer doktrinären Haltung als auch vor Prinzipienlosigkeit.<sup>37</sup> Die Voraussetzung für eine effektive Wirtschaftspolitik ist die Orientierung auf Prinzipien und ihre gleichzeitige Anpassung an Einschränkungen, die sich aus den sozioökonomischen Bedingungen ergeben. Dies hat ein besonderes Gewicht und ist angesichts des zivilisatorischen Paradigmenwechsels äußerst schwierig umzusetzen. Unter solchen Umständen wird den Auseinandersetzungen hinsichtlich der Überlegenheit einer Wirtschaftsordnung über die andere, etwa die Überlegenheit des angelsächsischen Modells des freien Wettbewerbskapitalismus über die SMW (oder umgekehrt), eine eher zweitrangige Bedeutung beigemessen. Wirtschaftsordnungskonzepte unterliegen nämlich ebenfalls den Globalisierungsprozessen und durchdringen sich gegenseitig.

Obwohl das angelsächsische Modell dem Modell der SMW gegenübergestellt wird, stellt das auf Privateigentum gestützte Prinzip der Freiheit und der Verantwortung des Individuums die grundlegende Struktur beider Modelle dar. Geht man davon aus, dass die Globalisierung Durchdringungsprozesse unvermeidlich macht, so ist nicht so sehr die Gegenüberstellung der Modelle als vielmehr die Suche nach Lösungen sinnvoll, die vor allen Dingen eine Ausrichtung dieser Prozesse auf einen optimalen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen, d.h. auf eine dauernde und ausgeglichene Entwicklung im lokalen und globalen Ausmaß ermöglichen. Dies erfordert jedoch eine entsprechende Harmonisierung ökonomischer und sozialer Ziele. Mangelt es an einer derartigen Harmonie, an einem ganzheitlichen Herangehen, so hat dies, auch in den reichsten Ländern, soziale Konflikte sowie eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik zur Folge. Inwieweit sich die Ideen der SMW beim Streben nach dieser Harmonie in der Praxis als nützlich erweisen können, wird erst die Zukunft zeigen. Mit Sicherheit kann man dagegen behaupten, dass aufgrund des neuen zivilisatorischen Paradigmas einer auf Wissen basierenden Gesellschaft, sich die Nützlichkeit dieser Ideen parallel zur Notwendigkeit einer ausgeglichenen Entwicklung und einer Festigung des Humanozentrismus, der in einer optimalen Ausnutzung des intellektuellen Potentials und einer Einschränkung des Phänomens des sozialen Ausschlusses zum Ausdruck kommen sollte, erhöht.

All das ändert nichts daran, dass auch die Ideen der SMW an die Erfordernisse der auf Wissen gestützten Zivilisation angepasst werden müssen. Diese Zivilisation verlangt nämlich eine Unterstützung und Festigung der Kreativität und des Individualismus und somit eine Anerkennung nicht nur der für Demokratien typischen „Gründe der Mehrheit“, sondern auch der „Gründe der Minderheit“, wodurch das Risiko eines sozialen Ausschlusses reduziert und eine vollere Ausnutzung des sozialen Potentials ermöglicht wird.<sup>38</sup> Dies stellt die Entwicklungsgrundlage einer Bürgergesellschaft dar und erfordert gleichzeitig eine Aufteilung der Entscheidungsbereiche in eine lokale, nationale und übernationale Ebene. Nach H. und A. Toffler „[eröffnet] eine

<sup>37</sup> W. Eucken: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Tübingen 1990, S. 250–253

<sup>38</sup> J. Sachs: *Koniec z nędzą. Zadanie dla naszego pokolenia*. Warszawa 2006

*Übertragung des Entscheidungsrechts auf eine Ebene, die höher liegt als der Nationalstaat, nicht nur die Möglichkeit einer wirksamen Lösung von Problemen, die z. Z. zu den schwierigsten und brennendsten gehören, sondern entlastet auch gleichzeitig blockierte staatliche Zentren“.*<sup>39</sup>

Die Ideen der SMW tragen die für den Holismus typischen Merkmale, die im komplexen, ganzheitlichen Herangehen an einzelne Elemente eines außerordentlich komplizierten Systems, d.h. der sozioökonomischen Ordnung, ihren Ausdruck finden. In seinem jüngst veröffentlichten Buch unter dem Titel: *Schluss mit dem Elend. Aufgabe für unsere Generation* stellt J. Sachs eine neue Methode zur Lösung sozioökonomischer Probleme dar, die er als *klinische Ökonomie* bezeichnet; allerdings erklingen darin die aus dem Konzept der SMW gut bekannten Töne. Es ist gerade die klinische Ökonomie, die ein holistisches Herangehen an die zu lösenden sozioökonomischen Probleme vertritt und ökonomische Aspekte mit sozialen verbindet. Dies ist ein Herangehen, das dem Beispiel der holistischen Medizin folgt. Auch der Titel des Buches von J. Sachs – *Schluss mit dem Elend ...* – kann man als eine Anknüpfung an *Wohlstand für alle* – das Buch von L. Erhard verstehen. Dabei ist symptomatisch, dass J. Sachs seine früheren Anschauungen zu revidieren scheint, indem er auf die Unzuverlässigkeit des Marktes bei der Lösung der weltweiten Probleme hinweist, etwa auf die Beseitigung von Armutsgebieten. Seinen Sinnspruch, dass „die Flut alle Boote hebt“, stellt er in Frage und räumt ein, dass Reichtum in einem Lande oder einer Region nicht immer zur Eindämmung der Armut in anderen Gebieten beiträgt.

Auch der hervorragende amerikanische Ökonom P. Krugmann spricht sich indirekt für die SMW aus, indem er die Einseitigkeit der neoliberalen Doktrin kritisiert und die Notwendigkeit eines holistischen Herangehens an die Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung betont.<sup>40</sup>

### **Warnungen der Nobelpreisträger, Lob des Eklektizismus**

Ordnungsdiskussionen legen die Schädlichkeit einer doktrinären Haltung bei der Gestaltung von Wirtschaftsordnungsmodellen und der Wirtschaftspolitik offen. Es lohnt sich daher, auf die Möglichkeit einer nicht doktrinären, holistischen Haltung bei der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung aufmerksam zu machen; eine solche wird von Nobelpreisträgern der Wirtschaftswissenschaften wie P. Samuelson und L. Hurwicz vertreten.

P. Samuelson äußert sich kritisch über die neoliberale Doktrin, wenn er sagt, dass er ein Mann der Mitte ist. Die Politik solle nicht mit Protektionismus oder Autarkiebestrebungen auf seine Erkenntnisse reagieren, denn "*stark abgeschirmte Gesellschaften tendieren zur Stagnation. Und das ist weder im Sinne Ricardos noch der modernen analytischen Wirtschaftswissenschaft.*" Samuelsons Fazit: Richtig ist der Mittelweg. Globalisierung ja, aber mit einer Hand an der Handbremse.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> H. u. A. Toffler, *op. cit.*, S. 222

<sup>40</sup> Jörg Häntzschel: Wir sind kein Weltallzentrum. Süddeutsche Zeitung, 21. 07 2008

<sup>41</sup> Christoph Rottwilm, Paul A. Samuelson: Der Generalist mit dem Wasserhund. Der Spiegel, 29.07.2008

Auch *L. Hurwicz* unterstreicht die Unzuverlässigkeit einer nicht holistischen Herangehensweise. *Leonid Hurwicz, Eric S. Maskin und Roger B. Myerson* bekamen für ihre grundlegenden Arbeiten zur Theorie der wirtschaftlichen Handlungsvorgänge den Nobelpreis. Diese Theorie „*unterscheidet diejenigen Situationen, in denen Märkte gut funktionieren, von denjenigen, in denen Märkte schlecht funktionieren*“. *L. Hurwicz* weist anknüpfend an die Theorie von *A. Smith* nach, dass die „*unsichtbare Hand*“ eine „*intelligente Steuerung*“ braucht.<sup>42</sup> Jahrelang stritten Ökonomen heftig über die Vorzüge zweier miteinander rivalisierender ökonomischer Systeme: der zentralen Planung und des freien Marktes. *Leo*, der im Alter von 90 Jahren gestorben ist, argumentierte, dass es in beiden Systemen Faktoren gibt, die Menschen dazu bringen, unehrlich zu sein. Zum Beispiel können sie, um sich das Leben zu erleichtern, die bürokratischen Planungsexperten belügen. *L. Hurwicz* vollzog eine Wende, indem er die Theorie der Projektierung von Wirtschaftsmechanismen entwickelte, in der eine neue, strengen Regeln unterliegende Denkweise herrscht, die den Einzelnen dazu motivieren soll, Informationen ehrlich auszutauschen und dadurch der ganzen Gesellschaft einen maximalen ökonomischen Nutzen zu sichern.<sup>43</sup>

### Schlussbemerkungen

Bei dem sich gegenwärtig vollziehenden zivilisatorischen Umbruch wird die Notwendigkeit immer deutlicher, die jetzige Wirtschaftsordnung an neue, sich aus dem Untergang der industriellen Epoche ergebende Herausforderungen anzupassen. Der Bedarf an einer Gleichgewichtsordnung ist klar erkennbar. Dazu ist eine Symbiose ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte unentbehrlich. Ein Musterbeispiel für ein derartiges „symbiotisches“ Herangehen stellen die Ideen der SMW dar. Sie sind nicht neu, die Gegenwart scheint jedoch immer eindeutiger ihre Richtigkeit zu bestätigen. Im Modell der SMW werden nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, ökologische und geografische Aspekte berücksichtigt, was eine Eindämmung wirtschaftlicher Disproportionen und sozialer Spannungen erleichtert. Dieses Modell erfordert jedoch eine Anpassung an die sich ändernden Funktionsbedingungen der Wirtschaft, vor allem im Hinblick auf die sich verändernden Machtzentren und Entscheidungskompetenzen. Hier können die konstituierenden und regulierenden Prinzipien *Euckens* von Nutzen sein, die eine Anpassung der Wirtschaftsordnung an moderne Herausforderungen und *gordische Knoten* ermöglichen. Gleichzeitig können die die Stabilität der Wirtschaftsordnungspolitik behütenden konstituierenden Prinzipien ein Heilmittel gegen den in der Debatte über die Wirtschaftsordnung und -politik oft auftauchenden Populismus sein, der erhebliche Risiken für die wirtschaftliche Effektivität und die Beachtung ökonomischer Logik und Grundsätze mit sich bringt.

<sup>42</sup> Intelligent design- A theory of an intelligently guided invisible hand wins the Nobel prize. In: The Economist, 18. 10. 2007

<sup>43</sup> T. Harford: Economist who put a premium on truth. In: Financial Times, 20.07.2008

*Elżbieta Nowocień*

## **Die deutsch-polnischen Beziehungen und die EU. Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen**

Als 1989 in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die politische Wende kam, brachte sie auch einen Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen. Es mussten übrigens neun Jahre vergehen, in denen ein Machtwechsel in Moskau vollzogen werden konnte, die Ära Breschnew zu Ende ging und Michail Gorbatschow an die Spitze der KPdSU kam. Neun Jahre nachdem im August 1980 in Polen die Gewerkschaft „Solidarność“ als erste freie und einzigartige Gesellschaftsbewegung im Ostblock entstanden ist.

1989 schien die Geschichte zu beschleunigen. Im Ergebnis des „Runden Tisches“ (5. Feb bis 6. April) und der ersten halbfreien Wahlen (65 Prozent der Sejmmandate wurden für die Kommunistische Partei und die Blockparteien reserviert, 35 Prozent der Sejmmandate sowie alle Senatsmandate konnten frei gewählt werden) endete in Polen die Ära des Kommunismus.

Gleichzeitig wuchs in der DDR die Opposition gegen das SED-Regime, was sich einerseits in der Teilnahme immer breiterer Kreise der Bevölkerung an den Montagsdemonstrationen äußerte und andererseits in einer großen Welle der Ausreisewilligen zum Ausdruck kam, die ihren Weg in den Westen über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, Prag und Warschau suchten. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 9. November nach Warschau fuhr, erreichte ihn und seine Delegation dort die Nachricht von der Öffnung der DDR-Grenze, dem Beginn des Mauerfalls. Am Tag danach unterbrach er seinen Besuch, um in diesem historischen Augenblick in sein Land zu fahren, kehrte dann aber zurück und nahm am 12. November 1989 in Kreisau an der deutsch-polnischen Versöhnungsmesse teil.

In diesem Jahr feiern wir das 20jährige Jubiläum des „Runden Tisches“ und der ersten freien Wahlen in Polen, der deutsch-polnischen Versöhnungsmesse sowie des Falls der Mauer, der den Weg zur deutschen Wiedervereinigung ebnete.

2009 ist aber auch das Jahr des 70sten Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Für Deutschland ist dieses Datum mit einer besonderen Verantwortung verbunden, der sich viele in ihrer Arbeit stellen, wie z.B. die *Aktion Sühnezeichen*, das *Maximilian-Kolbe-Werk*, die *Stiftung Kreisau*, die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*, die *Weißerose Stiftung* sowie *Zeichen der Hoffnung* aus Frankfurt am Main. um nur einige zu erwähnen.

Leider aber gibt es immer noch Stimmen, die diese Verantwortung entweder zu leugnen oder zu relativieren suchen und dem Gedenken an die Opfer mit Arroganz begegnen. Wie brisant das Thema der Erinnerung weiterhin ist, davon zeugt u.a. die Debatte vom 13. März 2009 im Sächsischen Landtag sowie einige Stimmen aus den Reihen des Bundes der Vertriebenen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens durch die Regierungschefs der drei Siegermächte wurde die politische und geografische Neuordnung Deutschlands, seine Entmilitarisierung, die zu entrichtenden Reparationen sowie der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern beschlossen. Das Potsdamer Abkommen stellte keinen Friedensvertrag im völkerrechtlichen Sinne dar,

vielmehr war es eine schnell vollzogene Übereinkunft der heterogenen Anti-Hitler-Koalition, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Es hatte jedoch weitreichende Folgen. Die Verantwortlichen waren sich bewusst, dass es für eine künftige friedensvertragliche Regelung keinen anderen Spielraum gab, als den bis dahin erreichten Status anzuerkennen. Dadurch erhielt das Potsdamer Abkommen den Charakter einer faktischen Friedensregelung. Die Folge waren Enteignung, Aussiedlung und Vertreibung. Die Deutschen, die ihre Heimat verlassen mussten, wurden nicht immer mit offenen Armen an ihren neuen Wohnorten aufgenommen. Zumindest in Westdeutschland hatten sie jedoch die Möglichkeit, sich mit Hilfe der öffentlichen Hand zu organisieren. Die polnischen Vertriebenen wiederum kamen zwar an Orte, wo sie Gleiche unter Gleichen waren: alle hatten ihre alte Heimat verloren, allerdings blieb ihnen das Gedenken weitgehend verwehrt. Die Vertreibung aus den ehemals polnischen Ostgebieten war in der Volksrepublik Polen (VRP) bis zur Wende des Jahres 1989 allerdings ein Tabuthema. Die Bücher des Literaturnobelpreisträgers von 1980, Czesław Miłosz, der u.a. über die ehemaligen polnischen Ostgebiete schrieb, wurden bis zu diesem Jahr in der VRP zensiert. Erst die *Solidarność* machte es möglich, dass die Zensur gelockert wurde und bis zur Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981 über Themen des Heimatverlusts gesprochen werden durfte.

Aber davor kam es noch zu Entwicklungen, die für die deutsch-polnischen Beziehungen überaus wichtig waren, und die hier erwähnt werden sollen:

Der *Hirtenbrief der polnischen Bischöfe* wurde am 18. November 1965 als Einladung zu den Millenniumsfeierlichkeiten der Christianisierung Polens *an ihre deutschen Amtsbrüder* gesandt. Darin formulierten die polnischen Bischöfe angesichts der Millionen Toten und Vertriebenen auf beiden Seiten unter anderem den berühmten Satz: *Wir vergeben und bitten um Vergebung*. Dies war einer der ersten Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Verfasser des Briefes war der Breslauer Bischof *Bolesław Kominek*. Besondere Unterstützung fand dieser Brief unter anderem beim damaligen Krakauer Erzbischof *Karol Wojtyła*, dem späteren Papst *Johannes Paul II.* Am 5. Dezember 1965 antworteten die deutschen Bischöfe aus Rücksicht auf die Heimatvertriebenen eher verhalten, obwohl sich mit Bischof *Julius Döpfner* ein entschiedener Befürworter der Aussöhnung mit Polen in ihren Reihen befand.

Da der Brief in den katholischen Kirchen Polens eine breite Veröffentlichung fand, ging die kommunistische Führung entschlossen dagegen vor. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) und ihr Parteichef *Gomułka* wollten mit allen Mitteln eine Annäherung an Westdeutschland verhindern, zumal die wichtigsten Propagandamaßnahmen auf Westdeutschland abzielten und den kapitalistischen Nachbarn als größten Feind Polens hochstilisierten. Wie schon in den Jahren seit 1945 betrieb die Führung auch antikatholische Propaganda und Maßnahmen. So wurde dem Primas Polens der Reisepass für seinen Rom-Besuch verweigert. Germanisten an polnischen Hochschulen wurden gezwungen, ein Protestpapier gegen diese katholischen Feierlichkeiten zu unterschreiben. Auch wurde 1966 von der politischen Führung zweimal der Polenbesuch von *Papst Paul VI.* abgesagt. Allgemein versuchten die

Kommunisten bis zum Ende der Ära *Gomulka* ihre Machtbasis zu stärken und katholische Schulen zu schließen.

Der *Kniefall von Warschau* von *Willy Brandt* fand am 7. Dezember 1970 statt, am Tag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. *Willy Brandt* legte vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos im Rahmen einer Feierlichkeit als Bundeskanzler einen Kranz nieder. Nach dem Richten der Kranzschleife kniete er vor dem Mahnmal nieder. Er verharrte einige Sekunden schweigend, stand auf und verließ die Gedenkstätte an der Spitze seiner Delegation. Diese ehrfürchtige Handlung Brandts wurde als eine Geste zur Versöhnungsbereitschaft gewertet. Für seine Ostpolitik, deren wichtigstes Symbol der Kniefall wurde, erhielt *Willy Brandt* 1971 den Friedensnobelpreis.

Als am 13. Dezember 1981 der Kriegszustand in der Volksrepublik Polen verhängt wurde, die freie Gewerkschaft *Solidarność* verboten und die führenden Köpfe der Gewerkschaft interniert wurden, blieb dies nicht ohne Echo in den westlichen Ländern, auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Mehrere Verbände, insbesondere aus den kirchennahen Kreisen, wie die Caritas oder das Kolpingwerk, aber auch deutsche Gewerkschaften organisierten Hilfsaktionen mit Medikamenten- und Lebensmittellieferungen nach Polen. Bei dieser Gelegenheit wurden Kontakte und Freundschaften geknüpft, die zuweilen bis heute halten.

Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 und dem politischen Wandel in Polen entwickelten die deutsch-polnischen Beziehungen eine beeindruckende Dynamik. Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 bildete den Auftakt zu intensiven und vielfältigen Kontakten. Häufige Treffen der Staatspräsidenten sowie der Regierungschefs als auch der Minister der beiden Länder sind dabei ein Beispiel für diese enge Partnerschaft.

Im Laufe der Jahre wurde der intensive politische Dialog durch ein formales Element ergänzt: die deutsch-polnischen Regierungsgespräche, an denen Regierungschefs und Minister der wichtigsten Ressorts teilnehmen. Zuletzt fanden die deutsch-polnischen Konsultationen im Dezember 2008 in Warschau statt. Ein deutliches Zeichen für die enge Partnerschaft setzte nicht zuletzt Bundespräsident *Horst Köhler*, dessen erster Auslandsbesuch (Juli 2004) Polen galt. Auch der erste Besuch von Bundeskanzlerin *Merkel* fand Anfang Dezember 2005, bereits wenige Tage nach ihrer Wahl statt. Parallel zu diesem zwischenstaatlichen Annäherungsprozess begannen Deutschland und Polen auch, in Europa als gemeinsame Akteure aufzutreten. Die Außenminister *Genscher*, *Skubiszewski* und *Dumas* hoben 1991 das sog. *Weimarer Dreieck* aus der Taufe, das eine intensive Kooperation von Deutschland, Polen und Frankreich in der Europapolitik erleichtern soll.

Deutschland wurde Mitte der 1990er Jahre zum Anwalt Polens auf der europäischen und internationalen Bühne, der die Bemühungen Polens aktiv unterstützte, Mitglied der NATO und der EU zu werden.

Mit dem Beitritt Polens zur NATO 1999 und zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 begann eine neue Phase der bilateralen Beziehungen. Die gemeinsame Mitgliedschaft in der EU bildet eine neue Dimension für die deutsch-polnischen Beziehungen und somit

eine zusätzliche Ebene für einen weiteren Ausbau und die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, aber auch kulturellen und gesellschaftlichen Bereich.

Die Unterstützung Deutschlands für die Mitgliedschaft Polens in der NATO und in der EU ist nur einer von zahlreichen Belegen dafür, dass die deutschen und polnischen Interessen in vielen Bereichen übereinstimmen. Für das Zusammenwachsen beider Völker und die Förderung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses sind neben dem Jugendaustausch auch die kommunalen Partnerschaften von entscheidender Bedeutung. In den vergangenen Jahren hat sich in dieser Hinsicht Beachtliches bewegt: Mit seinem östlichen Nachbarn pflegt Deutschland inzwischen in Mitteleuropa die meisten Kommunalpartnerschaften, zahlreiche informelle Verknüpfungen und Austauschprogramme bestehen zwischen deutschen und polnischen Gemeinden.

### **Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Die Förderung der Kooperation bei gemeinsamen Herausforderungen in den Grenzregionen liegt in erster Linie im Kompetenzbereich der Bundesländer, die dabei vom Bund unterstützt werden. Wichtigstes Koordinationsgremium ist hierbei die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Mitglieder der Kommission sind auf deutscher Seite das Auswärtige Amt und Vertreter aus weiteren Bundesministerien sowie aus jenen Bundesländern, in deren Aufgabenbereich die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit fällt. Die polnische Seite wird durch das Innenministerium sowie durch Vertreter der Regierung und der Woiwodschaften repräsentiert. Auch die EU-Kommission kann Teilnehmer zu den Sitzungen entsenden. Regem Anteil nehmen ebenfalls die seit 1991 bestehenden vier Euroregionen. Hauptziel dieser bilateralen (Spree-Neiße-Bober, Pro Europa Viadrina) beziehungsweise trilateralen (Pomerania: Deutschland, Polen, Schweden; Neiße: Deutschland, Polen, Tschechien) Euroregionen ist es, die aus der Grenzlage resultierenden Struktur- und Standortnachteile gemeinsam mit den Partnern jenseits der Grenze auszugleichen. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in diesem Bereich gilt als beispielhaft. Durch eine noch engere Verzahnung von Verwaltung und Planung kann die zentrale Lage beider Länder innerhalb der EU für mehr Wachstum und Innovation genutzt werden. Polen steht bei der Zahl der Kommunalpartnerschaften deutscher Städte und Gemeinden hinter Frankreich und Großbritannien an dritter Stelle. Umgekehrt ist Deutschland das Land, mit dem polnische Kommunen die meisten Partnerschaften eingegangen sind.

Für die bilateralen Beziehungen spielt auch das *Deutsch-Polnische Forum* eine bedeutende Rolle. Es führt hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft beider Länder zusammen. Das erste Forum fand 1977 in Bonn statt, danach abwechselnd in Polen und Deutschland.

Nach dem politischen Umbruch 1989/90 bekam das Forum eine neue Konzeption, um es an die veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Grundlage des Forums ist seitdem der deutsch-polnische Vertrag über gute

Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, Artikel 29 (3), der dem Forum die Aufgabe gibt, "Konzeptionen für die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu entwerfen und entsprechende Initiativen zu ergreifen".

Mit nachhaltiger Unterstützung durch die beiden Außenminister ist es die Kernaufgabe des Forums, zu einem tieferen gegenseitigen Verständnis insbesondere zwischen den Leistungsträgern beider Länder, aber auch in der jeweiligen Öffentlichkeit, beizutragen. Es soll sich mit den für Deutschland und Polen wichtigen Fragen im europäischen und globalen Kontext beschäftigen und verstärkt Themen behandeln, die über die bilateralen Beziehungen hinausgehen.

Vorsitzende des Forums sind auf deutscher Seite die Koordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, *Gesine Schwan*, sowie auf polnischer Seite *Irena Lipowicz*, polnisches geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau.

Das XIII. Deutsch-Polnische Forum fand nach dreijähriger Unterbrechung am 5. Dezember 2008 in Anwesenheit der beiden Außenminister *Steinmeier* und *Sikorski* in Berlin statt. Themen waren die neuen für Deutschland und Polen wichtigen Fragen im bilateralen Bereich (Polen und Deutschland nach Schengen) und im weiteren europäischen und globalen Kontext die "Europäische Nachbarschaftspolitik" und die "Grundlagen einer europäischen Sicherheitspolitik".

### Deutsch-polnische Auszeichnungen

*Der Deutsch-Polnische Preis* wird gemäß Artikel 35 des Deutsch-Polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.06.1991 für *besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen* verliehen. Zuletzt wurde der Preis an die *Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste* sowie an die *Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung* am Rande der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen am 9. Dezember 2008 in Warschau verliehen. Unter den früheren Preisträgern befanden sich:

1993: *Willy Brandt (posthum) und Tadeusz Mazowiecki*

1994: *Marion Gräfin Dönhoff und Prof. Stanisław Stomma*

1995: *Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder (zusammen mit dem von der Universität Posen in Stubice aufzubauenden "Collegium Polonicum")*

1996: *Gemeinschaft zur Förderung von Studienaufenthalten polnischer Studenten in Deutschland (GFPS) sowie deren polnische Partnerorganisation GFPS-Polska – Polnisch-Deutsche Akademische Austauschgesellschaft*

2005: *Der Oppelner Erzbischof Alfons Nossol*. Die Preisverleihung fand am 7. Mai 2006 statt. Aufgrund seines einzigartigen Wirkens erhielt Bischof *Nossol* den Preis als alleiniger Preisträger des Jahres 2005.

Der *Deutsch-Polnische Journalistenpreis* prämiiert die besten Beiträge, die über das jeweilige Nachbarland fair und offen berichtet haben und die im Vorjahr in Hörfunk, Fernsehen oder Printmedien gesendet, gedruckt oder im Internet veröffentlicht wurden. Sie sollen konkret dazu beitragen, das Wissen von Deutschen und Polen übereinander zu erweitern, das gegenseitige Verständnis von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur

und Gesellschaft zu verbessern, das Alltagsleben auf beiden Seiten dem jeweiligen Nachbarn näher zu bringen und das Zusammenleben in der EU zu fördern.

Der *Deutsch-Polnische Journalistenpreis* ist 1997 von den Regierungssprechern von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie den Woiwodschaftssprechern von Zielona Góra/Grünberg, Landsberg/Gorzów Wielkopolski, Hirschberg/Jelenia Góra und Stettin/Szczecin ins Leben gerufen worden. Nach der Gebietsreform im Jahr 1999 wird der Preis auf polnischer Seite von den neu gegliederten Woiwodschaften: Lebuser Land, Niederschlesien und Westpommern verliehen. Die deutschen und polnischen Regionen wechseln sich jährlich in der Rolle als Gastgeber ab. 2009 ist die Woiwodschaft Westpommern der Gastgeber. Seit 2008 hat der Journalistenpreis zwei neue Partner, die *Robert-Bosch-Stiftung* und die *Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit*. Die beiden Stiftungen unterstützen diesen Wettbewerb als Bestandteil der Deutsch-Polnischen Medientage, die im Jahr 2009 zum zweiten Mal stattfinden und vom 17. bis 19. Juni 2009 in Stettin veranstaltet werden.

Zu den bisherigen Preisträgern des Deutsch-Polnischen Journalistenpreises zählen, u.a. *Helga Hirsch, Włodzimierz Kalicki und Adam Soboczyński*.

An dieser Stelle möchte ich auch Persönlichkeiten aus Polen erwähnen, die in Deutschland eine besondere Beachtung fanden und die mit der Verleihung renommierter Preise zum Ausdruck kam;

Polnische Preisträger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels:

1972 - *Janusz Korczak* - posthum - Laudatio Hartmut von Hentig

1977 - *Leszek Kotakowski* - Laudatio Gesine Schwan

1986 - *Władysław Bartoszewski* - Laudatio Hans Maier

Preisträger des Internationalen Karlspreises zu Aachen:

1998 - *Bronisław Geremek* - Stichwort: Freiheit und Demokratie in Europa

Außerdem wurde am 24. März 2004 zum bisher einzigen Mal ein außerordentlicher Karlspreis an *Papst Johannes Paul II.* verliehen.

2001 erhielten *Tadeusz Mazowiecki, Leszek Balcerowicz* und *Adam Michnik* stellvertretend für den erfolgreichen und trotz aller Schwierigkeiten friedlichen Transformationsprozess in Polen den *Carl-Bertelsmann-Preis der Bertelsmann Stiftung*

Die *Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung* verleiht alle zwei Jahre den Internationalen Preis, der die Persönlichkeiten ehren soll, die sich durch beispielhafte und außergewöhnliche Leistungen bei der Errichtung, Stärkung oder sonstigen Förderung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa oder in anderen Teilen der Welt ausgezeichnet haben. Im Jahre 2000 war der große polnische Finanz- und Wirtschaftsreformer *Leszek Balcerowicz* der Preisträger.

### **Wirtschaftliche Beziehungen**

Während Deutschland seit vielen Jahren der mit Abstand wichtigste Handelspartner Polens ist, bleibt Polen der bedeutendste Handelspartner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa.

Der Handelsaustausch erreichte 2008 ein Rekordvolumen von 66,4 Mrd. Euro (Ausfuhr nach Polen: 40,15 Mrd. Euro, Einfuhren aus Polen: 26,2 Mrd. Euro). Polen exportiert vor allem

Maschinen, Fahrzeuge, Haushaltsgeräte, Lebensmittel und Möbel; deutsche Firmen führen insbesondere Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge, chemische- und Kunststoffherzeugnisse aus.

Im Jahre 2006 rangierte Polen bei der deutschen Ausfuhr auf dem 10. Platz, 2008 überholte es die Schweiz und landete auf Platz neun. der weltweit größten Abnehmer deutscher Exporte, vor China und der Russischen Föderation. Bei der deutschen Einfuhr befindet sich Polen wiederum auf der 13. Stelle.

In der Rangliste der wichtigsten Investoren liegt Deutschland mit ganz vorne. Die kumulierten Direktinvestitionen in Polen (berücksichtigt werden hierbei Investitionen von mindestens einer Mio. Euro) belaufen sich seit dem Systemwechsel 1989/1990 auf etwa 17 Mrd. Euro (davon im Jahr 2007 1,6 Mrd. Euro). Schwerpunkt größerer deutscher Investitionen in Polen sind die Branchen Automobilindustrie und Maschinenbau, Chemie und Pharma, Banken und Versicherungen, Groß- und Einzelhandel sowie Energie. 275 deutsche Firmen haben über eine Mio. EUR investiert, u. a. Metro AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Volkswagen AG, Commerzbank AG. Dazu kommen die statistisch nicht erfassten Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen von weniger als 1 Mio. Euro, insbesondere in der Grenzregion. Danach dürfte Deutschland der Summe und der Zahl nach das führende Herkunftsland ausländischen Kapitals in Polen sein. Die Summe der polnischen Investitionen in Deutschland wird auf 650 Mio. Euro geschätzt.

Die größten Investoren sind: Orlen (494 Tankstellen für 150 Mio. Euro), Ciech (75 Mio. Euro), Sanplast S.A. (20 Mio. Euro), Kopex (Hansen Sicherheitstechnik - 27 Mio. Euro), Asseco (37,7 Mio. Euro), ComArch (9,5 Mio. Euro), Smyk (1,0 Mio. Euro), Vabbi Factory Outlet.

Die Zahl der polnischen Handwerker in Deutschland beträgt 21.042; davon sind 19.990, das heißt 95 Prozent, nach dem 1.Mai 2004 registriert worden. Die Zahl der polnischen Firmen in Deutschland im Jahre 2006 betrug ca. 44.000, davon alleine zehn Prozent in Berlin.

In Deutschland gibt es ca. 100 Filialen von polnischen Bauunternehmen (u. a. Budimex, Kopex, Polservice)

Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) und die Polnische Organisation für Tourismus (POT) haben auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin 2009 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Danach soll besonders die Zusammenarbeit zwischen den grenznahen Regionen intensiviert werden, um sie touristisch durch neue grenzüberschreitende Projekte weiter zu entwickeln und ihren Bekanntheitsgrad sowie das positive Image weltweit zu fördern. Darüber hinaus wird das „Nationale Tourist Board“ Deutschlands die POT bei den Vorbereitungen für die UEFA EURO 2012 unterstützen, die bekanntlich in Polen und in der Ukraine ausgetragen wird.

### **Wissenschaft und Kultur**

Als erste wissenschaftspolitische Organisation wurde in Polen die *Humboldt-Stiftung* tätig. Seitdem nahmen bei der Vergabe von Stipendien polnische Wissenschaftler Spitzenpositionen ein und im Laufe der Jahre wurden prominente Humboldtianer zu

wichtigen Multiplikatoren im deutsch-polnischen Verhältnis: Professor *Michał Kleiber*, Frau Professor *Irena Lipowicz* und Prof. *Andrzej Zoll*.

1975 schloss die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* eine Vereinbarung mit der *Polnischen Akademie der Wissenschaften*, die 1995 novelliert wurde. Nach 1999 wurden in Polen von der EU 157 Exzellenz-Zentren gefördert. Auch das *BMBF* beteiligt sich an Initiativen der deutsch-polnischen Kooperation. Seit dem Jahr 2000 haben polnische Einrichtungen an mehr als 60 Fördervorhaben des Ministeriums teilgenommen, vor allem in den Bereichen Gesundheitsforschung, Umweltforschung und Umwelttechnologien sowie Verkehrsforschung. Auch die *DFG* hat die deutsch-polnische Zusammenarbeit zu einer Priorität erklärt. Sie arbeitet in Polen mit dem Wissenschaftsministerium, mit dem neuen polnischen *Scientific Council* als Nachfolger des Staatskomitees für wissenschaftliche Forschung und mit der *Fundacja na Rzecz Nauki Polskiej* zusammen, hier gerade auch in der Nachwuchsförderung. Dem widmet sich auch die *Max-Planck-Gesellschaft* mit selbstständigen Gruppen von Nachwuchswissenschaftlern auf den Gebieten der Informatik, der Lebensmittelwissenschaften und der ökologischen Forschung. Aber auch die bestehenden Beziehungen in den Sozial- und Kulturwissenschaften, in der Geschichtsforschung, in Chemie und Physik werden mit dem Ziel der Vernetzung und der Interdisziplinarität ausgebaut. Weiterhin gibt es enge Verbindungen mit den *Forschungszentren der Helmholtzgemeinschaften*. Im Forschungsbereich *Struktur der Materie* kommen sogar mehr als zwei Drittel aller Gastwissenschaftler aus Polen. Darüber hinaus engagiert sich Polen seit Jahren in zwei großen *Forschungszentren von DESY*, und zwar in der *Elementarteilchenphysik* und der *Forschung mit Photonen*. Hieran beteiligen sich Wissenschaftler aus Krakau, Warschau und Łódź. Auch das *Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt* arbeitet in einigen Projekten mit Polen zusammen. Dasselbe gilt für das *Forschungszentrum Geesthacht* (wo es um Geowissenschaft, Meteorologie und Klimaforschung, Wassermanagement, Nanotechnologie und Wasserstoffspeicherung geht), das *Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit*, die *Gesellschaft für Schwerionenforschung*, das *Max Delbrück Zentrum für Molekulare Medizin*, den *Deutsch-polnischen Forschungsverbund INCREASE* (Umwelttechnik, Prozesssicherheit und Energietechnik), dessen deutsche Geschäftsstelle am *Fraunhofer-Institut* in Oberhausen angesiedelt ist.

Schließlich hat sich auch der *DAAD* um die Förderung des Studierenden- und Dozentenaustausches und von gemeinsamen Studiengängen außerordentlich verdient gemacht, ebenso wie eine Reihe von bekannten *Stiftungen*. Es gibt darüber hinaus über 600 Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, von denen etwa die Kooperationen zwischen Heidelberg und Krakau und zwischen Warschau und Bonn auf dem

Gebiet der Rechtswissenschaft hervorzuheben sind, sowie die deutsch-tschechisch-polnische Kooperation in der Hochschule Zittau und – *last not least* – die Europa-Universität *Viadrina*, die insofern eine einzigartige deutsch-polnische Institution darstellt, als rund ein Drittel ihrer Studierenden aus Polen kommt, insgesamt ca. 40 Prozent aus insgesamt 70 Ländern. Sie arbeitet besonders eng mit der *Universität Posen* zusammen. Die Europa-Universität *Viadrina* wurde 1991 in Frankfurt/Oder gegründet.

In Zukunft wird die Kooperation im Wissenschaftsbereich weiter ausgebaut. Polen und Deutschland beabsichtigen die gemeinsame Gründung einer sog. Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) im Bereich nachhaltiger Energie im Rahmen des jüngst entstandenen Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT). Am 2. März 2009 wurde von der Europäischen Kommission der erste Wettbewerb für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften im Rahmen des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie, das am 15. September 2008 in Budapest eröffnet wurde, ausgeschrieben. Das Ziel ist es, sechs bis acht Wissens- und Innovationsgemeinschaften zu bilden. Bis Ende 2010 sollen zwei bis drei entstehen, die unter den besten von den Ländern unterbreiteten Vorschlägen ausgewählt werden. Sie sollen sich mit folgenden drei Gebieten befassen: erneuerbare Energien, Klimawandel sowie Informationstechnologie. An jeder KIC sollen sich Hochschulen, Forschungszentren und Unternehmen aus ganz Europa (minimum drei Partner) beteiligen, die gemeinsam an einzelnen Forschungsprojekten arbeiten werden.

### Jugendaustausch

Ein wichtiges Element der Festigung gesellschaftlicher Verflechtungen und privater Bindungen ist der unbeschwerte Kontakt der jungen Generation. Persönliche Erfahrungen mit Gleichaltrigen prägen schon früh das gegenseitige Verständnis und ermöglichen positive Eindrücke vom angrenzenden Nachbarn. Die Thematisierung der deutsch-polnischen Nachbarschaft im Unterricht und die Förderung von Begegnungen verschiedener Altersklassen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk wurde 1991 im Rahmen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages durch die Regierungen Deutschlands und Polens gegründet. Das Jugendwerk unterhält je ein Büro in Potsdam und in Warschau, in dem Mitarbeitende aus beiden Ländern beschäftigt sind. Es werden Begegnungen, Praktika und verschiedene Programme und Projekte finanziell unterstützt.

Mit den Programmen des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), den Lektorenprogrammen der Robert-Bosch-Stiftung und den von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) vermittelten Lehreraustauschen gehört Polen zu denjenigen Ländern, in denen sich die Bundesregierung besonders intensiv mit Programmen zur Sprachförderung engagiert. Deutsch ist in Polen nach Englisch mittlerweile zweitwichtigste Fremdsprache.

Einen wichtigen Beitrag leistet das Internet-Projekt Lernen aus der Geschichte, das auch über eine polnische Version verfügt.

Umfangreiche Informationen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit sind auf den Internetportalen des Polnischen Außenministeriums und des Auswärtigen Amtes in den jeweiligen Sprachen zu finden. Sie enthalten ebenfalls einen Link auf *Point*, Kalendarz Polsko-Niemiecki, den Deutsch-Polnischen Kalender.

Unter den über ein Duzend Veranstaltungen, die am heutigen Tage in Deutschland oder in Polen stattfinden möchte ich eine nennen: Die vom 19.03. bis 14.06.2009 gezeigte Ausstellung

*My, berlinzcycy! Wir Berliner! Geschichte einer deutsch-polnischen Nachbarschaft*

Lassen Sie mich abschließend einige Worte aus Frau Gesine Schwans *Festvortrag zur Verleihung des Kopernikus-Preises der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Fundacja na Rzecz Nauki Polskiej am 2. Mai 2006 in Berlin* zitieren:

„Zu meinem und vieler Polen Kummer sind in der letzten Zeit – auch an der Humboldt-Universität zu Berlin – eine Reihe von Polonistik-Lehrstühlen gestrichen worden. Das setzt ein schlechtes Zeichen, weil das ein Desinteresse am Land im Unterschied zu seinen wissenschaftlichen Beiträgen zum europäischen Forschungsraum zum Ausdruck bringt. Hier komme ich auf meine einleitenden Überlegungen zurück: Die Verkehrssprache in den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist das Englische geworden. Zugleich zeigt eine Reihe von Untersuchungen, dass Kreativität an die Sprache gebunden ist und eher in der Muttersprache erfolgt (anders als der Transfer von Erprobtem). Nicht nur im deutsch-polnischen Verhältnis, sondern überhaupt in Europa sollten wir den Reichtum, den die Unterschiedlichkeiten der Sprachen und Kulturen auch für Kreativität und Innovationen bieten, nicht unterschätzen und vernachlässigen. Von Europa sind schließlich in den vergangenen zweitausend Jahren die entscheidenden Dynamiken ausgegangen, und das hat nicht zuletzt seine Ursachen in Europas spezifischer, nämlich vielfältiger, damit auch konfliktträchtiger kultureller Prägung. Reduzierung von Vielfalt bedeutet immer einen Verlust. Erhalt und Pflege von Vielfalt hat aber seinen Preis, nicht zuletzt den, die Bedeutung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften dafür nicht zu unterschätzen. Ich bin davon überzeugt, dass Europas Chance in seiner Mehrsprachigkeit liegt: im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, in dem sie kulturelle Vielfalt meint und Interdisziplinarität: die Fähigkeit, in unterschiedlichen Bereichen, Logiken, - Luhmann'sch gesprochen: „Codes“ – zu Hause zu sein und die systematischen Zusammenhänge zwischen ihnen bewusst und willentlich herzustellen, anstatt in der Borniertheit der Spezialisierungen zu verharren. In diesem Sinne glaube ich auch, dass die binationale Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland dann am besten gelingt und die wertvollsten Früchte trägt, wenn beide Nachbarn auf allen Gebieten – d.h. in der Wissenschaft auch in *allen* Disziplinen – am gemeinsamen Projekt Europa arbeiten, einem Projekt der kulturellen Vielfalt, Kreativität und Innovation. Diesen gemeinsamen Reichtum zu heben und auszugestalten, verbindet.“

## Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

### Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2009, 688 S.

Der vorliegende Länderbericht erscheint aktualisiert nach siebzehn Jahren in einer Neuauflage, an der sich insgesamt 43 deutsche und polnische Autorinnen und Autoren beteiligt haben. Zahlreiche Artikel polnischer Provenienz sind ins Deutsche übersetzt worden. Die Übersetzungen sind grosso modo gelungen und für einen deutschen Rezipienten gut lesbar. Die einzelnen Artikel sind mit Auswahlbibliographien versehen worden. Das Buch verfügt über eine kurze Information zu den einzelnen Autorinnen und Autoren sowie über ein - bei der Fülle der Informationen - unabdingbares ausführliches Personenregister.

Darüber hinaus ist der Band mit gut aufbereitetem Kartenmaterial, Zeittafeln, zahlreichen Tabellen und Statistiken sowie sorgfältig ausgewähltem Bildmaterial (Fotografien und Karikaturen) ausgestattet.

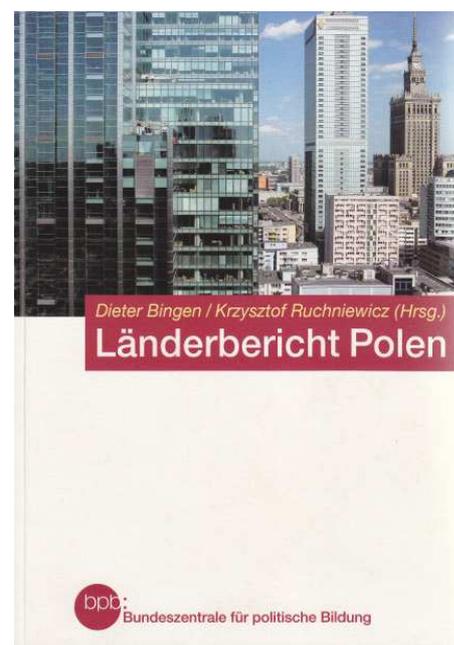
Dieses umfangreiche Kompendium gliedert sich in sechs Kapitel, in denen ein historischer Überblick gegeben wird, das politische System und die politische Kultur der III. Republik beleuchtet werden, eine eingehende Darstellung des transformierten Wirtschaftssystems und der Wirtschaftspolitik erfolgt, Grundstrukturen der Gesellschaft aufgezeigt werden, eine Analyse des Stellenwerts von Bildung und Kultur vorgenommen und auf die Stellung Polens im internationalen System eingegangen wird.

Im ersten Kapitel des geschichtlichen Überblicks zeichnet *Michael G. Müller* die polnische Geschichte von den staatlichen Anfängen bis zum ersten Weltkrieg nach. Dabei hebt der Autor besonders auf die Brüche in der polnischen Geschichte, die lange Staatenlosigkeit Polens und die hieraus resultierende kollektive Erinnerung der Polen ab, die vom Trauma der polnischen Teilungen geprägt bleibt.

Dem Zwischenkriegspolen, das nach dem Ersten Weltkrieg vor der schweren Aufgabe stand, aus drei sehr unterschiedlich strukturierten Teilungsgebieten zu einer Staatlichkeit zusammenzuwachsen und das sich der Herausforderung durch zwei revisionistische totalitäre Nachbarn stellen musste, ist der sich anschließende Aufsatz von *Krzysztof Kawalec* gewidmet.

Auf die deutsche Besatzung im Rahmen des Vernichtungskriegs der Nationalsozialisten sowie auf den in Deutschland kaum bekannten jüdischen und polnischen Widerstand geht dann *Dieter Bingen* in seiner kurzen, konzisen Darstellung ein.

*Andrzej Friszke* beschäftigt sich mit der Begründung des kommunistischen Systems in Polen und dessen Sonderrolle, die das Land im real existierenden Sozialismus über lange Jahrzehnte einnehmen konnte.



Drei herausragende Persönlichkeiten dieser Epoche werden dann in Kurzportraits vorgestellt: der langjährige Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei *Władysław Gomułka* (*Andrzej Friszke*), der seit 1968 im Exil lebende und lehrende Philosoph und Marxismuskritiker *Leszek Kołakowski* (*Manfred Mack*), der im Juli 2009 in Cambridge verstarb, sowie der Gewerkschafter, Revolutionär und Freiheitskämpfer *Lech Wałęsa* (*Krzysztof Ruchniewicz*).

Dem Zeitalter der *Solidarność* widmet sich schließlich *Andrzej Friszke*, wobei er resümierend die internen und externen Rahmenbedingungen und Ursachen für das Gelingen der politischen Wende in Polen analysiert.

Im zweiten Kapitel geht *Andrzej Paczkowski* zunächst auf die Entstehung der III. Republik Polen ein. Im Mittelpunkt seiner Analyse stehen dabei die ersten halbfreien Wahlen, die neue Rolle von *Lech Wałęsa* als erstem frei gewählten Präsidenten der III. Republik sowie die schwierige Sanierung von Wirtschaft und Finanzen, für die der konsequente und deshalb umstrittene Reformier *Leszek Balcerowicz* verantwortlich zeichnete.

Hieran schließt sich eine sehr ausführliche Darstellung von *Klaus Ziemer* an, in der ein Überblick über die politische Ordnung der III. Republik (Verfassungssystem, Präsident, Regierung, Parlament, Wahlen, Parteiensystem) gegeben und der gescheiterte Versuch der polnischen Nationalkonservativen, nach 2005 eine IV. Republik Polen aufzubauen, beschrieben wird. Der Autor erläutert die Ursachen für die Politik- und Parteienverdrossenheit großer Teile der polnischen Gesellschaft, beschreibt die chronische Instabilität des polnischen Parteiensystems und kommentiert die Ursachen für die überaus niedrige Wahlbeteiligung der Polinnen und Polen. Mit den Autoren der Gruppe *Erfahrung und Zukunft* kommt *Ziemer* zu der wenig befriedigenden Schlussfolgerung, dass nach zwanzig turbulenten Transformationsjahren das autoritäre Potential in der polnischen Gesellschaft noch erheblich ist.

Der Jurisdiktion in der III. Republik widmet sich *Robert Grzeszczak* in einem kurzen Überblicksartikel. Hier bestand die äußerst schwierigen Aufgabe bekanntlich darin, das realsozialistische Rechtssystem in einen demokratischen Rechtsstaat umzuformen. Der Autor zeigt auf, dass sich die permanente Krise der polnischen Rechtspflege vor allem aus unbefriedigenden strukturellen und materiellen Rahmenbedingungen ableiten lässt: Lange Dauer von Verfahrensbestandteilen, relativ geringe Zahl von Rechtsanwälten und Rechtsberatern, Schutz korrupter Mitglieder durch die entsprechenden Berufsverbände und - in den letzten Jahren - weitgehende Eingriffe in die Privatsphäre. Deshalb bestehe weiterhin die dringende Notwendigkeit für tiefgreifende Reformen.

Mit der Problematik der polnischen Selbstverwaltung nach der seit 1998 einsetzenden Dezentralisierung des Landes beschäftigt sich *Stefan Garsztecki*. Dabei wird konstatiert, dass die polnischen Selbstverwaltungskörperschaften zwar hohes Ansehen genießen, dass aber andererseits von einer Mehrheit der polnischen Gesellschaft die Ansicht vertreten wird, dass sie selbst kaum Einfluss auf die Regelung öffentlicher Angelegenheiten habe. Sicherlich ist Polen so betrachtet ein neuer Schub zu mehr Bürgeraktivität und zu einer stärkeren Selbstverwaltung zu wünschen. Ob die amtierende Regierung *Tusk* ihr Wahlversprechen durch die Verabschiedung entsprechender Reformen wird einhalten können, bleibt allerdings offen.

Mit der polnischen Geschichtspolitik nach 1989 setzt sich *Krzysztof Ruchniewicz* auseinander. Der realsozialistischen Periode, in der die öffentliche Geschichtspolitik einem nicht offiziellen kollektiven Gedächtnis der meisten Polen diametral gegenüberstand, schloss sich nach 1989 ein Zeitraum an, in dem nach der Wende nicht nur Staatsbezeichnung und Staatswappen verändert wurden und man neue Geschichtsschulbücher einführte, sondern auch das *Institut des Nationalen Gedenkens* begründet wurde. Hierdurch kam es zu einer Relativierung der zuvor verabsolutierten Opferrolle Polens. Im Kontext der Debatten über die Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen sowie das Massaker von *Jedwabne* musste Mitschuld konstatiert und eingestanden werden. Ablehnend kommentiert der Autor schließlich die seit 2005 von den nationalkonservativen Parteien betriebene Geschichtspolitik, die von ihren Kritikern zutreffend als *Patriotismus der Niederlage* oder als *konfrontativer Patriotismus* charakterisiert wurde.

Das dritte Kapitel ist dem Wirtschaftssystem und der Wirtschaftspolitik Polens gewidmet. In dem einführenden Beitrag analysiert *Piotr Pysz* die schwierigen Ausgangsbedingungen für die wirtschaftliche Transformation in Polen und hebt die Rolle des Reformers *Balcerowicz* hervor, dem es mit seiner Strategie gelang, die Volkswirtschaft durch eine restriktive Geld- und Lohnpolitik zu stabilisieren. Der Autor geht auf die gravierenden Probleme bei der Privatisierung ein, beschreibt aber auch die spontanen Ordnungsentwicklungen mit der Gründung unzähliger kleiner Privatbetriebe, die der polnischen Wirtschaft zusätzliche Wachstumsschübe verliehen. Das anhaltende Wirtschaftswachstum und die verstärkte Investitionstätigkeit hielt in Polen zwar an, allerdings erreichte die Arbeitslosigkeit in einer Phase wirtschaftlichen Abschwungs im Jahre 2002 katastrophale 19,2 Prozent. Eine der hieraus resultierenden Folgen war die nach dem EU-Beitritt Polens (1. Mai 2004) erfolgende massive Erwerbsmigration vor allem nach Großbritannien und Irland, die auf ca. 1 Mio. Menschen geschätzt wird. Neben der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit und einer niedrigen Quote von Erwerbstätigen ist es das grassierende Phänomen der Korruption, das der polnischen Wirtschaft am meisten schadet. Auch bleibt festzuhalten, dass das Wohlstandsgefälle gegenüber der westeuropäischen EU-Mitgliedern weiterhin beträchtlich geblieben ist.

An diese übersichtliche und in einem leserfreundlichen Stil gehaltene Darstellung *Pysz*s schließt sich ein Kurzportrait *Leszek Balcerowicz*s an, das aus der Feder *Sebastian Płóciennik*s stammt, und in dem die wichtigsten Stationen im wissenschaftlichen und politischen Leben dieses bedeutenden Reformers nachvollzogen werden.

Mit dem Strukturwandel in der Wirtschaft beschäftigt sich *Marek Proniewski* in einem knappen mit aussagekräftigen Tabellen und Abbildungen versehenen Artikel. Die Schlussfolgerungen des Autors klingen durchweg optimistisch: er hebt auf die Wirtschaftsdynamik des BIP sowie die verstärkte Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte ab. Auch geht *Proniewski* davon aus, dass sich der polnische Arbeitsmarkt positiv entwickle und dass Polen nach seinem EU-Beitritt die Projektförderung der EU gut genutzt habe. Allerdings fordert der Autor – angesichts gravierender regionaler Unterschiede in Polen – eine aktivere Regionalpolitik.

Mit den öffentlichen Finanzen und dem Staatshaushalt setzt sich *Elżbieta Mączyńska* auseinander, wobei die Autorin auf die Dringlichkeit der von der Regierung *Tusk*

vorbereiteten Reform der öffentlichen Haushalte abhebt. Dabei sei zu beachten, dass die von der Regierung angestrebte Senkung des Defizits über die Chancen der Aufnahme Polens in die Eurozone entscheide. Diese werde einem optimistischen Szenario entsprechend aber erst im Jahre 2012 erfolgen können.

Die soziale Lage behandelt *Maria Piotrowska* in einem mit zahlreichen Tabellen versehenen Beitrag, in dem sie zunächst auf die Schere zwischen dem Anstieg des BIP und der verfügbaren Bruttoeinkommen der Privathaushalte je Einwohner (1998-2005) eingeht, um dann die gravierenden Probleme der Ungleichheit der Einkommensentwicklung und der Armutsentwicklung (1996-2007) zu beleuchten. Die Autorin stellt fest, dass die Verringerung der sozialen Ungleichheit zur Voraussetzung habe, Arbeitsplätze mit angemessener Vergütung zu schaffen und eine wirksame Reform des Gesundheitswesens durchzuführen, um den Zugang zur medizinischen Versorgung und ihrer Qualität deutlich zu verbessern.

Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik stehen im Mittelpunkt des Artikels von *Małgorzata Szyłko-Skoczny*, die das Problem einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit beschreibt, von der vor allem Frauen, Jugendliche, Alte, Ungelernte sowie ehemalige Beschäftigte landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften betroffen sind. Durch die Flexibilisierung des polnischen Arbeitsmarkts sei die soziale Sicherung der Arbeitnehmer erheblich gesunken, es käme verstärkt zu dem auch in Westeuropa gut bekannten Phänomen der *working poor*. Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik sei man in Polen in den letzten Jahren immer mehr von Schutzmaßnahmen abgekommen und habe diese durch Instrumente der beruflichen Aktivierung von Arbeitslosen ersetzt. Das öffentliche Sozialhilfesystem für Arbeitslose werde aber weiterhin von akuten Interventionen dominiert, es mangle an einer längerfristigen Strategie. Dies – so die Autorin – sei aber in erster Linie dem Fehlen ausreichender Mittel für die Finanzierung der Leistungen geschuldet.

Auch der Beitrag von *Reinhold Vetter* über Sozialsysteme und Steuerpolitik in Polen spiegelt das Dilemma polnischer Sozialpolitik wider, denn nicht nur das Gesundheitssystem, sondern auch die Rentenversicherung befinde sich in einer Schiefelage. Während für die allfällige Sanierung und Entschuldung der öffentlichen Krankenhäuser oder deren Überführung in private Hände die Mittel und Investoren fehlen, wird das nach einer grundlegenden Reform auf drei Säulen beruhende Rentensystem durch die Alterung der Gesellschaft gefährdet.

*Dariusz Kielszewski* behandelt in seinem Artikel Umweltprobleme und Umweltstandards in Polen. Dabei wird deutlich, dass die gravierenden Umweltprobleme als Hinterlassenschaft der realsozialistischen Wirtschaft und als Folge der Transformation die polnische Gesellschaft und Umweltpolitik noch sehr lange beschäftigen werden. Zwar wurden in Polen die Rechtsgrundlagen für einen weitreichenden Umweltschutz geschaffen und es mangelt auch nicht an dementsprechend definierten Standards, aber deren konkrete Umsetzung sowie das Umweltbewusstsein der polnischen Gesellschaft lassen noch sehr zu wünschen übrig.

*Sebastian Plóciennik* analysiert schließlich die formellen und informellen Institutionen in Polen und kommt zum Ergebnis, dass die primäre Ursache für die polnischen Probleme mit *governance* auf das geringe Sozialkapital und dem für alle

gesellschaftlichen Schichten typischen Mangel an Vertrauen zurückzuführen seien. Der polnische Staat bleibe deshalb schwach und auch der 2005 gestartete nationalkonservative Versuch des Aufbaus einer IV. Republik als Synonym für einen starken polnischen Staat, der freilich einer gegen die Gesellschaft gerichteten Konterrevolution gleichkam, sei deshalb auch zum Scheitern verurteilt gewesen. So wurden nach Ansicht des Autors zahlreiche Polen zu *negativen Liberalen*, die der Überzeugung sind, dass der freie Markt zwar schlecht, dass der Staat aber noch schlechter sei.

Im vierten Kapitel werden Grundstrukturen der polnischen Gesellschaft abgehandelt. *Ireneusz Krzemiński* geht in seinem Aufsatz über gesellschaftliche Zusammenbrüche und Wendepunkte der immer wieder diskutierten Frage nach, warum die polnische Gesellschaft nach der Wende des Jahres 1989 eine nur relativ schwache Bürgergesellschaft hervorgebracht habe. Das – so *Krzemiński* – liege in erster Linie daran, dass Politik in Polen ein schlechtes Image habe. Politiker – so glaube eine Mehrheit der Polen – lassen sich von individuellen und Parteiinteressen leiten, Politik sei demnach die Fähigkeit, die eigenen Interessen durchzusetzen und sich zu bereichern. Ein Ausdruck dieser Überzeugung ist die niedrige Wahlbeteiligung sowie die fatale Konkurrenz zwischen lokalen Behörden und den NGO bei der Mittelvergabe von Programmen, die die Bürgergesellschaft stärken sollen.

Mit den nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen beschäftigt sich *Peter Oliver Loew*. Der Autor liefert nach einem historischen Rückblick über die Verhältnisse in der II. Republik einen Überblick über die heute bestehenden Minderheiten der Deutschen, Belarussen, Ukrainer, Russen, Litauer, Slowaken, Juden, Armenier und Tschechen. Vervollständigt wird dieser Überblick durch Kurzinformationen zu den ethnischen Minderheiten der Roma, Lemken, Tataren und Karaimen sowie zu den Sonderfällen der Kaschuben und Oberschlesier.

Über die Religionsgemeinschaften in Polen, das zu 95 Prozent römisch-katholisch ist, informiert *Dieter Bingen*, indem er neben der zentralen Rolle der katholischen Kirche Polens die Situation der unierten, orthodoxen und evangelisch-augsburgischen Kirche beleuchtet. Einen kurzen Abschnitt widmet *Bingen* auch den Juden und anderen nichtchristlichen Religionsgemeinschaften (Muslime, Zeugen Jehovas).

Mit der Situation der katholischen Kirche Polens in der pluralistischen Demokratie setzt sich *Theo Mechtenberg* auseinander. Hier geht es insbesondere um die Fragen der politischen Einmischung der Kirche, ihre moralische Autorität in gesellschaftspolitischen Fragen sowie um die Tatsache, dass auch die katholische Kirche Polens von der kommunistischen Vergangenheit eingeholt wird (Priester als geheime Mitarbeiter des polnischen Sicherheitsdienstes).

Hieran schließt sich ein Kurzportrait *Karol Wojtyłas* an, das von *Robert Żurek* stammt, und in dem der Autor auch auf die unterschiedliche Einschätzung des Pontifikats von *Johannes Paul II.* in Deutschland und in Polen eingeht.

Dem komplizierten Verhältnis von Juden und Polen ist der Aufsatz von *Jerzy Tomaszewski* gewidmet, in dem der Autor nach einem kurzen historischen Abriss die jüngsten Entwicklungen zwischen beiden Gruppen rekonstruiert, die Ursachen für den polnischen Antisemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt, auf aktuelle

antisemitische Strömungen hinweist (*Radio Maryja, LPR*), aber auch die Aktivitäten von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen wie *Nigdy Więcej* (Nie wieder) oder *Otwarta Rzeczpospolita* (Offene Republik) charakterisiert.

Die seit Jahren recht schwache Stellung der Gewerkschaften in Polen behandelt *Clemens Rode*. Er führt dieses Phänomen in erster Linie auf den hohen Politisierungsgrad der polnischen Gewerkschaften sowie deren Unfähigkeit zurück, die allfällige und seit Jahren geforderte Strukturreform durchzuführen. Die drei Dachverbände *Solidarność, OPZZ* und *FZZ Forum* haben insgesamt ca. 1,9 Mio. Mitglieder. Andere ungebundene Gewerkschaften sollen über weitere 300.000 Mitglieder verfügen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist im Bergbau, im Hüttenwesen und im Bildungswesen weiterhin relativ hoch, während es in 97 Prozent der privaten Betriebe überhaupt keine Gewerkschaften gibt. Aufgrund ihres konservativen Charakters sind polnische Gewerkschaften häufig nicht in der Lage, auf neue Herausforderungen (Umweltschutz, aber auch Genderfragen, Mobbing, Zeit- und Leiharbeit) rechtzeitig zu reagieren.

Jugendkultur und Perspektiven der Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Beitrags von *Witold Wrzesień*. *Die Generation der Suchenden*, die die Volksrepublik Polen aus eigener Erfahrung nicht mehr kennt, stehe ganz massiv unter dem Einfluss der Globalisierung und der Zugehörigkeit zur EU. Sie lege einen kalkulierten narzisstischen Pragmatismus an den Tag, neige aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage in Polen zu resignativen Haltungen (*no future*) oder sehe in der Emigration eine der populärsten Lösungen für ihre Zukunft. Im Vordergrund stünden materieller Status und Besitz, man unterhalte freundschaftliche Beziehungen zu den Eltern und zeige sich auch in Mode- und Kulturfragen weitgehend angepasst (*Trendy-Normalbürger*).

Diesem Trend entspricht auch der von *Victor Grotowicz* beschriebene Niedergang des berühmten Rockfestivals von *Jarocin*, das zwischen 1980 und 1994 Kultstatus hatte und seit 2006 wieder neu veranstaltet wird. Seit 1989 habe das Festival seinen einstigen avantgardistischen Protestcharakter verloren. Ob die seit 2004 einsetzenden Vermarktungsversuche unter ganz anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen Erfolg haben werden, bleibe ungewiss.

Mit Frauen, Frauenbild und *Frauenfrage* in Polen befasst sich *Bożena Chołuj*. Die Autorin hebt auf die Genderproblematik ab, liefert eine Skizze zum historischen/antiquierten Frauenbild der Polin und führt aus, dass es eine ganze Reihe nicht erledigter Probleme in der Geschlechter- und Frauenpolitik gebe, die allerdings von staatlicher Seite vernachlässigt würden. Aktuell engagieren sich ca. 300 Organisationen in Polen in Frauenprojekten, in denen sie sich für die Veränderung der nicht mehr zeitgemäßen Situation der Frauen, die weiterhin als integraler Bestandteil einer traditionell aufgefassten Familie betrachtet werden, einsetzen.

Wie sich die Medienlandschaft und die Medienpolitik in Polen nach 1989 verändert hat, schildert *Andrzej Stach*, indem er besonders auf die Konsequenzen der Privatisierung der Medien und die politische Einflussnahme des öffentlich-rechtlichen sowie privaten Mediensektors eingeht. Auf dem polnischen Medienmarkt werde weiterhin hart um die Vorherrschaft gekämpft, politische Themen und ein (ungehemmter)

Enthüllungsjournalismus seien dabei die wichtigsten Faktoren, um sich erfolgreich auf dem Markt zu platzieren.

Das fünfte Kapitel des Länderberichts ist Bildung und Kunst gewidmet. *Sonja Steier* setzt sich mit den nach der Wende des Jahres 1989 erfolgenden Veränderungen auseinander und konstatiert, dass sich das polnische Bildungssystem seit dieser Zeit in einer permanenten Reform befinde. Den Schulen und Hochschulen sei eine weitgehende Selbstständigkeit gewährt worden, die Privatisierung der Bildungslandschaft halte an und seit den 1990er Jahren sei eine spürbare Bildungsexpansion mit hochgesteckten Zielen in Gang gekommen. Trotz einer mehr oder minder erfolgreichen Bildungsstruktur- und Curriculumreform gebe es aber weiterhin eine Reihe ungelöster Probleme wie die weiter wirksame Diskrepanz zwischen Zentrum und Peripherie oder die mangelhafte Besoldung der Lehrer/innen.

Fragen der Kultur und Kulturpolitik in Zeiten der Transformation, an deren Anfang Prozesse der Privatisierung und Dezentralisierung standen, behandelt *Nawojka Cieślińska-Lobkowitz*. Die Autorin betont, dass Erfindungsreichtum und Enthusiasmus zu Schlüsselbegriffen einer durch die Wiedererlangung der Freiheit geprägten Epoche wurden. In der Kulturpolitik bedeutete aber erst der EU-Beitritt Polens mit der Möglichkeit, EU-Mittel in beachtlicher Höhe nutzen zu können, einen echten Durchbruch, vor allem im Hinblick auf die Beanspruchung von Mitteln aus dem Strukturfonds, die für kulturelle Infrastruktur vorgesehen sind.

Der polnischen Literatur nach 1989 widmet sich *Anna Nasitowska*. Die Autorin stellt fest, dass nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems und dem Verschwinden des staatlichen Mäzens Chaos herrschte, da die Balance zwischen Kommerz und Pop-Kultur auf der einen und Hochkultur und Literatur auf der anderen Seite ins Wanken geriet. Es kam nicht nur zu einer massiven Kommerzialisierung von Literatur, sondern auch zu einer bemerkenswerten Regionalisierung der Milieus etwa im Hinblick auf die Beschreibung der deutschen Vergangenheit Danzigs (*Paweł Huelle, Stefan Chwin*) oder den selbstbewussten Provinzialismus eines *Andrzej Stasiuk*. Während sich die etablierten Prosautoren quasi zurückzogen und eine Lücke hinterließen, blieb die polnische Lyrik (*Czesław Miłosz, Wisława Szymborska*) weiter bestimmend, und die sich auf hohem literarischem Niveau bewegende polnische Reportageliteratur (*Hanna Krall, Ryszard Kapuściński*) konnte auch international betrachtet große Erfolge verbuchen.

Dem berühmten Lyriker, Romancier, Essayist und Übersetzer *Czesław Miłosz* sowie der bedeutendsten polnischen Lyrikerin, *Wisława Szymborska*, sind zwei Kurzportraits gewidmet, die von *Hans-Peter Hoelscher-Obermaier* und *Maria Kijowska* stammen. Neben den biographischen Knotenpunkten wird hierin auf die Eigenart der jeweiligen Poetik und deren Bedeutung für das (unabhängige) polnische Kultur- und Literaturleben abgehoben.

Einen Überblick über deutsche Literatur in Polen seit 1989 liefert *Izabela Surynt*. Die Autorin geht auf die Rolle der polnischen Verlage ein, die auch nach dem Umbruch des Jahres 1989 die Veröffentlichung deutschsprachiger Literatur fortführten oder neu aufnahmen (*Wydawnictwo Literackie*, der Verlag *Czarne* in *Wołowiec* oder *Oficyna Wydawnicza ATUT* in *Breslau*). Lobend erwähnt wird auch die im Verlag *Wydawnictwo*

*Poznańskie* begründete Reihe *Posener Deutsche Bibliothek*, außerdem schildert die Autorin verschiedene Initiativen von deutschen und polnischen Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Aktivitäten des Projekts *Kroki* (Schritte), das unter anderem Autorenlesungen für deutsche Schriftsteller/innen in Polen organisiert.

Der polnischen Kunst seit 1989 widmet sich *Jürgen Weichardt*. Der Autor schildert zunächst die Auswirkungen des Umbruchs von 1989 mit dem Einzug der Gesetze des freien Marktes sowie die bald einsetzende Pluralisierung und Differenzierung der polnischen Kunstlebens nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Es erfolgt ein Überblick über richtungsweisende Ausstellungen und neue Aspekte in der polnischen Kunst seit 1989. Thematisiert wird die Ablösung der Großen (*Tadeusz Kantor, Roman Opalka, Józef Szajna*) durch die neue Generation (*Edward Dwurnik, Anda Rottenberg, Mirosław Bałka*) sowie die Skandalisierung avantgardistischer, provokativer Arbeiten durch eine wertkonservative, erzkatholische veröffentlichte Meinung. Aufgezeigt wird schließlich die weiterhin bestehende Differenz zwischen „hoher“ und „niedriger“ Kunst, die Auseinandersetzung zwischen dem nationalen und dem europäischen (globalen) Erbe.

Mit der Stellung der polnische Schauspieltheater nach dem politischen Umbruch beschäftigt sich *Wolfgang Schlott*. Neben der ästhetischen Herausforderung, die sich aus dem Aufbau demokratischen Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft ergab, und die für diese stürmische Übergangszeit mit Aufführungen der Werke *Gombrowiczs, Witkiewiczs* und der polnischen Klassiker bewältigt wurde, standen die Theater in erster Linie vor enormen finanziellen und organisatorischen Problemen, die durch die Kürzung der staatlichen Zuschüsse, die Anhebung der Preise für Eintrittskarten und die Bevorzugung kommerzieller Angebote ausgelöst wurden. Die Reformierung der Theaterlandschaft hatte deshalb die seit 1990 einsetzende Selbstverwaltungsreform zur Voraussetzung. Eine weitere grundlegende Reform bestand in der Schaffung der sog. *Agora-Theater*, in denen unterschiedliche Interessengruppen in eigener Initiative oder in Kooperation mit Regisseuren und

Schauspielern den Theaterraum für die unterschiedlichsten Aktivitäten nutzen können.

*Julita Fischer* schildert in einem sehr gelungenen Essay den Lebens- und Schaffensweg des berühmten Theaterregisseurs- und -theoretikers *Tadeusz Kantor*, der Mitte der 1950er Jahre mit seinem *Cricot 2* auch internationale Beachtung fand, bis 1975 einen Großteil des bis dahin nur wenig aufgeführten und kaum rezipierten dramatischen Werks von *Stanisław Ignacy Witkiewicz* inszenierte und mit seinem *Theater der Todes* international berühmt wurde.

Dem polnischen Spielfilm nach 1945 ist ein weiterer Beitrag von *Wolfgang Schlott* gewidmet. Der Autor hebt auf die großen Erfolge des polnischen Nachkriegskinos, besonders nach der Liberalisierung des Jahres 1956 ab, das durch die nationale romantische Literatur und den Neorealismus beeinflusst wurde (*Andrzej Wajda, Andrzej Munk, Wojciech Has, Kazimierz Kutz*). Nach einer Phase der Reideologisierung entstanden Ende der 1960er Jahre Filme, die man dem sog. *Dritten Polnischen Kino* zuordnet und zu dessen bekanntesten Vertretern *Krzysztof Kieślowski* und *Krzysztof Zanussi* zu zählen sind. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Stalinismus fand

nach 1980 im Zusammenhang mit der von der Solidarność eingeleiteten gesamtgesellschaftlichen Wende statt.

Durch die Krise und den strukturellen Umbruch nach 1989/1990 wurde der Druck, kommerzielle Massenware auf den Markt zu werfen, immer stärker. Neben der Beschäftigung mit tabuisierten Themen der jüngsten nationalen Geschichte setzte nunmehr eine ästhetische Suchbewegung in Richtung europäische Identität ein. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass der polnische Film trotz einiger beachtlicher Erfolge nach dem Jahre 2000 bislang noch nicht an seine Erfolge aus den 1980er Jahren anknüpfen konnte.

Ebenfalls von *Schlott* stammt das Kurzportrait des produktivsten und bedeutendsten polnischen Filmregisseurs, *Andrzej Wajda*. Eingegangen wird auf die Klassiker *Der Kanal*, *Asche und Diamant*, *Der Mann aus Marmor*, *Der Mann aus Eisen* sowie auf das Film- und Theaterschaffen *Wajdas* nach der Zerschlagung der Solidarność-Bewegung im Ausland und in Polen, wobei deutlich wird, dass es sich hierbei um eine lebenslange, passionierte Auseinandersetzung mit der jüngsten, tragischen Geschichte Polens handelt. Dieser Linie bleibt der nach 1989 zeitweise als Senator politisch aktive Wajda auch in seinem Spätwerk treu. Hierfür stehen solche Filme wie *Korczak* (1990), *Pan Tadeusz* (1999) oder die für viel Aufsehen sorgende Verfilmung des Massakers von *Katyn* (2007).

Der Situation Polens im internationalen System wird im VI. Kapitel nachgegangen. *Kai-Olaf Lang* zeichnet Polens Weg in die EU nach: von den Schwerpunktfeldern des polnischen Engagements (Ost- und Nachbarschaftspolitik, aktiver Euroatlantizismus, abgestimmte gemeinsame Energiesicherheitspolitik, Befürwortung des Vertrags von Nizza) über die innenpolitischen Voraussetzungen für die Europapolitik (Pro- und antieuropäische Parteien und Lager, zum Beispiel PO vs. PiS und LPR) bis hin zur Rolle aktiver Gestaltung (Gemeinsame Ost- und Energiesicherheitspolitik als polnisches Desiderat) reicht die Darstellung, die den bezeichnenden Titel *Vom Störenfried zur Gestaltungsmacht* trägt.

Mit der polnischen Sicherheitspolitik setzt sich *Krzysztof Malinowski* auseinander. Betont wird die polnische Befürwortung der dominanten Rolle der USA als „europäischer Macht“ sowie der uneingeschränkte Primat der NATO. Hervorgehoben wird darüber hinaus die in Polen weit verbreitete Überzeugung, dass die Herausbildung einer europäischen Sicherheitsordnung und die Rekonstruktion der transatlantischen Gemeinschaft einander bedingen und dass eine Autonomie Europas als Gegengewicht zu den USA aus polnischer Sicht inakzeptabel ist.

Mit dem Verhältnis Polens zu seinen östlichen Nachbarn beschäftigen sich *Jacek Cichoński* und *Wojciech Konończuk*. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass es Polen gelungen sei, geordnete Beziehungen zu Belarus, Russland und der Ukraine aufzubauen. Betont werden auch die Fortschritte auf dem Weg zu einer ukrainisch-polnischen Aussöhnung sowie der Aufbau strategischer Beziehungen mit der Ukraine. Allerdings verfüge man nicht über das notwendige Potenzial, um die eigenen ostpolitischen Ziele – wie die Demokratisierung von Belarus oder den Ausgleich in den polnisch-russischen Beziehungen – zu erreichen. Insofern eröffne die EU-Mitgliedschaft der polnischen Ostpolitik neue Chancen.

Den deutsch-polnischen Beziehungen ist der abschließende Beitrag von *Dieter Bingen* und *Krzysztof Ruchniewicz* gewidmet. Die Autoren postulieren, dass die Polarität zwischen Deutschland und Polen nach 2004 in Anlehnung an das deutsch-französische Muster überwunden werden sollten. Ohne einen Ausgleich zwischen Warschau und Berlin werde die Weiterentwicklung der EU 27 nämlich scheitern. Insofern habe die Interessengemeinschaft Europa große Bedeutung und Vorrang.

Dieser ausführliche und gut redigierte Länderbericht Polen schließt in der Tat eine seit nunmehr über 15 Jahren bestehende Lücke. Positiv anzumerken ist überdies, dass sich so viele polnische Autorinnen und Autoren an seinem Zustandekommen beteiligt haben, so dass man mit Fug und Recht von einem sehr gelungenen deutsch-polnischen Gemeinschaftsprojekt sprechen darf. Insofern stellt dieses Werk gewiss einen kleinen, aber nicht unerheblichen Beitrag zur Rekonstruktion der vorläufig verloren gegangenen deutsch-polnisch-europäischen Interessengemeinschaft dar.

## Nachruf

Theo Mechtenberg

### In memoriam Marek Edelman (1922 – 2009)

Am 2. Oktober 2009 verstarb mit *Marek Edelman*, dem letzten der wenigen überlebenden Kämpfer des Warschauer Gettoaufstands, ein weiterer Zeitzeuge des Zweiten Weltkriegs. Seine Familie stammt aus der Nähe von Minsk, wo seine Mutter mit ansehen musste, wie ihre zwölf sozialrevolutionären Brüder in den Wirren der Oktoberrevolution von den Bolschewisten erschossen wurden. Dies dürfte die Eltern bewogen haben, in das nach dem Ersten Weltkrieg neu erstandene Polen überzusiedeln und sich in Warschau niederzulassen. Kurz darauf starb sein Vater, von dem ihm als einzige Erinnerung geblieben ist, einmal auf seinen Knien gesessen zu haben.

*Edelmans* Mutter war als Mitglied des 1897 im zaristischen Russland gegründeten jüdischen Bundes politisch aktiv. Doch auch sie verstarb früh. Mit ihrem Tod fand ihr Sohn im Bund eine Ersatzfamilie. *Marek Edelman* charakterisiert ihn wie folgt: „Die Bundisten warteten weder auf den Messias, noch hatten sie die Absicht, nach Palästina auszureisen. Sie sahen in Polen ihr Land und kämpften um ein sozialistisches, gerechtes Polen, in dem jede Nationalität – Polen, Juden, Ukrainer, Deutsche – kulturelle Autonomie haben sollten und die Rechte der Minderheit garantiert werden.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten umriss *Edelman* zugleich seine Lebensmaxime.

In den 1930er Jahren war *Marek Edelman* als Schüler seiner Gesinnung wegen mehrfach Schikanen ausgesetzt und machte unliebsame Bekanntschaft mit nationalistischen und antisemitischen Schlägertrupps. Bei Kriegsausbruch zählte er 17 Jahre und erlebte im besetzten Warschau die Anfänge der Judenverfolgung. Dabei wurde ihm die öffentliche Erniedrigung eines Juden zum Schlüsselerlebnis: Diesem wurde unter Verhöhnung von zwei Soldaten der Bart abgeschnitten. Und die Umstehenden, zumeist selbst Juden, belustigten sich noch an diesem Schauspiel. Doch der junge *Edelman* empfand diese Demütigung schlimmer als eine Züchtigung. „Bei diesem Anblick beschloss ich, nie und nimmer zuzulassen, dem Spott preisgegeben zu werden.“ (16)

Mit Beginn der systematischen Judenverfolgung wurde *Edelman* Mitarbeiter der vom Bund herausgegebenen Untergrundzeitschrift „Für eure und unsere Freiheit“. Im 1940 errichteten Getto setzte er seine illegale Tätigkeit fort. Mit „*Getto walczy*“ (Das Getto kämpft)<sup>2</sup> hat er nach dem Krieg seine, den Widerstand des Bundes betonende Sicht dokumentiert. Er selbst, einer der Anführer des Aufstands, stilisiert sich indes nicht zum Helden, wie ihm überhaupt der bewaffnete Kampf lediglich die letzte Konsequenz eines zivilen, auf die Wahrung menschlicher Würde zielenden Widerstands war. Und der erwies sich im Gettoalltag – in der schon übermenschlichen Mühe hungerschwacher Ärzte, im Schatten des Umschlagplatzes Leben zu retten; in der Anstrengung der täglich

<sup>1</sup> Rudi Assuntino; Włodek Goldkorn, Strażnik Marek Edelman opowiada (Der Wächter Marek Edelman erzählt). Kraków 1999, S. 17. Die Seitenangabe weiterer Zitate findet sich im Text.

<sup>2</sup> Ebd., S. 175-238.

vom Tod bedrohten Gettobewohner, ein halbwegs normales Leben zu führen; in der Beschaffung von Informationen über die ab 1941 nach Treblinka abgehenden Transporte, wo die Insassen nicht das propagierte Arbeitslager, sondern die Vergasung erwartete. *Edelman* vermerkt, dass diese über die Untergrundzeitschrift verbreiteten Informationen im Getto lange Zeit keinen Glauben fanden.

Richtschnur seines Handelns war nicht der Hass auf die Feinde, sondern die Solidarität mit den Schwachen und Bedrohten. So habe er einmal ein Mädchen aus den Fängen der jüdischen Polizei befreit, die gehalten gewesen sei, täglich eine bestimmte Anzahl von Juden beim Umschlagplatz abzuliefern, ansonsten seien sie selbst nach Treblinka verfrachtet worden.

Es sind diese Grenzsituationen, an die *Marek Edelman* erinnert und die er reflektiert. Die jüdische Polizei sei anfangs im Getto ein Ordnungsfaktor gewesen, wurde dann aber selbst Teil der Vernichtungsmaschinerie, war an den Razzien beteiligt und lieferte ihr tägliches Soll an Männern, Frauen und Kindern beim Umschlagplatz ab. Ohne selbst am Ende der Vergasung zu entgehen, seien manche zu Tätern geworden, nur um ihre ärmlichen Privilegien nicht zu verlieren und ihr Leben um eine kurze Zeitspanne zu verlängern. „Drei zusätzliche Monate, um noch die Sonne zu sehen, um die Hoffnung zu haben, sein Kind zu retten. [...] Für dieses nackte Leben ist der Mensch bereit, alles zu opfern, den anderen zu töten.“ (72)

Grenzsituationen zeigen aber auch, wozu der Mensch im Guten fähig ist. So berichtet *Edelman*, wie jemand, der drei Tage nichts zu essen bekommen hatte, unverhofft in den Besitz von zwanzig Kilo Brot gelangte. Er habe von seiner Beute nicht eine Krume für sich genommen, sondern sie mit einer Gruppe von sechzehn Widerstandskämpfern geteilt. Es sei, wie *Edelman* kommentiert, die im Bund eingeübte Solidarität, die solches Verhalten ermöglichte.

### **Dem Getto entkommen, doch neuen Gefahren ausgesetzt**

*Edelman* gelang es, sich mit dem Rest seiner Leute nach dreiwöchigen Kämpfen gegen die deutsche militärische Übermacht durch die Kanalisation auf die arische Seite zu retten. In Sicherheit war er damit noch nicht. Gefahr drohte von Schmarotzern, die Juden an die Gestapo verrieten. Gefahr drohte aber auch von rechtsextremistischen Gruppen der Heimatarmee (AK), denen so mancher Überlebende des Gettos zum Opfer fiel. Als sich *Edelmann* ein Jahr später dem Warschauer Aufstand anschließen wollte, geriet auch er in diese Gefahr. Bewaffnet, doch ohne Dokumente, wurde er von einem AK-Posten gestellt und absurderweise verdächtigt, als Jude für die Deutschen zu spionieren. Schon wollte man ihn an die Wand stellen, als er in letzter Minute auf Veranlassung des Kommandeurs der Erschießung entging. Durch diese Erfahrung belehrt, schloss er sich nicht der AK, sondern der kommunistischen Volksarmee (AL) an. Als einziger seiner Gruppe überlebte er auch diesen Aufstand. Dem deutschen Befehl, sich nach der Kapitulation Warschaus in Gefangenschaft zu begeben, kam er aus guten Gründen nicht nach. Er versteckte sich in den Ruinen der Stadt bis ihn seine künftige Frau, als Rote-Kreuz-Schwester getarnt, außerhalb von Warschau in Sicherheit brachte.

### Gegen den Zionismus

*Marek Edelman* blieb auch nach dem Krieg als Bundist ein entschiedener Gegner des Zionismus. Rückblickend beschuldigt er die zionistische Führung sogar, sich um die im Getto der Vernichtung preisgegebenen Juden nicht gekümmert zu haben. *„Damals ist es keinem in den Sinn gekommen, die zionistische Führung könne sich zur physischen Vernichtung von sechs Millionen Juden bewusst passiv verhalten. Niemand konnte damals an eine solche Ungeheuerlichkeit glauben, auch ich nicht. Wir dachten, sie sind einfach unfähig, einen Hilfskanal herzustellen. Doch dass sie, einfach so, die Juden in Stich lassen, weil ihnen an ihrem Schicksal nichts lag...“* (98)

Kaum war der Krieg vorbei, da tauchten bereits die ersten zionistischen Emissäre auf, um die Überlebenden des Holocaust zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen. Der erste Exodus polnischer Juden nahm seinen Anfang. Auch *Edelmans* Kampfgefährten und Freunde, Bundisten wie er, verließen das Land. Nicht aber er. *„Einer muss schließlich bei all jenen bleiben, die hier zugrunde gingen.“* (115) Trotz aller Erfahrung blieb für ihn weiterhin die Diaspora der Lebensraum der Juden. Äußerst kritisch beurteilt er daher die 1948 erfolgte Staatsgründung Israels. Ihr Gründungsmythos sei nicht der Holocaust gewesen, sondern der Pioniergeist der frühen zionistischen Einwanderer. Erst der *Eichmannprozess* im Jahr 1961 habe hier eine Wende in der israelischen Erinnerungskultur bewirkt. Durch sie sei ein neuer Mythos entstanden, der die Schande auslöschen sollte, dass sich die Juden wie Lämmer zur Schlachtbank haben führen lassen. Nun waren die Helden des Warschauer Gettosaufstands gefragt, vor allem die aus den Reihen der Zionisten, nicht aber die Kämpfer des Bundes. Diese würde in der Rangliste der Helden den letzten Platz einnehmen, obwohl der Bund die führende Kraft des Widerstands gewesen sei. *„Sie waren überflüssig – verloren hatte ihre antizionistische Idee, verloren hatten sie selbst. Weil sie umgekommen waren, weil es sie im Staat nicht gab, weil der einzige überlebende Anführer dieses allerwichtigsten Aufstands, der Bundist Marek Edelman, in der Verbannung geblieben war, im antisemitischen Polen.“*<sup>1</sup>

### Bleiben unter Schwierigkeiten

Nach dem Krieg studierte *Edelman* Medizin und ließ sich bis zu einem Tod in Lodz nieder. Er wurde ein international anerkannter Herzspezialist, der vielen das Leben gerettet hat, die von anderen Ärzten bereits aufgegeben worden waren. Sein ärztliches Ethos war von seiner Lebensmaxime bestimmt, sich immer und überall für die schwachen Glieder der Gesellschaft, und dazu zählen auch die Kranken, einzusetzen. Als 1999 in Polen die Ärzte streikten, reagierte er darauf mit äußerst scharfer Kritik: *„Es gibt keine Situation und keinen Grund, der einen Arzt berechtigen würde, einem Kranken die Hilfe zu verweigern. [...] In Sachen der Gesundheit und des menschlichen Lebens darf man sich nicht auf die Regeln des Marktes berufen. [...] Der Arzt hat kein Recht, seine Lebensverhältnisse auf Kosten fremder Gesundheit und fremden Lebens zu verbessern. [...] Wer das nicht akzeptiert – der möge mit Petersilie handeln.“* (274)

<sup>1</sup> Anka Grupińska: Bohater wybrany (Auserwählter Held). In: Tygodnik Powszechny, 19.03.2006.

Im März 1968 protestierten die Studenten gegen die geistige Unfreiheit. Ihre Wortführer waren z. T. jüdischer Herkunft. Partei- und Staatsführung reagierten mit einer „antizionistischen“, in Wahrheit antisemitischen, Kampagne. Juden wurden aus ihren Stellungen und Funktionen gedrängt. Auch der Antizionist *Edelman* erhielt Berufsverbot. Ihm wurde vom Pförtner der Zutritt zum Krankenhaus verwehrt. Die Unterdrückungsmaßnahmen hatten einen weiteren Exodus von Juden zur Folge. 13.000 verließen Polen, unter ihnen auch *Edelmans* Frau mit Sohn und Tochter. Er aber blieb. Als sich Mitte der 1970er Jahre die Opposition formierte, sah *Edelman* in ihr eine innere Verwandtschaft mit den Idealen des Bundes und trat ihr bei. Im Dezember 1981 wurde auch er nach Verhängung des Kriegsrechts verhaftet, doch nicht in eines der für Prominente eingerichteten Lager, sondern in ein gewöhnliches Gefängnis eingewiesen. Dort teilte er mit zwölf Häftlingen die Zelle. Die von ihm geforderte Erklärung, sich künftig jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, unterschrieb er nicht. Doch nach wenigen Tagen kam wer wieder frei, vermutlich auf Intervention von *Willy Brandt*. 1983 erhielt er von Präsident *Jaruzelski* höchstpersönlich eine Einladung zur Staatsfeier des 40. Jahrestages des Gettoaufstands. *Edelman* lehnte ab und begründete dies in einem in der Untergrundpresse veröffentlichten Brief mit den Worten: „Die Feier unseres Jahrestages hier, wo heute über dem gesamten gesellschaftlichen Leben Entwürdigung und Unfreiheit lasten, wo man Worte und Gesten völlig verfälscht, ist Verrat an unserem Kampf [...].“ (258) Daraufhin stellte man ihn unter Polizeiaufsicht, um seine Teilnahme an einer von der Opposition organisierten Gedenkfeier zu verhindern. Fünf Jahre später, schon in der Agonie des Systems, sprach er dann auf der unabhängigen Gedenkveranstaltung der *Solidarność* vor 10.000 Teilnehmern.

### Mahner in einer bedrohten Welt

Entgegen dem damals verbreiteten Enthusiasmus nach der europäischen Wende der Jahre 1989/90 betrachtete *Edelman* die weitere Entwicklung mit nüchterner Skepsis. So scheute er sich nicht, die Abschottung des reichen Westens vor dem Ansturm der Armen zu verurteilen: „Das Verlangen nach einem besseren Leben erschüttert die Mauern des Gettos der Reichen, und sie werden fallen.“ (247) Die westlichen Industriestaaten seien selbst von einer inneren Krise bedroht, „da niemand heute wisse, wie sich das Leben in der Ära des Internet gestalten wird und wie man sich zu der Tatsache verhalten soll, dass immer weniger Menschen zur Arbeit gebraucht werden.“ (137f.)

Aus eigener, schmerzlicher Lebenserfahrung wusste *Edelman* nur zu gut, dass es darauf ankommt, den Anfängen zu wehren. Zum *Holocaust* kam es schließlich nicht gleich zu Beginn nationalsozialistischer Herrschaft, sondern am Ende einer ganzen Kette sich von Fall zu Fall steigender antisemitischer Maßnahmen. So forderte er im Frühjahr 2006 nach judenfeindlichen Attacken des für seinen Antisemitismus bekannten Senders „Radio Maryja“ Regierungschef *Marcinkiewicz* und Parlamentspräsident *Jurek* auf, in dem von ihrer Partei *Recht und Gerechtigkeit* mit Vorliebe genutzten Sender nicht weiter aufzutreten. Der Weg von den Worten des Hasses zu verbrecherischen Taten sei kurz.

Als moralische Autorität wurde *Marek Edelman* auch international wahrgenommen. So hielt er auf der vom Europaparlament einberufenen Konferenz *1000 Tage Belagerung*

von Sarajewo eine viel beachtete Rede, in der er die demokratische Welt zur Intervention aufforderte: „Wenn man im 20. Jahrhundert, an der Schwelle zum dritten Jahrtausend dem Völkermord nicht Einhalt gebietet, dann wird sich die Politik des Völkermordens weiter ausbreiten.“ (249)

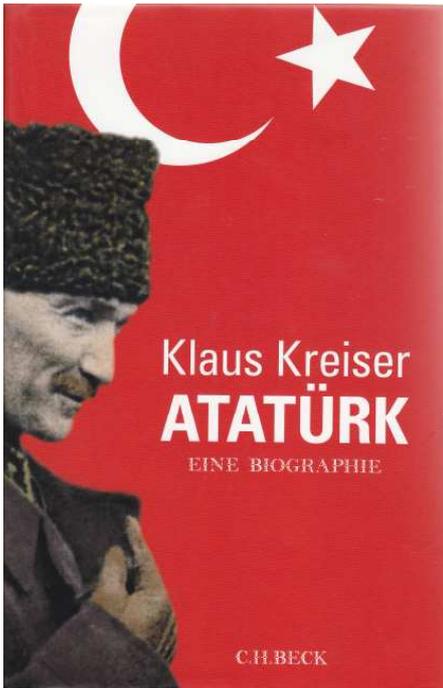
### **Und es gab Liebe im Getto**

Ein Jahr vor seinem Tod erschien ein Buch unter dem Titel „Und es gab Liebe im Getto“<sup>2</sup>, in dem Marek Edelman ein weiteres Mal sein Leben reflektiert und über das Warschauer Getto Auskunft gibt. Er wiederholt manches, was er bereits an anderer Stelle gesagt hat. Doch seine Aussagen haben einen neuen Akzent, der im Titel zum Ausdruck kommt: Bei all dem Grauen gab es im Getto auch Liebe. So berichtet er von einer Mutter, die von den Transporten freigestellt war und die Selbstmord beging, um ihrer Tochter die *Nummer des Lebens* zu hinterlassen. An anderer Stelle ist von einem Mädchen die Rede, das verzweifelt die zum Umschlagplatz getriebene Menge nach seiner Mutter absucht, sie schließlich findet und sich ihr anschließt, um sie nicht allein in den Tod gehen zu lassen. Es ist eine Liebe, die mehr ist als erotische Leidenschaft, wengleich Edelman auch diese als Protest gegen den Tod keineswegs gering schätzt; es ist eine Liebe rückhaltloser Hingabe um des anderen willen. Dass es so etwas im Getto gab, ist der Beweis eines Sieges über den dort herrschenden vernichtenden Hass.

*Und es gab Liebe im Getto* ist Edelmans letzte, aus seiner Lebenserfahrung gewonnene Botschaft. So fordert er denn vom Kindergarten bis zur Universität eine Erziehung zu einer Humanität, die dem Hass abschwört und zur Liebe verpflichtet.

<sup>2</sup> Marek Edelman: *I była miłość w getcie*. Marek Edelman im Gespräch mit Paula Sawiecka. Vorwort von Jacek Bocheński. Warschau 2008.

## Rezensionen

**Klaus Kreiser: Atatürk. Eine Biographie. Verlag C. H. Beck . München 2008, 334 S.**

Der Turkologe *Klaus Kreiser* hat mit dieser Biographie eine klaffende Lücke geschlossen. Immerhin handelt es sich bei diesem Buch um die erste deutschsprachige wissenschaftliche Biographie zu *der* zentralen Gestalt der modernen Türkei.

Die Arbeit, die auf einer breiten türkischsprachigen Quellenbasis fußt und mit zeittypischen Zitaten *Atatürks* sowie seiner prominenten Gefährten und Kommentatoren der Ereignisse gespickt ist, gliedert sich in zwölf Kapitel.

Ihnen vorangestellt ist eine Einführung unter dem Titel „Der Mann mit den vielen Namen“, die einen guten Einblick in die wechselnden Rollen und Funktionen dieses bedeutenden Militärs, Revolutionärs, Staatsmanns und Reformers gewährt. Allein die Tatsache, dass die Namen und Ränge des Protagonisten, also *Mustafa, Kemal, Gazi, Paşa, Atatürk*, über längere Zeit nebeneinander fortbestanden, verdeutlicht, dass man es mit einer schillernden, vielseitigen, außergewöhnlich begabten und willensstarken Führungspersönlichkeit mit einem unerhörten Potenzial an unterschiedlichsten Fähigkeiten zu tun hat. Dies begründete zweifelsohne die schon zu Lebzeiten Atatürks ungebrochene Legendenbildung und den Kult um seine Person.

*Kreiser* erzählt in chronologischer Ordnung über die Kindheit und Jugend *Kemals* in Makedonien (1881-1896) und wendet sich dann seiner militärischen Karriere in Istanbul zu (1896-1905), während der sich der junge Soldat unter dem Einfluss seiner national orientierten Kameraden zum jungtürkischen Verschwörer gegen den verhassten Sultan und gegen das reaktionäre System des sich im Zerfall befindlichen Osmanischen Reiches entwickelt. *Kreiser* schildert dann die Kämpfe und Kampagnen *Atatürks* (1905-1910), zunächst in Damaskus und Beirut, wo er bei der Niederwerfung der Drusen-Aufstände eingesetzt war.

Nach der jungtürkischen Revolution (1908) und der Niederschlagung der Konterrevolution (1909) wurde *Kemal* 1910 als Beobachter zu den französischen Herbstmanövern in die Picardie geschickt. In Frankreich hielt er sich nur zwei Wochen auf, danach schloss sich eine Privatreise mit seinen engsten Gefährten in die Schweiz, nach Belgien und Holland an. Damit hatte er einen ersten anschaulichen Einblick in die modernen europäischen Verhältnisse erhalten.

Bereits 1908 hatte man *Kemal* als jungtürkischen Propagandisten nach Tripolis entsandt, wo er die Stammesführer des osmanischen Afrika von den Vorzügen des neuen Regimes überzeugen sollte. Dem italienischen Angriff aus Tripolis und die Cirenaica im Jahre 1911 hatte das Osmanische Reich allerdings nur wenig entgegenzusetzen.

*Mustafa Kemal* meldete sich 1911 freiwillig für den Einsatz in Afrika, der sich aber von Beginn an als unlösbare Aufgabe darstellte. Im Frühjahr 1912 war die Aufgabe des

osmanischen Afrika nur noch eine Frage von wenigen Wochen. Die gleichzeitig stattfindenden Balkankriege hatten zum Ergebnis, dass sich die Pforte vom Balkan zurückziehen musste und dass es erstmalig zu einem Austausch von muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen kam.

Von November 1913 bis Januar 1915 hatte Kemal das Amt eines Militärattachés in Sofia inne. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs erhielt er erst im Januar 1915 ein militärisches Kommando, um das er inständig ersucht hatte. Er war maßgeblich an der erfolgreichen Verteidigung der Dardanellen beteiligt und wurde aufgrund seiner außergewöhnlichen militärischen Erfolge nach seiner Rückkehr in Istanbul hoch dekoriert.

In dieser Zeit äußerte er sich auch kritisch über die deutschen Intentionen und den deutschen militärischen Einfluss in der Türkei, indem er sich gegen die Notwendigkeit des damals propagierten türkisch-germanischen Bündnisses aussprach. Den Deutschen unterstellte er, dass es ihnen ausschließlich um die materielle und intellektuelle Ausbeutung der Türkei gehe.

Im Zusammenhang mit der türkischen Kriegsführung gegen Russland und dem russischen Vorstoß nach Süden stellte sich die armenische Frage immer dramatischer. Seitens der türkischen Behörden kam es zur Verhaftung armenischer Führungspersonlichkeiten in Istanbul und zu Massakern an armenischer Bevölkerung in Bitlis und Muş (Juni und Juli 1915). Ab 1. Juni 1915 setzte die offizielle Verfolgung der Armenier ein, armenische Bevölkerung wurde ohne Rücksicht auf Verluste in nordsyrische Steppenorte deportiert.

Mustafa Kemal erreicht in dieser Zeit mit gerade 35 Jahren seinen ersten Generalsrang und wird nun mit Paşa tituliert. Seine Truppen kämpfen gegen eine russisch-armenische Armee und nehmen zeitweilig die Städte Bitlis und Muş ein. Zur Verfolgung der Armenier äußert er sich nicht.

Im Dezember 1917 nimmt er an einem Staatsbesuch in Deutschland teil, wobei er den türkischen Thronfolger begleiten darf. Nach der Rückkehr aus Deutschland ist er im Krankenstand und tritt eine Kur in Karlsbad an. Hier bemüht er sich um eine Auffrischung seiner Deutschkenntnisse und spricht sich in seinem Tagebuch dezidiert für die Gleichstellung von Mann und Frau aus. (S. 126)

Nach dem englischen und arabischen Einmarsch in Syrien (Aleppo) beginnen Waffenstillstandsverhandlungen in Mudros, die zum Ergebnis haben, dass die zukünftige Türkei erhebliche territoriale Verluste hinnehmen muss und der türkischen Regierung nur eine zahlenmäßig kleine Truppe zur Verfügung steht, um die Ansprüche der Griechen und Armenier niederzuhalten. Den Griechen wird auf Betreiben der Pariser Friedenskonferenz erlaubt, in Izmir einzurücken, was Massaker islamischer Zivilbevölkerung zur Folge hat. Das Sultanat, als noch einflussreicher, aber ohnmächtiger Gegenspieler *Kemals* kommt den Alliierten entgegen, um das eigene Regime und die Dynastie zu erhalten.

Unterdessen erhält Mustafa Kemal die Aufgabe, im Schwarzmeergebiet ethnische Konflikte einzudämmen und landet am 19. Mai 1919 in Samsun. Überall finden seitens der muslimischen Bevölkerung Kundgebungen und Proteste gegen die griechische Okkupation statt. Kemal organisiert mit Hilfe des Telegraphen und tausender

Telegramme ein effizientes Widerstandsnetz, ohne dessen Unterstützung der anatolische Unabhängigkeitskrieg kaum vorstellbar gewesen wäre. (S. 140)

Im Juni 1919 wird auf telegraphischem Wege der nationale Kongress von Sivas angekündigt. Die Autoren des sog. Amasya-Zirkulars behaupten darin, die Regierung des Sultans vertreten, nicht ersetzen zu wollen. Auf dem Kongress in Erzurum wird sämtlichen Bestrebungen, eine griechische oder armenische Autonomie zu postulieren, eine entschiedene Abfuhr erteilt.

In einem privaten Gespräch spricht sich Kemal bereits Anfang Juli 1919 für die Republik, die Abschaffung von Schleier und Fes sowie die Einführung lateinischer Buchstaben aus.

Ab 1920 beginnt der Trennungsprozess Ankaras von Istanbul und am 23. April 1920 wird die Große Nationalversammlung der Türkei eröffnet. Die Türkei tritt damit ihr drittes parlamentarisches Regime an, mit einem ungeliebten, aber noch unumstrittenen Monarchen. In der Nationalversammlung (*Meclis*) sind die unterschiedlichsten, dem Islam verpflichteten Gruppen vertreten, von Gewissensfreiheit kann keine Rede sein. Das Sultanat in Istanbul versucht, das sich neu herausbildende Regime in Ankara zu behindern. Alle am nationalen Widerstand beteiligten Kräfte werden zu Ungläubigen erklärt, deren Tötung notwendig sei. Der Text dieses *Fetwas* wird in ganz Anatolien verteilt. Am 11. Mai 1920 verurteilt das Oberste Kriegsgericht in Istanbul *Mustafa Kemal* sowie seine engsten Gefährten zum Tode. Der Sultan bestätigt das Urteil am 24. Mai 1920.

Unterdessen rücken griechische Truppen mit alliierter Genehmigung in Anatolien ein und Bursa wird von ihnen eingenommen. Angesichts der Übermacht der Gegner wendet sich *Kemal* mit der Bitte um Waffenhilfe an *Lenin*, die er auch erhält.

Am 10. August 1920 wird zwar der Friedensvertrag von Sèvres unterzeichnet, allerdings von keinem türkischen Parlament ratifiziert. Vorgesehen war seitens der Siegermächte ein unabhängiges Armenien sowie eine zu einem späteren Zeitpunkt von der Türkei einzuräumende kurdische Unabhängigkeit. Während London zum Gewinner der Konferenz avancierte, wäre die Türkei nach dem Willen der Sieger auf das nördliche und westliche innere Anatolien reduziert worden. Allerdings wurde die griechische Offensive aufgehalten und am 30. 08. 1922 konnten die Türken einen großen Sieg über die griechischen Armeen feiern. Es schloss sich die Vertreibung griechischer Bevölkerung aus dem brennenden Izmir an.

Im September 1922 schlagen die Alliierten der durch ihre militärischen Erfolge gestärkten Türkei eine neue Friedenskonferenz vor, die schließlich in *Lausanne* stattfindet, und die bis heute in der Türkei als Synonym für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit steht. In Lausanne wurde festgelegt, dass es keine armenische Heimstatt geben würde; beschlossen wurde der Austausch der jeweiligen christlichen und muslimischen Minoritäten, wovon 1,35 Mio. Griechen und 434.000 Muslime betroffen waren; schließlich blieb auch die kurdische Autonomie auf der Strecke.

*Kreiser* charakterisiert in weiteren Abschnitten seiner Darstellung die neue Hauptstadt Ankara, den Wohnort des Präsidenten Çankaya und erläutert das Funktionieren der *Tafelrunde* sowie das *System Atatürk*, also den Umstand, dass sich der Präsident mit einer Schar treuer Mitkämpfer und *old boys* umgab, denen er vertrauen konnte und die

er auf entsprechenden Posten im Parlament und in der Regierung platzierte. Weitere Abschnitte sind der Kunstpolitik des Präsidenten und nach dem Anschlag vom 15. Juni 1926 den Prozessen von Izmir und Ankara sowie der *großen Ansprache* (Marathon-Verlesung des Tatenberichts- *Nutuk*) gewidmet. Erläutert werden die *kemalistischen Prinzipien*, die von der alleinherrschenden Volkspartei formuliert wurden und die in der Formel von den *sechs Pfeiler*“ ihren Ausdruck fanden: *Republikanismus, Nationalismus, Laizismus, Populismus, Etatismus, revolutionärer Reformismus*.

Ein weiteres Kapitel ist *Atatürk* als türkischem Kulturrevolutionär (1922-1925) gewidmet. Hier schildert *Kreiser* die Absetzung des Kalifats, die Auseinandersetzung mit den Bruderschaften sowie die Begleitumstände und den Ausgang des ersten großen Kurdenaufstands. Mit dem Entwurf eines Lehrbuchs für Staatsbürgerkunde, das für alle Schulen verpflichtend sein sollte, der *Zivilisierung* der Kleidung und der Einführung des Hutes (1925) beschäftigen sich weitere Abschnitte. Die vom Präsidenten vorangetriebene Modernisierung und Zivilisierung des Landes erwies sich auch im Hinblick auf das *Neue Recht* und die Lage der Frauen (1923-1935) von zentraler Bedeutung. Mit Hinweis auf die Schwäche der *Ulema* wurde in Ankara eine Kadenschmiede für republikanische Juristen errichtet, das Schweizer Zivilrecht und das italienische Strafrecht wurden übernommen und eingeführt.

Auf die Umstände der *Blitzheirat Kemals* mit der gebildeten und wohlhabenden *Latife* geht der Autor im Kontext mit der Frauenfrage ein. Das Frauenbild Mustafa Kemals blieb gespalten. Er pries Frauen als Ursprung des Lebens, schätzte sie als Verbündete im Unabhängigkeitskrieg und sah sie gerne als Organisatorinnen von Wohltätigkeitsveranstaltungen. Obschon er sich sehr früh für die Gleichberechtigung der Geschlechter ausgesprochen hatte, wurde das Gemeindewahlrecht den Frauen erst im April 1930 gewährt. Ab 1935 durften weibliche Abgeordnete auch in die Nationalversammlung einziehen, wobei ihr Anteil bis 1939 gerade mal 4,08 Prozent betrug.

Ein weiteres zentrales Kapitel beschäftigt sich mit dem *Oberlehrer Atatürk* (1928-1935), also mit der Alphabetisierung der Türkei und dem Übergang von der arabischen zur türkischen Schrift in lateinischen Lettern.

Im Mai 1928 wurde durch das Parlament eine von *Mustafa Kemal* bestimmte Sprachkommission eingesetzt. Offiziell begann die Buchstabenrevolution aber mit dem berühmten Auftritt *Mustafa Kemals* im *Gülhane-Park* von Istanbul im August 1928.

Darin kritisierte der *Gazi* einerseits, dass achtzig Prozent der Nation Analphabeten seien und hob andererseits hervor, dass die Nation in Zukunft mit ihrer Schrift und ihrem Verstand zeigen werde, dass sie Teil der gesamten zivilisierten Welt sei. (S. 269) In der Folge betätigte sich der Präsident ganz praktisch und konkret als Lehrer der neuen Schrift, wovon bis heute zahlreiche populäre Überlieferungen und Anekdoten zeugen. In den *Schulen der Nation* wurde die türkische Sprache vom Arabischen befreit und die Sprachreform institutionalisiert.

Gleichzeitig galt das verstärkte Interesse Kemals der biologischen Anthropologie, mir deren Hilfe er hoffte, die Frage nach dem Ursprung der anatolischen und zentralasiatischen bzw. europäischen Bevölkerung zu lösen und die Türken *entmongolisieren* zu können. *Kreiser* zeigt in diesem Kontext auf, dass es *Mustafa*

*Kemal* mit Hilfe ausländischer hilfsbereiter Wissenschaftler gelang, zur Formulierung bizarrer Theorieansätze zu gelangen (*Sonnensprachtheorie, Sumerologie*), die das Alter und die Funktion des Türkischen als Ursprungssprache belegen sollten.

Im letzten Kapitel schildert der Autor Krankheit und Tod des Präsidenten (1936-1938). Hier wird ausgeführt, dass der übermäßige Alkoholkonsum *Atatürks* bereits vor dem akuten Ausbruch der todbringenden Krankheit seine Wirkung zeigte. Im Januar 1938 erkrankte *Kemal* an einer Hypertrophie der Leber, die unheilbar war. Der *Gazi* verstarb am 10. November 1938 und wurde in Ankara unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, die angesichts des Verlusts der allseits verehrten Vaterfigur in kollektive Trauer verfiel, feierlich bestattet. In den folgenden Jahren errichtete man zu seinen Ehren einen riesigen Grabhügel, der erst 1953 vollendet werden konnte und das Stadtbild bis heute dominiert.

*Atatürk*, der kein politisches Testament hinterließ, ging als entschiedener Modernisierer des Landes in die Geschichte ein. Er regierte das Land autoritär, sprach sich aber gegen jedwede großtürkischen Ambitionen aus. Zwar blieb der demokratische Parlamentarismus für die *Große Nationalversammlung* reine Fassade, allerdings gehörte die Türkei in jener Epoche durchaus nicht zu den totalitären Diktaturen stalinistischer oder nationalsozialistischer Ausprägung.

Gleichwohl wurden Minderheiten – wie die Kurden – diskriminiert, und auch für das Leid der vertriebenen und ermordeten Armeiner gab und gibt es bis heute kaum Verständnis.

Allerdings kann man *Kreiser* durchaus zustimmen, wenn er resümierend feststellt, dass im Hinblick auf das *Atatürk*-Bild „die Brandhorizonte der Kriege zwischen 1912 und 1922 für zukünftige Archäologen weniger auffällig sein werden als die breite Kulturschicht der Jahre 1920 bis 1938“. (S. 302)

Diese leserfreundlich und spannend verfasste Biographie gibt Aufschluss über den ungewöhnlichen Lebensweg eines außergewöhnlichen Mannes und spiegelt gleichzeitig die inneren und äußeren Auseinandersetzungen um den Aufbau und die Entwicklung des modernen türkischen Nationalstaats wider.

Aufgrund der differenzierten und dichten Schilderung der Geschehnisse und Entwicklungen erweist sich der Anhang des Buches als unverzichtbares Hilfsmittel. Dies gilt sowohl für die instruktive Übersichtskarte des Osmanischen Reiches als auch für die Zeittafel, die immer wieder konsultiert werden musste, um den chronologisch geordneten Ereignisfaden aufgrund der Gleichzeitigkeit wichtiger Ereignisse nicht vollends zu verlieren. Aufschlussreich sind auch die Ausführungen *Kreisers* über die verwendeten Quellen und die Sachliteratur sowie die zahlreichen aussagekräftigen Abbildungen und Fotografien, die die Lektüre erheblich veranschaulichen und zu kontemplativen Leseпаusen einladen. Als sehr hilfreich erweist sich auch das Personen- und geographische Register, allein schon aufgrund der sich verändernden Namensformen der involvierten Protagonisten und Orte. Kurzum: eine ausgezeichnete historische Einführung, um die Verhältnisse in der heutigen Türkei und die Aspirationen der türkischen Nation besser zu verstehen.

ZW

**Darina Chovianková: „Ich war dort, also, ich weiß, dass dort alles geordnet ist...“ Deutschland und Deutsche in der Wahrnehmung von slowakischen Schülern. Shaker Verlag. Aachen 2008, 246 S.**

Die vorliegende Publikation ist die Dissertation der Autorin und entstand im Rahmen des internationalen Promotionsstudiengangs Erziehungswissenschaften und Psychologie an der Universität Siegen.

Ziel der Untersuchung ist es, auf differenzierte Weise deutsche und slowakische Identität zu reflektieren, vorurteilsbehaftetes und stereotypes Denken zu analysieren und einzuhegen, um interkulturelle Kommunikation zu fördern. Ferner können die Forschungsergebnisse sicherlich als wichtige Informationsquelle für die slowakische Jugendforschung, die interkulturelle Bildung sowie die Didaktik des Deutschunterrichts betrachtet werden.

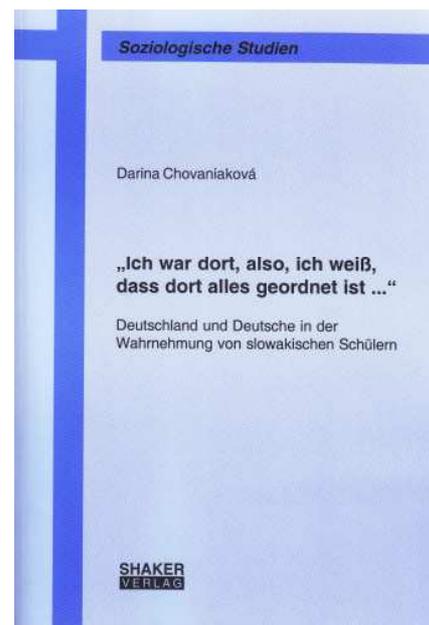
Neben einem umfangreichen Literaturverzeichnis und einem Anhang, in dem die analysierten Lehrpläne und Lehrbücher, die Auswahl und die Charakteristika der Interviewten sowie der verwendete Fragebogen abgebildet werden, besteht die Arbeit aus sechs Kapiteln, wovon sich die ersten drei mit dem Begriff des Deutschlandbildes und den unterschiedlichen Dimensionen von Deutschlandbildern befassen.

Im ersten Kapitel wird der Begriff Deutschlandbild definitorisch abgehandelt und über entsprechende Klischees und Vorurteile berichtet. Darüber hinaus rekonstruiert die Autorin die Genese des Deutschlandbildes, also dessen Entwicklung und Ausprägung.

Im zweiten Kapitel erfolgt eine Erweiterung dieser Thematik, indem sehr viel konkreter und empirisch untermauert auf Deutschlandbilder in Europa und in der Slowakei Bezug genommen wird. Unterkapitel sind hier der *fortschrittliche*, der *kriegssüchtige*, der *gut* und der *böse* Deutsche, schließlich auch der Deutsche als *Nachbar und Partner*.

Die im Deutschunterricht in der Slowakei entworfenen und vermittelten Deutschlandbilder werden im dritten Kapitel behandelt. In ihm werden diesbezügliche Lehrpläne, Lehrwerke sowie die Lernenden selbst hinsichtlich ihrer Deutschlandkompetenz vorgestellt. Neben Aspekten der interkulturellen Kompetenz und des interkulturellen Lernens geht es hierbei auch um die Problematik unterschiedlicher Motivationslagen bei den Lernenden: extrinsisch und intrinsisch sowie instrumentell und integrativ.

Das vierte Kapitel beinhaltet die quantitative Forschung, die zwischen Januar und Februar 2006 an vierzehn slowakischen Schulen mit insgesamt 540 Befragten und in drei slowakischen Städten (Zilina, Trnava, Poprad) durchgeführt wurde. Hier kommt die Autorin unter anderem zum Ergebnis, dass sich die negativen Wertungen auf die affektive, die positiven Wertungen hingegen auf die kognitive Ebene der Befragten beziehen. Bei den Assoziationen mit dem Wort Deutschland fallen noch immer die meisten Vorstellungen der befragten Schüler/innen mit der Kategorie *Zwei Weltkriege und Nationalsozialismus* zusammen. Im Hinblick auf bestehende Klischees wird



Deutschland von den meisten Schüler/innen als *progressives* und *hochentwickeltes* Land betrachtet. Hinsichtlich der Stereotype werden die Deutschen einerseits als *lärmend* und *aggressiv*, andererseits als *selbstbewusst* und *lustig* wahrgenommen. Die Emotionen gegenüber Deutschland sind zumeist negativ besetzt und bezüglich der Sympathien rangieren die Deutschen bei den slowakischen Befragten ebenfalls weit hinten. So verwundert es kaum, dass bei dem Erlernen der deutschen Sprache extrinsische und instrumentelle Motivationen zu dominieren scheinen.

An der qualitativen Umfrage, deren Ergebnisse im fünften Kapitel wieder gegeben werden, beteiligten sich 38 Interviewte, die durch ein theoretical sampling ausgewählt und mit Hilfe teilstandardisierter Interviews befragt wurden.

Auch hier begegnen wir den Klischees *hoch entwickelt* und *fortschrittlich*, was auf den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt Deutschland nach 1945 zurückzuführen ist, allerdings auch dem Klischee *kriegssüchtig*, wobei die militaristische Vergangenheit Deutschlands einen Schlüsselaspekt darstellt.

Hinsichtlich der Stereotype haben wir einerseits das positive Stereotyp des *freundlichen, kommunikativen* Deutschen zu verzeichnen, andererseits gibt es das Bild vom *überheblichen* Deutschen, etwa als Urlauber oder Berater.

Deutschland wird bei den Befragten als touristisch attraktives Land wahrgenommen, die meisten Befragten, die Kennenlern-, Erholungs- sowie Sprach- und Studiengründe für ihre beabsichtigten Deutschlandreisen angeben, kennen Deutschland nicht aus persönlicher Anschauung, sondern nur vom Hörensagen. Aus den oben genannten drei Aspekten von Deutschlandbildern rekonstruiert die Autorin drei Zusammenhänge:

positive Klischees schließen nicht das Vorhandensein von negativen Stereotypen aus;

negative Klischees kommen mit negativen Stereotypen vor, aber nicht umgekehrt;

positive Reiseinteressen treten mit positiven oder negativen Klischees und Stereotypen auf. (S. 182)

In ihrem „Ausblick“ kommt *Chovianková* zum Ergebnis, dass einige Jugendliche dazu tendieren, vorschnelle und oberflächliche Urteile zu entwickeln (Kriegsgeschichte!). Dies stelle ein Hindernis für gute internationale Kontakte und interkulturelles Zusammenleben dar. Deshalb müsse nach Verfahren und Instrumenten gefragt werden, slowakischen Jugendlichen die deutsche Kultur *realer* näher zu bringen.

Im Geschichtsunterricht slowakischer Schulen sollte vermittelt werden, dass das Klischee über das *kriegslüsterne* Deutschland nicht zum zeitgenössischen Deutschland und zur gegenwärtigen Generation der Deutschen passe. Auch im slowakischen Fernsehen werde in Kriegsfilmern sehr häufig das Bild des *aggressiven* Deutschen propagiert. Heimische Sender sollten deshalb auch Einblicke in andere, aktuellere Deutschlandkontexte geben. Größte Bedeutung habe der Deutschunterricht, der gewöhnlich einen positiven Einfluss auf das Deutschlandbild ausübe. Wie aus den Antworten der Befragten hervorgeht, wirken sich allerdings wenig engagierte Deutschlehrer/innen sowie eine extrinsische Motivation, bei der die Schüler/innen zum Deutschunterricht gezwungen werden, negativ aus. In den Interviews wird darüber hinaus angeregt, dass man sich im Unterricht intensiver mit der Alltagskultur und dem

Lebensstil deutscher Gleichaltriger befassen sollte, und dass Deutschlandaufenthalte erwünscht wären.

Sicherlich besteht die innovative Bedeutung dieser Untersuchung darin, dass hier zum ersten Mal explorativ vorgestellt wird, wie slowakische Jugendliche Deutschland und die Deutschen sehen und bewerten. Allerdings muss man der Autorin beipflichten, wenn sie hervorhebt, dass noch zahlreiche Fragen offen bleiben, die zukünftig ausführlich geklärt werden sollten.

ZW

**Sven Bernhard Gareis, Gunter Gauger (Hg.):  
Internationaler Schutz der Menschenrechte. Stand und  
Perspektiven im 21. Jahrhundert. Verlag Barbara Budrich.  
Opladen & Farmington Hills 2009, 230 S.**

Die vorliegende Publikation stellt das veröffentlichte Ergebnis einer von der *Katholischen Akademie/Bonifatiushaus in Fulda* anlässlich des 60. Jubiläums der Verkündung der Menschenrechte durchgeführten Fachtagung dar, an der ausgewiesene Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft teilnahmen. Nach den Vorstellungen der beiden Herausgeber soll das Buch Anstöße zu einer vertiefenden Debatte über die Menschenrechte und ihren Schutz geben. Der leserfreundlich gestaltete Band besteht außer dem Anhang, in dem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie das Verzeichnis der Autorinnen und Autoren abgedruckt ist, aus zwölf Kapiteln, in denen interdisziplinär auf sehr unterschiedliche Themen eingegangen wird.

So beschäftigt sich *Gunter Gauger*, der Direktor der *Katholischen Akademie in Fulda* mit dem Menschenrechtsschutz als Bildungsaufgabe, wobei er besonders auf die oben erwähnte Fachtagung abhebt, die unter dem Titel *Quo vadis Menschenrechte* im September 2008 in eben dieser *Katholischen Akademie in Fulda* stattfand. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass angesichts allfälliger Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt nicht nur die dazu geschaffenen und berufenen staatlichen und kirchlichen Institutionen sowie diverse NGO gefordert seien, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, sondern dass dies die Aufgabe jedes einzelnen Menschen bleibe.

Der Politikwissenschaftler *Sven Bernhard Gareis* blickt auf sechzig Jahre *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* zurück und konstatiert, dass es im Bereich der gesetzlichen Standards und des kodifizierten Normenstandes im Laufe der Jahre große Fortschritte gegeben habe. Allerdings existiere nach wie vor kein global akzeptiertes Verständnis vom Menschen und seinen Rechten. Hierzu müssten die geschlossenen internationalen Verträge, Pakte und Konventionen auch zukünftig stärker mit Leben erfüllt werden. Der Schlüssel für einen effektiven Menschenrechtsschutz liege bei den Regierungen und Gesellschaften, die dafür Sorge tragen müssten, dass die Menschenrechte angesichts divergierender Interessen und konfliktträchtiger Machtansprüche nicht immer an letzter Stelle stünden. (S. 38)



Mit dem „weiten Feld“ der Menschenrechte und der internationalen Politik befasst sich der Vorsitzende des Nürnberger Menschenrechtszentrums *Michael Krenerich*. Der Autor behandelt das Problem des Gültigkeitsanspruchs der Menschenrechte für alle Menschen, das zentrale – immer wieder auftauchende – Dilemma der Normenumsetzung, die Bedeutung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte wie Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Wasser und Bildung sowie das kontroverse Thema der Anerkennung „exterritorialer Staatenpflichten“. Er fordert dazu auf, die sozialen Menschenrechte ernster zu nehmen und „exterritoriale Staatenpflichten“ anzuerkennen. *Krenerich* ist sich angesichts aktueller und zukünftiger Weltprobleme allerdings bewusst, dass menschenrechtliche Fortschritte auf weitere Sicht nur mit menschlichem Leid „erkauft“ werden können.

*Ruth Weinzierl* vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin analysiert in ihrem Beitrag den Menschenrechtsschutz in der Europäischen Union. Die Autorin erläutert die grundsätzlichen Probleme, die sich aus dem Umstand ergeben, dass der Grundrechtsschutz in Europa sowie die Verteilung der Verantwortung auf drei verschiedenen Ebenen (Europarat, Europäische Union, Nationale Ebene) funktioniert. Gewährleistet wird der Schutz der Grundrechte durch den europäischen und nationalen Gesetzgeber sowie durch Gerichte, die auf den einzelnen Ebenen, aber auch darüber angesiedelt sind. Aufgrund dieser Komplexität bleibe häufig unklar, wie sich die Verantwortung zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten verteile. Angesichts des Tempos der europäischen Integration fordert *Weinzierl*, dass alle relevanten Akteure auf den drei Ebenen des Menschenrechtsschutzes in Europa aktiv(er) sein müssen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. (S. 79)

Mit dem Nutzen oder Schaden des Menschenrechtsschutzes durch Internationale Strafgerichte setzt sich *Patricia Schneider* vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg auseinander. Die zunehmende Verrechtlichung der internationalen Beziehungen finde in der wachsenden Institutionalisierung internationaler Gerichtsbarkeit ihren Ausdruck. Positiv hervorzuheben sei die Arbeit des *Internationalen Gerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)*, des *Internationalen Gerichtshofs für Ruanda (ICTR)* sowie des *Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (ICC)*. Andererseits könnten sich die Aktivitäten internationaler Strafgerichte aber auch destabilisierend auf Friedenkonsolidierungsprozesse auswirken, was im Widerspruch zum Menschenrecht auf Entwicklung und dem Recht auf politische Stabilität stehe. Eine Kosten-Nutzen-Analyse könne deshalb nur aus der jeweils konkreten Situation bei adäquater Risikobewertung abgeleitet werden.

Auf den Menschenrechtsschutz durch die Vereinten Nationen, auf Erfolge, Defizite und Chancen dieser weltumspannenden Organisation mit einem universalen Anspruch geht die Generalsekretärin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Berlin, *Beate Wagner*, ein. Sechzig Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert die Autorin drei übergreifende Thesen. *Wagner* stellt erstens für das Jahr 2008 fest, dass die Kodifizierung der Menschenrechte weit fortgeschritten sei. Allerdings stelle deren Implementierung weiterhin die größte Herausforderung dar. Sie kommt zweitens zum Ergebnis, dass sich die Dichotomie zwischen staatlicher Souveränität und Menschenrechten allmählich abschwäche, weil der einzelne Mensch

zunehmend jenseits des Staates zum Rechtsträger werde. Trotz aller Fortschritte betont die Autorin aber drittens, dass die Menschenrechtsbewegung weiterhin die Schlüsselrolle spiele. (S. 122)

Der Rolle von NGO im internationalen Menschenrechtsschutz geht die Generalsekretärin der deutschen Sektion von *amnesty international* (ai) in Berlin, *Barbara Lochbihler*, nach. Die Autorin zeichnet in ihrem Beitrag die Entstehung und Genese von NGO nach, charakterisiert ihre Aufgaben (Problem – Ziel – Politisierung), geht auf die weltweite Vernetzung und Arbeitsteilung ein und fordert, dass es beim Menschenrechtsschutz keine Kompromisse geben dürfe. Als ersten großen Erfolg der Kampagnen-Arbeit von ai hebt sie die Verabschiedung der Anti-Folter Konvention der UN aus dem Jahre 1984 hervor. Allerdings müsse die Arbeit auch zukünftig energisch fortgesetzt werden, denn für viele Menschen bleibe die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte weiterhin ein uneingelöstes Versprechen. (S. 139)

Der Politologe *Johannes Varwick* setzt sich mit der kontrovers diskutierten Frage auseinander, ob man für die Menschenrechte kämpfen dürfe? Dabei geht er zunächst von einem entterritorialisierten und mehrdimensionalen Sicherheitsbegriff aus, der sich nicht mehr alleine auf den Militäreinsatz beschränken könne. Die Debatte um die humanitäre Intervention stehe im Zusammenhang mit der Lehre von einem gerechten Krieg und relativiere den Souveränitätsgrundsatz des Staates. Die Frage nach einem gerechtfertigten oder ungerechtfertigten selbstmandatierten NATO-Einsatz lege die Kollision zwischen Legitimität und Legalität einer solchen Aktion offen. Ferner diskutiert *Varwick* die Debatte um die sog. *Schutzverantwortung* (*Responsibility to Protect*), in deren Mittelpunkt der sog. „gerechte Grund“ stehe. Schließlich beleuchtet der Autor das machtpolitische Missbrauchspotenzial humanitärer Interventionen und hebt hervor, dass es keine Methode gebe, machtpolitische oder humanitäre Motive bei Akteuren, die zu einer Intervention bereit sind, eindeutig zu trennen.

Der Vorsitzende der Muslimischen Akademie in Deutschland (Berlin), *Hamideh Mohaghegi*, setzt sich mit der Thematik Menschenrecht und Islam auseinander. Erläutert werden grundsätzliche, für den Islam ausschlaggebende Begriffe wie *din* (Religion als Lebensform), *zakat* (Pflichtabgabe) und *haqq*, wobei dieser zentrale Begriff zwei Bedeutungen hat: im theologischen Sinne meint er Wahrheit, im juristischen Sinne Recht. Der Autor gibt zu bedenken, dass die Mehrheit der Muslime den Koran als göttliches „Gesetzbuch“ mit ewig gültigen Regeln versteht. Und da nur Gott der legitime „Gesetzgeber“ sei, könne das dazu führen, dass die von Menschen erlassenen Gesetze nicht die notwendige Akzeptanz finden. Allerdings hebt *Mohaghegi* auch hervor, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht im Widerspruch zu den islamischen Grundprinzipien stehe. Dies schließe auch die Gleichstellung von Mann und Frau ein sowie die grundsätzliche Gleichwertigkeit des Menschen, die im Koran garantiert werde. Freilich gebe es im Hinblick auf Religionsfreiheit und die Androhung, Apostaten zu töten, ambivalente Aussagen. Wenn einige sog. „islamische Staaten“ den Glaubenswechsel als Straftat deklarieren, so sei dies ein eindeutiger Verstoß gegen die Menschenrechte. Offen bleibe insgesamt betrachtet die Frage, ob aufgrund kultureller und religiöser Besonderheiten die Menschenrechte unterschiedlich interpretiert werden

könnten. Allerdings betont der Autor abschließend, dass die Menschenrechte nicht teilbar sind und nicht instrumentalisiert werden dürfen.

Der Philosoph *Walter Schweidler* geht der Frage nach, ob sich aus „asiatischen Werten“ auch „asiatische Menschenrechte“ ableiten lassen. Dabei konzediert der Autor in einem ersten Schritt die Irrelevanz von Werten (Wertewandel!) und bietet als „zweitbeste Lösung“ die Herrschaft der Gesetze an. Eine zweite wichtige Voraussetzung bei der Behandlung der Menschenrechtsproblematik besteht für ihn darin, dass sich das Gesetz immer als Negation von Unrecht, nicht als Schöpfung von Recht erzeuge. Zwar stellt der Autor im Zusammenhang mit der an das Naturrecht gekoppelten Menschenrechtsdiskussion fest, dass es eine der westlichen vergleichbare Tradition der Konzeption eines Naturrechts in den asiatischen Kulturen nicht gegeben habe, er betont aber auch, dass es rechtlich nicht zu fassende kulturelle Ausgangspunkte und Hintergründe des Rechts gebe, was auch impliziere, dass in Asien der formalen Gewährleistung der Menschenrechte und ihrer Einforderung nicht die ausschließliche Rolle zugewiesen werde, wie dies für die westlichen Gerechtigkeitskonzepte gelte. (S. 187) So betrachtet gibt es eben keine besonderen „asiatischen Menschenrechte“, die sich aus „asiatischen Werten“ ableiten ließen.

Der Moralthologe *Peter Schallenberg* beschäftigt sich mit der Frage, was das Christentum zum Begriff von Menschenwürde und Menschenrechten beigetragen habe. Ausgangspunkt seiner Darstellung ist die Renaissance und die Entdeckung des Einzelnen, die die Vorstellung von einem neuen Individuum hervorbringt. Hieran gekoppelt ist die „neue Erkenntnis“ als Vorrang des Ichs vor den Sachen und die „neue Menschenwürde“, die aus der unvergleichbaren Freiheit des Menschen abgeleitet wird. Das „neue Menschenrecht“ wird aus der Betonung des konkreten Individuums, das Menschenrecht aus der Wesensnatur des Menschen erklärt, aus seiner Autonomie und individuellen Würde. Diesen Entwicklungen folgte die katholische Kirche bekanntlich nur sehr zögerlich. Erst Papst Johannes XXIII erklärt in seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (1963) die Menschenrechte zum Wesensbestandteil der katholischen Soziallehre. *Schallenberg* kommt zum Ergebnis, dass Menschenwürde als Personenwürde immer ein metaphysischer Begriff bleibe, der nicht zu einem Begriff der Natur reduziert werden könne.

In dem den Band abschließenden Beitrag erörtert die ehemalige Bundesjustizministerin *Herta Däubler-Gmelin* die weitere Entwicklung der Menschenrechte und erläutert den Stand und die Perspektiven des internationalen Menschenrechtsschutzes. Dabei behandelt die Autorin ganz konkret Dilemmata des Menschenrechtsschutzes in der Bundesrepublik, in den USA und in China, zeigt allfällige Unterschiede auf, beleuchtet die Rolle der zahlreichen Gremien, die sich auf internationaler Ebene mit dem Menschenrechtsschutz befassen, spricht sich dezidiert gegen die bisherige Aufspaltung von Freiheits- und sozialen Menschenrechten in unterschiedlichen Konventionen (Menschenrechtspakete!) aus und betont, dass ihr insbesondere die Unterstützung des ständigen internationalen Staatsgerichtshofs am Herzen liege.

Ihre abschließenden Ausführungen könnten als Motto für den hier vorliegenden Sammelband stehen und dürften auch die Auffassung aller beteiligter Autorinnen und Autoren widerspiegeln: „Menschenrechtsschutz ist anstrengend, aber er lohnt sich. Es

ist ja so viel erreicht worden. Aber, wir sehen auch, dass noch sehr viel zu tun bleibt und dass wir hier in Deutschland keinen Grund haben, den erhobenen Zeigefinger zum wichtigsten Körperteil zu machen.“ (S. 223)

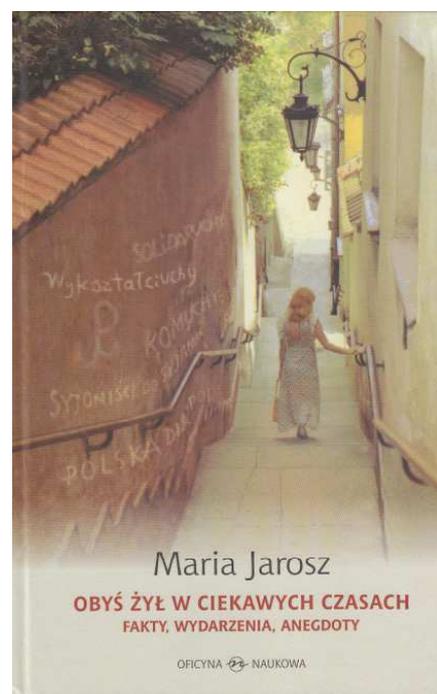
ZW

## **Maria Jarosz: Obyś żył w ciekawych czasach. Fakty, wydarzenia, anegdoty. Oficyna Naukowa. Warszawa 2009, 251 S.**

Das vorliegende Buch der bekannten polnischen Soziologin *Maria Jarosz*, das den Titel “Mögest du in interessanten Zeiten leben. Tatsachen, Ereignisse, Anekdoten“ trägt, ist 2009 bei dem renommierten Verlag *Oficyna Naukowa* in Warschau erschienen. Es hat einen autobiographischen Charakter, auch wenn es keine chronologisch aufgebaute Autobiographie darstellt. Vielmehr bemüht sich die Soziologin - aus der Perspektive teilnehmender Beobachtung schreibend - ein Stück europäischer Wissenschafts- und Politikgeschichte zu rekonstruieren, das die ereignisreiche und dramatische Zeitspanne von der Zwischenkriegszeit über die nationalsozialistische Besetzung Polens, die kommunistische Nachkriegsordnung bis hin zu der Wendezeit von 1989 und die Entwicklung danach erfasst.

Fürwahr interessante, aber auch riskante und geradezu tragische Zeiten, zumal für jemanden, der als polnisches Kind mit jüdischen Wurzeln eigentlich dazu vorgesehen war, von den deutschen Nationalsozialisten vernichtet zu werden. Diesen durch Gewalt und Entmenschlichung gekennzeichneten Zeiten sind dementsprechend die ersten knapp fünfzig Seiten des Buches gewidmet, in denen *Jarosz* die Verhältnisse im *Lodzer* und später *Warschauer Ghetto* sowie ihre Flucht in den arischen Teil der Stadt schildert und auf die gravierenden Unterschiede in beiden Vernichtungsstätten der Nazis eingeht, von Denunzianten und Erpressern (*szmalcownicy*), aber auch von Helden zu berichten weiß, die bereit waren, ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen, um verfolgten Juden zu helfen. Sehr deutlich hebt die Autorin am Ende dieses Abschnitts hervor, dass die bei der Befreiung durch die Rote Armee empfundene Dankbarkeit gegenüber den sowjetischen Soldaten grenzenlos war. Erst später habe sich im Hinblick auf die faktische Besetzung Polens durch die UdSSR und die Durchdringung des Landes mit einer fremden Ideologie beklemmende Ernüchterung eingestellt.

An diesen ersten Teil schließen sich etliche kürzere Kapitel an, in denen die Autorin über die Entwicklung ihres privaten Lebens und ihren wissenschaftlichen Werdegang in der Volksrepublik Polen berichtet. Sie schildert, wie und warum sie sich für ein Verbleiben in der VR Polen entschied, obschon sie die Möglichkeit gehabt hätte, im Rahmen einer Familienzusammenführung Ende der 1940er Jahre zusammen mit ihren Eltern nach Frankreich auszuwandern. Ihr Studium in Polen vollzieht sich im tiefsten Stalinismus, wobei sich *Jarosz* im Laufe der Jahre zur intellektuellen Oppositionellen



entwickelt, ohne allerdings der eigentlichen politischen Opposition anzugehören. Zu ihren bedeutenden akademischen Lehrern gehörten in jener Zeit der Logiker *Tadeusz Kotarbiński* sowie der damals noch entschiedene Marxist *Leszek Kotakowski*, zu ihren Studienkollegen der mittlerweile bekannte, seit Jahrzehnten im Westen lehrende Soziologe *Zygmunt Bauman*.

Einen gravierenden Einschnitt in der Entwicklung des Landes stellten naturgemäß die Ereignisse von 1956 mit der Liberalisierung des politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens dar, zumal sich die polnische Soziologie nun etwas freier weiter entwickeln konnte. Die Autorin hatte die Möglichkeit, zu dem damals besonders akuten Thema der Arbeiterselbstverwaltung in Polen soziologische Untersuchungen durchführen zu können, und befand sich damit inmitten der Revolte des Jahres 1956.

Der Arbeiterselbstverwaltung galt in den 1960er Jahren weiterhin ihre Aufmerksamkeit, zumal sie ihre Untersuchungen in Jugoslawien durchführen konnte, und dieses blockfreie Land damals *das* Muster für die Arbeiterselbstverwaltung darstellte. Dieses Kapitel ist mit Anekdotischem aus der Biographie *Jaroszs* gespickt und hebt ebenfalls auf auffällige Unterschiede im Hinblick auf Verhaltensweisen und Usancen ab, die in Polen sowie in Kroatien und Serbien verpflichtend waren.

Ein düsteres Kapitel stellt die Erinnerung an das Jahr 1968 dar, in dem laut *Jarosz* ein „Ausschluss aus dem Volk“ erfolgte. Die Märzereignisse des Jahres 1968, die zu einer antisemitischen Hetze und zur Emigration tausender polnischer Intellektueller jüdischer Abstammung führten, brachten ab 1969 auch für *Jarosz* weitreichende Konsequenzen. Die Autorin ist zeitweise arbeitslos, muss wechselnde Arbeitsplätze akzeptieren und mehrere Entlassungen hinnehmen. In einer Zeit tiefster Depression zerbricht auch die Ehe mit ihrem zweiten Ehemann, nachdem ihre erste Ehe, aus der ihr Sohn hervorging, schon sehr bald gescheitert war. Schließlich findet *Jarosz* eine Anstellung beim Hauptamt für Statistik (GUS), wo sie angesichts geplanter Veröffentlichungsvorhaben die ersten einschneidenden Erfahrungen mit der Zensur macht, zum Beispiel im Zusammenhang mit einer Untersuchung über das sensible Thema der Desorganisierung von Familie und Gesellschaft. Nach immer wieder wechselnden Wirkungsstätten habilitiert die Protagonistin schließlich im Jahre 1978 am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Hieran schließt sich eine vierjährige Tätigkeit am *Institut für die Problematik der Kriminalität* an. Gerade in dieser Zeit setzt auch die stürmische Entwicklung der *Solidarność* ein. Die Einführung des Kriegsrechts wird als großes nationales Unglück empfunden, die Autorin schildert aus eigenem Erleben einige brutale Einsätze der Ordnungskräfte. Während des Kriegsrechts heiratet *Jarosz* zum dritten Mal und beschäftigt sich als Soziologin intensiv mit den gesellschaftlichen Implikationen von Selbstmorden.

Die sich anschließenden Kapitel sind den inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen soziologischer Forschungen in der III. Republik Polen gewidmet. *Jarosz*, deren nunmehr regelmäßig erscheinenden Bücher sich mit den (negativen) Konsequenzen der Transformation in Polen beschäftigen, stoßen nicht nur in Polen, sondern auch im Ausland auf fachliche Anerkennung. Ein nicht geringer Teil

ihres wissenschaftlichen Oeuvres wird in mehrere europäische Sprachen übersetzt. Wiederkehrende Themen sind die weit verbreitete Korruption in Polen und anderswo sowie Probleme der gesellschaftlichen Desorganisation. Dass *Jarosz* mit ihren Untersuchungen im freien Polen bald das Feld der Politikberatung betrat, verdeutlichen die in diesem Abschnitt abgedruckten Photographien, die die Autorin zusammen mit Vertretern der polnischen Politik- und Wirtschaftseliten zeigen.

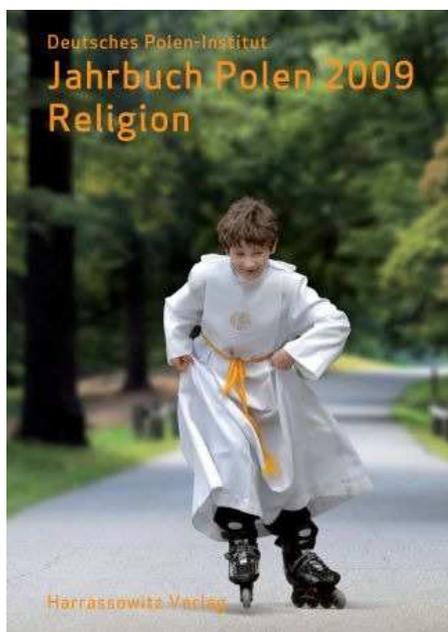
Weitere kurze Kapitel sind den zahlreichen Auslandsaufenthalten der Autorin in Jugoslawien, Ungarn, Frankreich, in der Ukraine, China, Vietnam, Japan, Kuba, Israel, Italien, Deutschland und den USA gewidmet. Sie zeichnen sich durch eine pikareske, humorvolle Stilisierung aus, wobei *Jarosz* auf die kulturellen und politischen Spezifika der bereisten Länder und Völker eingeht und nicht wenige Stereotype durch eigenes Erleben bestätigt findet. Es überwiegt die subjektiv gefärbte Anekdote, die freilich von Passagen durchsetzt ist, in denen die Autorin auch immer wieder und nicht ganz uneitel auf ihre wissenschaftlichen Aktivitäten und Erfolge abhebt. Dieser an die altherwürdige polnische Gattung der *gawęda* (Plauderei) angelehnte farbige Erzählstil zeichnet sich aber gleichzeitig durch differenzierte Einschätzungen der eigenen Position aus, zumal die Protagonistin offenherzig und selbstironisch nicht nur über ihre Stärken, sondern auch über ihre Schwächen zu berichten weiß. Dies gilt besonders auch für das abschließende Kapitel über ihre eigene *politisch korrekte Familie*, die sich durch *ethnisches Durcheinander* auszeichnet und deren Repräsentanten heute aus Polen emigrierte Franzosen und Amerikaner mit jüdischen Wurzeln und belgischen oder südkoreanischen Ehepartnern sind, die entsprechend naturalisierte Vor- und Nachnamen tragen.

Fürwahr interessante und riskante Zeiten - und für *Maria Jarosz* nach zeitweilig lebensgefährlichen Exklusionserfahrungen wahrlich ein Happy End, denn der international anerkannten Soziologin, kritischen Begleiterin des real existierenden Kapitalismus in Polen sowie ewig jungen und neugierigen Zeitgenossin stehen heute weltweit Tür und Tor offen.

Ob sich für diese ernsthaft-humorvolle, analytisch-anekdotische Darstellung, in der Menschen, Orte und Zeiten durch einen hellwachen Verstand gefiltert und mit Hilfe humaner Anteilnahme einfühlsam charakterisiert werden, wohl ein deutscher Übersetzer und Verleger findet? Ich würde es mir wünschen.

ZW

## Deutsches Polen-Institut: Jahrbuch Polen 2009. Religion. Harrasowitz Verlag. Wiesbaden 2009, 217 S.



In bewährter Gestaltung legt das Darmstädter Deutsche Polen-Institut sein Jahrbuch 2009 vor: Es ist wiederum einem einzigen Thema gewidmet, diesmal der Religion in Polen. Dreizehn Autorinnen und Autoren beleuchten es unter verschiedenen Aspekten. Den zweiten Teil bilden literarische Beiträge, Erzählungen und Gedichte mit einem entfernteren oder näheren religiösen Bezug sowie eine erschütternde Reportage von einem schweren Verkehrsunfall eines mit jugendlichen Wallfahrern gefüllten Busses auf der Fahrt nach Tschenstochau. Aufgelockert ist der Band durch eingestreute Informationen zur Religion in Polen sowie durch Schwarz-Weiß-Fotos von *Elżbieta Lempp*.

Im Vordergrund der Betrachtung steht verständlicherweise die römisch-katholische Kirche, zu der sich 95 Prozent der Polen bekennen. Doch die restlichen 5 Prozent bleiben nicht unerwähnt. Natürlich kommen nicht sämtliche 138 registrierte Glaubensgemeinschaften zur Sprache, wohl aber die Orthodoxen und die beiden evangelischen Kirchen, die Lutheraner und die Reformierten; dazu die jüdische Minderheit und der seit 600 Jahren in Polen präsenste, auf die Tataren zurück gehende Islam. Selbst der

gegenwärtig zunehmenden Zahl bekennender Atheisten ist ein Essay gewidmet, in dem der Verfasser, *Andrzej Oseka*, keineswegs gegen die Religion zu Felde zieht, sondern im Gegenteil seine Sympathie für Polens katholische Kirche nicht verheimlicht.

Im Vorwort stellt *Dieter Bingen*, Herausgeber des Jahrbuches, einige Fragen, die in den folgenden Beiträgen ihre Antwort finden sollen: *Wird die polnische Kirche „in einer weitgehend säkularisierten europäischen Welt der Postmoderne überleben? Über welche Instrumente und Argumente verfügt sie, um sich den Trends anderer katholischer Länder (Italien, Spanien, Irland) wirksam widersetzen zu können? Wird sie den gesellschaftlichen Herausforderungen Polens gerecht? Hat sie die richtigen Rezepte, um die Gesellschaft weiterhin zu 'führen' oder wird sie sich in ihrem Wesen doch ändern und die gegen immer neue vermeintliche Feinde errichtete 'Festung' verlassen?“*

Die Antworten auf die beiden ersten Fragen, die eine der Kirche möglicherweise drohende Gefahr durch eine Säkularisierung der Gesellschaft betreffen, sind eindeutig und verweisen auf eine Besonderheit der polnischen Kirche: Die Säkularisierung habe zwar bei ihr bereits Spuren hinterlassen, doch in Gegensatz zu Spanien und Irland habe sie zu keinem Einbruch geführt, und ein solcher sei auch nicht zu erwarten. In dieser Einschätzung sind sich *Dieter Bingen*, *Zbigniew Nosowski* und *Adam Szostkiewicz* in ihren Beiträgen einig. Am deutlichsten wird diese Auffassung in den der polnischen Jugend gewidmeten Ausführungen von *Grzegorz Pac*. Die Zahlen sprechen für sich: Nach einer Befragung aus dem Jahr 2005 bezeichneten sich 71 Prozent der jungen Leute als gläubig und 77 Prozent fanden es wichtig, gläubig zu sein. Zum Vergleich: In Deutschland waren es lediglich 18 Prozent. Nicht nur *Pac*, auch die anderen Autorinnen und Autoren heben in diesem Zusammenhang den Einfluss von Papst *Johannes Paul II.* hervor. Zeitweise sprach man sogar von einer *Generation JP2*, doch scheine es

angesichts der Diskrepanz zwischen dem Bekenntnis zum Glauben und der vom Papst immer wieder bekräftigten Sexualmoral fraglich, ob eine solche Charakterisierung gerechtfertigt sei.

Positiv dagegen stimme die hohe Beteiligung polnischer Jugend bei den Weltjugendtreffen und den in Polen beliebten Evangelisations-Events, an denen über 100.000 Jugendliche teilnehmen würden. Die Religiosität der polnischen Jugend sei somit ein Potential, das einerseits einen durch die Säkularisierung bewirkten religiösen Einbruch für die nächste Zukunft unwahrscheinlich mache, das andererseits jedoch nach Ansicht von *Pac* angesichts des verbreiteten klerikalen Paternalismus immer noch zu wenig genutzt werde.

Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt *Monika Waluś* in ihrem Beitrag zur Religiosität der polnischen Frauen. Sie zeigt, warum der Feminismus als eine spezifische Form der Säkularisierung in Polen nicht Fuß fassen konnte. Der Grund sei „die geforderte Distanz oder sogar Ablehnung gegenüber der Kirche, die kausale Verbindung zwischen Marienkult und passiver Frauenrolle, die Distanz gegenüber nationalen oder patriotischen Themen sowie die Einstellung zu Ehe und Familie.“ (61) Mit diesem Zitat sind zugleich die Werte benannt, welche die Religiosität polnischer Frauen bestimmen. *Waluś* beklagt allerdings, dass die Frauen hinter den ihnen von der Kirche eröffneten Möglichkeiten zurück bleiben.

Es wäre freilich ein Missverständnis anzunehmen, Polens Kirche werde auf Dauer durch die Säkularisierung keinen Schaden nehmen. *Adam Szostkiewicz* jedenfalls sieht in seiner Analyse einen gegenwärtig wieder erstarkenden kirchlichen Triumphalismus, verbunden mit einem Mangel an Selbstkritik. Er konstatiert zwar, dass Polen ein Land sei, „wo sowohl Religiosität als auch Modernisierung lebendig sind. Nur dass dies aus den Polen kein auserwähltes Volk macht, sondern eher Probleme aufwirft, mit denen die Kirche sich nicht befasst, aus der irrigen Überzeugung heraus, die polnische katholische 'Ausnahme' habe gegen die Säkularisierung bereits gewonnen.“ (45)

Zu den Problemen, mit denen sich die Kirche offenbar nicht oder nur ungenügend befasst, zählt auch die moderne Kunst. An einer ganzen Reihe religiös provozierender Werke zeigt *Agnieszka Sabor* das ihnen seitens der Kirche entgegen gebrachte Unverständnis. Was als Angebot zu einem Dialog gedacht war, wurde mitunter als Blasphemie eingeschätzt, wobei in einigen Fällen sogar, wenn auch vergeblich, versucht wurde, die Künstler gerichtlich zu belangen. So sei es leider zu einer Entfremdung zwischen moderner Kunst und der Kirche gekommen, die ihrerseits an traditionellen Formen festhalte und ihr Selbstverständnis in bombastischen Kirchbauten (*Licheń*) zum Ausdruck bringe.

Die zwei weiteren von *Bingen* gestellten Fragen, ob Polens Kirche den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht wird und wie sie überhaupt ihr Verhältnis zur Gesellschaft sieht, sind weniger leicht zu beantworten. Er selbst zeigt in seinem Beitrag *Die katholische Kirche Polens zwischen Diktatur und Demokratie*, wie schwer sie sich getan hat, nach dem Ende des Kommunismus ihren Platz in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaft zu finden. Hatte sie sich in den Jahrzehnten der Volksdemokratie als Anwalt der Nation gegen das System erwiesen und in diesem Sinn ihren nationalen Führungsanspruch behauptet, so sei sie nun in ihrem Bestreben,

christliche Werte gesetzlich zu verankern, zeitweise in den Verdacht geraten, eine Art katholischen Gottesstaat zu errichten. Die Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke sei immer noch ein Problem (*Radio Maryja*), wobei in jüngster Vergangenheit unter der PiS-Regierung derlei Versuche mehr von der Politik als von der Kirche ausgegangen seien. Die aber stehe – zwar nicht in Gänze, aber doch in Teilen – in der Gefahr, sich auf solche Versuche einzulassen, anstatt sich nach dem erklärten Willen des verstorbenen *polnischen* Papstes geistig zu erneuern. *Bingens* Fazit: „Die Bilanz scheint ernüchternd zu sein, so lange viele kirchliche Würdenträger die Nähe zur Politik und zu den Politikern suchen und an vergangene Triumphe erinnern.“ (20)

Dass auf die Frage nach dem rechten Verhältnis der Kirche zu den gesellschaftlichen Herausforderungen keine eindeutige Antwort möglich ist, zeigt auch *Zbigniew Nosowski*, Chefredakteur der Zeitschrift *Więź*. Polens Kirche sei kein monolithischer Block und spreche schon lange nicht mehr mit einer Stimme. Wie breit gefächert die Einstellungen von Bischöfen, Priestern und Laien sind, zeigt *Nosowski* am Beispiel ihres unterschiedlichen Verhältnisses zum Pluralismus, zu Staat und Gesellschaft sowie zur Säkularisierung. Persönlich sieht er das „Schlüsselproblem“ darin, „neue Handlungsformen zu finden, damit die Kirche zu den Polen in der Sprache der Freiheit spricht und nicht in der Sprache der Verbote und Gebote.“ (33)

In dem Interview mit den Vertretern der orthodoxen sowie der lutherischen und reformierten Kirche heben diese übereinstimmend die rechtliche Gleichstellung mit der zahlenmäßig und institutionell mächtigen katholischen Kirche hervor, beklagen aber, dass diese nicht immer in der Öffentlichkeit, zumal in den Medien, entsprechend umgesetzt werde. Sehr positiv schätzen sie die ökumenische Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche ein, was im Vergleich zur Situation unter kommunistischer Herrschaft als gewaltigen Fortschritt zu bewerten ist.

Mit besonderem Interesse liest man den Beitrag von *Stanisław Krajewski* zur gegenwärtigen Situation der Juden in Polen, die nach wie vor unter dem Schatten der Shoa stehe. 90 Prozent der vor dem Krieg in Polen lebenden 3,5 Millionen Juden seien im Zuge der nazistischen „Endlösung“ ermordet worden. Von den zehn Prozent Überlebenden seien wiederum 90 Prozent nach dem Krieg in mehreren Schüben emigriert, dies zumal aufgrund eines staatlich gelenkten Antisemitismus in den Jahren 1956 und 1968. Doch Juden seien auch unbeschadet ihrer verschwindend geringen Zahl in Polen präsent – durch die bleibende Erinnerung an die Shoa sowie durch den in Teilen der Gesellschaft vorhandenen, den angeblich dominierenden Einfluss von Juden auf Gesellschaft und Staat beklagenden *modernen Antisemitismus*. Positiv vermerkt *Krajewski*, dass der Anteil entschiedener Gegner des Antisemitismus in den letzten Jahren gewachsen sei und gegenwärtig bei 35% liege. Auch sei ein zunehmendes Interesse am Judentum, zumal in der katholischen Kirche, zu beobachten.

Auch wenn man den Beitrag eines offiziellen Vertreters der katholischen Kirche vermisst, so bietet doch das Jahrbuch 2009 fundierte Einsichten in das Phänomen der Religion in Polen und trägt damit dazu bei, beim deutschen Leser Vorurteile abzubauen und Verständnis zu wecken.

TM

## Beispiel für deutsch-polnische Verbundenheit

Bereits Anfang Oktober 2008 wurde der Gedenkstein – Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet – für den Forstmeister von Ehrenstein im polnischen Forstamt Opole, früher Forstamt Gruden bei Oppeln, eingeweiht. Der Sohn des letzten deutschen Leiters dieses Forstamtes, Dr. Hubert Baule aus Staufenberg/Lutterberg, hatte die Ehre, das von Polen restaurierte Denkmal in Anwesenheit von über 150 Teilnehmern, darunter führende Persönlichkeiten der polnischen Forst- und Jagdwirtschaft, einzuweihen. „Möge dieses Ehrenamt ein Symbol für die deutsch-polnische Freundschaft sein und möge sich diese zum Wohle beider Länder immer mehr vertiefen“, dankte Hubert Baule.



